

Kommentar von **Dominic Johnson**
zum tragischen Fall Jason Arday

Unauflösbare Widersprüche

Vor drei Jahren war Jason Arday in Großbritannien ein Star. Die Berufung des 37-jährigen zu einer prestigeträchtigen Professur an der britischen Eliteuniversität Cambridge war ein Großereignis. Scheinbar mühelos hatte ein Schwarzer mit Autismus aus einfachen Verhältnissen alle Aufstiegshürden der von Ungleichheit geprägten britischen Gesellschaft überwunden und war an der Spitze der Wissenselite gelandet.

Arday wurde durch TV-Shows gereicht, mit Ehrungen überschüttet, in unzählige Gremien berufen und erhielt einen Millionenvorschuss für seine Autobiografie. Größen in Wissenschaft und Politik priesen ihn in höchsten Tönen als einzigartiges Phänomen, als Stimme der Benachteiligten, als neuartige Spezies von Wissenschaftler, der seine Erkenntnisse aus tatsächlicher Lebenserfahrung statt aus akademischer Forschung bezieht. Plagiatsvorwürfe zu seinen Veröffentlichungen und Zweifel an der Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit wurden ignoriert oder mit Verweis auf seinen Autismus zurückgewiesen. Kritische Nachfragen zum Wahrheitsgehalt seines veröffentlichten Werdegangs vom stummen Kleinkind und leseunfähigen Teenager über schier übermenschliche sportliche Glanzleistungen zum Dokortitelträger mit 31 waren unerwünscht, dafür sorgten Spitzenanwälte und am Ende sogar die Polizei. Das moderne, diverse, postimperiale Großbritannien hatte sein Aushängeschild gefunden und es verteidigte es mit Entschlossenheit.

Jetzt ist Jason Arday tot. Erst legte er seine Professur nieder, dann nahm er sich das Leben. Großbritannien steht unter Schock und Fragen werden gestellt: Ist der junge Ex-Star Opfer einer Hetzjagd geworden, wie sie für die unerbittliche britische Medienwelt leider ebenso typisch ist wie das unkritische Hochjubeln? Wurde er aus rassistischen Gründen vernichtend beurteilt als ein weißer Akademiker? Wenn jemand einen Suizid begeht, der zuvor öffentlich an den Pranger gestellt wurde, sind solche Fragen nicht nur berechtigt, sondern zwingend.

Dass die Fragen richtig sind, heißt aber nicht, dass die Antwort darauf Ja lautet. Indem Ardays Aufstieg in besonderer Weise öffentlich gefeiert und als gesamtgesellschaftlicher Fortschrittsbeweis inszeniert wurde, weckte er logischerweise ein besonderes öffentliches Interesse. Unangenehme Fragen dazu sind in einer Gesellschaft, der auf diese Weise der Spiegel vorgehalten werden soll, nicht rassistisch, sondern legitim. Aber statt offen und ehrlich darüber zu reden, blockten diejenigen, die Arday in eine untragbare Position gebracht hatten, jede Debatte ab.

Arday ist nicht Opfer von Rassismus geworden. Eher ist er ein Opfer eines falsch verstandenen Antirassismus, der Einzelnen willkürlich ungerechtfertigte Vorteile verschafft, statt systematisch ungerechtfertigte Nachteile auszugleichen. An den resultierenden unauflösbaren Widersprüchen ist er zerbrochen. Und es steht zu befürchten, dass niemand die Scherben aufammelt.

3



„Wir sind die echten Grünen“

„Wenn ich der Bundespartei Ratschläge gebe ...“:
Cem Özdemir empfiehlt einen
„Ruck in die Mitte“ wie in
Baden-Württemberg
4-5

„Kretschmann und ich sind das Zentrum der Grünen“: Cem Özdemir beim taz-Interview im Amtssitz des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Foto: Ben Maier

Brennende Probleme
Waldbrände in Belgien
und in der Eifel – und ein
neuer „Hitzeaktionsplan“
2, 12

26.000

GenossInnen ermöglichen
die taz, indem sie in die
Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder unter 030 | 25 90 22 13



Foto: szim

„Für viele Junge ist das wieder interessant“
Teddy Cole von der Band
Dead Moon über die Kraft
von Bässen in KI-Zeiten
15

Brombeeren bedroht
Wagenknecht fordert
Ausstieg des BSW aus
der Koalition in Thüringen
6

„Natürlich nicht komplett verbiegen“
Die Linke in Sachsen-
Anhalt zwischen Wahl-
kampf und Pragmatismus
7

VERBOTEN

Guten Tag,
meine Damen und Herren!

verboten fordert dringend eine Brandmauer

an der deutsch-belgischen Grenze.



Foto: Jan Papentuss/Ebner/Inago

Für Marathon-Gold muss **Amanal Petros** einen Hürdenlauf hinlegen

Die Voraussetzungen waren nicht so, wie ein Profi es sich wünscht: Dennoch gewann der Deutsche Amanal Petros die erste EM-Goldmedaille über die Marathondistanz. Zuerst galt es, den bürokratischen Hürdenlauf zu bewältigen. Die englischen Behörden stellten sich quer. Es gab offenbar Probleme mit der für EU-Bürger bei der Einreise nach Großbritannien erforderlichen elektronischen Einreisegenehmigung. Erst einen Tag vor dem Start am Sonntag kam Petros in Birmingham an. Hinzu kam eine komplizierte Strecke, die es den Läufern wegen des Gefälles und der vielen scharfen Kurven schwer machte, in einen Rhythmus zu kommen. Der 31-jährige Gewinner nannte es „den wahrscheinlich härtesten Marathon meines Lebens“. Nach 25 Kilometern konnte sich Petros von der Konkurrenz absetzen und dann mit 2:09:11 Stunden den Meisterschaftsrekord aufstellen.

Dass er sich von all den Widrigkeiten nicht aus dem Konzept bringen ließ, passt zu seinem Lebenslauf. Denn auch die Voraussetzungen für eine solch große Sportlerkarriere sahen zunächst nicht gut aus. Den Laufsport hat er erst als 16-jähriger für sich entdeckt, nachdem er aus dem von Bürgerkriegen geplagten Äthiopien ohne Familie nach Deutschland geflüchtet war und in Bielefeld bei Pflegeeltern unterkam. Wenige Monate nach seiner Ankunft nimmt er an einem Volkslauf in Espelkamp teil und gewinnt mit Streckenrekord. Sein Ausnahmetalent ist augenfällig. „Von da an wusste ich, was ich machen will“, hat er einmal gesagt. Von da an lief Petros von Erfolg zu Erfolg. Schnell kann er in seiner Altersklasse mit der nationalen Elite mithalten. Und als er dann 2015 die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt, darf er auch international starten. Mit den Jahren wurde der unbegleitete Flüchtling zum Stolz und Vorzeigathleten der deutschen Leichtathletik.

„Der Sport hat es mir nicht nur erleichtert, die Sprache zu lernen. Die Kontakte mit den Deutschen waren auch wichtig, um Mentalität und Kultur zu verstehen“, hatte Petros bereits früh festgestellt. Schon im Jahr 2020 unterbietet er erstmals den damaligen deutschen Marathonrekord. Bei der Weltmeisterschaft 2025 in Tokio verpasst er die Goldmedaille nur äußerst knapp.

Seine Erfolge erfreuen in Deutschland nicht alle. Im Alltag, berichtete Petros, als er nach dem Gewinn der WM-Silbermedaille von der Tageszeitung *Welt* zu seinen Rassismuserfahrungen befragt wurde, habe er weitgehend Glück gehabt. Aber ab und an gäbe es rassistische Kommentare, sogar von Läufern, die ihn provozieren wollten. Er erklärt: „Sie werden meine Aufmerksamkeit nicht bekommen. Ich weiß, dass es überall rassistische Leute gibt.“ Mit dem Erfolg, mutmaßte er damals, würden diese Anfeindungen gewiss zunehmen.

In all den Jahren seiner sportlichen Erfolge in Deutschland belastet Amanal Petros immer die große Sorge um seine Familie in Äthiopien. Im Alter von zwei Jahren, als sein Vater ermordet wurde, hatte er die Flucht von Eritrea nach Äthiopien miterlebt. Dort leben seine Mutter und seine zwei jüngeren Schwestern, in der Region Tigray flammen immer wieder bewaffnete Konflikte auf. Im Jahr 2022 sagte Petros der *Frankfurter Rundschau*: „Ich habe seit mehr als zwei Jahren keinen Kontakt zu meiner Familie. Ich weiß gar nicht, wo sie sind. Es ist irgendwann eine Grenze erreicht, wo ich nicht mehr weitermachen kann.“

Doch trotz all dieser widrigen Bedingungen ist Petros nach monatelanger harter Vorbereitung auf der Hochebene von Kenia Europameister geworden. „Die letzten zwei Kilometer“, erklärte er am Sonntag, „habe ich versucht, die Atmosphäre zu genießen.“ *Johannes Kopp*

Große Rauchwolke, kleines Feuerwehrauto: Im Hochmoor- und Sumpflandschaft Hohe Venn nahe der deutschen Grenze brennt es Foto: Christoph Reichwein/dpa

Beispiellose Brände

Die Feuer in Nordrhein-Westfalen und Belgien zerstören einzigartige Torf-, Moor und Heidegebiete. SPD-Bundesminister*innen fordern einen Aktionsplan gegen Hitze

Aus Bonn **Tobias Müller**

Es war ein Wochenende voll Flammen. Knapp 50 Kilometer Luftlinie trennen die Brandherde im Eifel-Ort Hürtgenwald bei Düren vom Hohen Venn kurz hinter der belgischen Grenze. Bei Ersterem handelte es sich um den größten Waldbrand in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, der seit Donnerstag 1.800 Rettungskräfte auf Trab hielt.

Inzwischen ist er unter Kontrolle, wenn auch bisher nicht vollständig gelöscht. Die evakuierten Bewohner*innen im Ortsteil Gey konnten am Samstagabend in ihre Häuser zurückkehren. Sie waren am Freitag bei äußerst ungünstigen Löschbedingungen mit starken und drehenden Winden zu retten versucht worden.

Währenddessen brach im Naturgebiet Hohes Venn, das sich beiderseits der Grenze zu Belgien erstreckt, der zweite Brand aus. Er griff so schnell um sich, dass er bis Sonntag eine Fläche von 3.000 Hektar auf der belgischen Seite erfasste, wie die zuständige Provinz Liège mitteilte. Das entspricht ungefähr 4.200 Fußballfeldern. Die in der Region erscheinende deutschsprachige Zeitung *Grenzecho* sprach von einem „bislang in Belgien beispiellosen Ausmaß“.

Die ein Kilometer breite Feuerfront dehnte sich im Laufe des Wochenendes vom Wind ange-

facht bis kurz vor die deutsche Grenze aus. Am Sonntagmittag war sie nur noch anderthalb Kilometer entfernt. Schon am Samstag waren mehrere Hundert Personen in zwei belgischen Grenzgemeinden vorsorglich evakuiert worden.

Auch die gleich hinter der Grenze gelegene Stadt Monschau rief die Bewohner*innen mehrerer Quartiere abends auf, sich für eine Evakuierung bereitzuhalten. Weil sich das Feuer am Sonntagnachmittag nicht mehr weiter nach Osten bewegte, gab es dazu bis Redaktionsschluss allerdings keine weitere Veranlassung.

Dafür wird den etwa 5.000 Menschen in den Stadtteilen Mützenich und Kalterherberg empfohlen, diese wegen gesundheitsschädlicher Rauchentwicklung zu verlassen. Die Stadt Monschau warnt vor einer „starken Belastung durch Brandrauch“, weswegen sie „Einwohnenden der grenznahen Bereiche“ eine Anlaufstelle zur Verfügung stellt. Auch in großen Teilen der belgischen Region Wallonien sei „die Luftqualität momentan durch hohe Feinstaubkonzentration sehr schlecht“, teilt die Interregionale Umweltagentur (IRCEL) mit.

Auch am Sonntag erschwerten zwei Faktoren die Löscharbeiten im Hohen Venn: der nach einer ruhigeren Nacht wieder auflebende Wind und die Unzugäng-

lichkeit des Geländes. Für herkömmliche Löschfahrzeuge sind die Brandherde in dem Moor- und Heidegebiet teils kaum erreichbar, weshalb dort vor allem mit Hubschraubern gelöscht wird. Am Sonntag wurde auf eine bevorstehende Unterstützung durch schwedische Löschflugzeuge gehofft, auch niederländische und deutsche Teams sind bereits im Einsatz.

Richard Kraai, Mitglied eines niederländischen Helikopterteams, sagte dem deutschsprachigen belgischen Sender BRF, vor allem die Ausmaße des Feuers machten das Löschen schwierig. Der Brand im Hohen Venn, der auch Torf erfasst hat, ist etwa zehnmal größer als der im Hürtgenwald. Die starke Rauchentwicklung macht die Lage zusätzlich komplex: Am Sonntagmorgen verzögerte sich der Beginn der Löscheinsätze deshalb.

Welchen Schaden der Brand für das einzigartige Hochmoorgebiet des Hohen Venns bedeutet, ist derzeit noch nicht absehbar. Die Landschaft ist in Mitteleuropa einzigartig. Das Feuer war bisher nicht unter Kontrolle, ein erneut drehender Wind und die östlich anschließenden Wälder könnten auch für Nordrhein-Westfalen eine konkretere Gefahr bedeuten.

In manchen westlichen Teilen des Bundeslands lag vor allem zu Beginn des Wochenendes ein Brandgeruch in der Luft, über

das Rheinland zog eine Rauchwolke, Notrufnummern waren überlastet. Inzwischen ist aus dem Hürtgenwald keine Gefahr mehr zu erwarten. Der Kreis Düren gibt an, man habe das betroffene Gebiet mit einer drei Meter breiten Schneise eingegrenzt, nun gehe es darum, „Glutnester einzudämmen“. Die Einwohner*innen von Gey sind mit dem Schrecken davongekommen.

Unterdessen gab es in mehreren Regionen Nordrhein-Westfalens in den letzten Tagen kleinere Wald- und Naturbrände, und die rekordtiefen Rheinpegel und trockenliegende Ufer erinnern daran, dass es sich um ein so dringliches wie strukturelles Problem handelt. Die SPD-Bundesminister*innen fordern daher einen nationalen Aktionsplan gegen Hitze.

„Die Folgen des Klimawandels treffen die Menschen weltweit und immer häufiger auch uns in Deutschland. Aktuell vor allem Hitze, Dürre, Waldbrände und Niedrigwasser – aber auch Starkregen, Hochwasser, Wasserknappheit oder Belastung durch UV-Strahlen“, zitiert der *Spiegel* aus einem vierseitigen Papier. „Klimaanpassung und Naturschutz“ sollen noch in der laufenden Legislaturperiode als gemeinschaftliche Aufgabe im Grundgesetz verankert werden – ein Vorschlag, den die Koalitionspartnerinnen CDU und CSU bislang zurückweisen.



taz  **lage**

Mittagspausenrätsel

Zugegeben, das Zittern der Hände stört etwas. Es liegt aber nicht wie bei manchen Alkoholikern am fehlenden Bierchen zum Frühstück, sondern an der besonderen Mittagspause, die ich mir heute gönne. Und jetzt raten Sie mal, wie die aussieht!

Schon in der Redaktionskonferenz, die wir morgens hybrid abhalten, wurde ein Kollege ob des hübschen Hintergrunds ganz neugierig, wo ich mich aufhalte. Hinter meinem Kopf sah er blauen Himmel, Sonnenschein und ein paar gut trainierte, tätowierte Typen vorbeilaufen. „Lotte, bist du auf

Föhr?“, fragt er im Chat. „Nee.“ Und auch nicht beim Punkertreffen in Sylt, falls das jetzt jemand denkt. „So wenig, wie wir bei der taz verdienen, sollten wir es uns beim Arbeiten schön machen“, findet indes eine Kollegin aus dem Auslandsressort.

Gegen 12.30 Uhr habe ich als Chef vom Dienst dann endlich die Seiten für morgen fertig geplant, die Beiträge angelegt, die Autoren „in die Spur geschickt“, wie es in unserem Jargon heißt, und diese waren fleißig am Schreiben. Ab dann heißt es für Redakteur*innen wie mich abwar-

ten. Während meine Kolleg*innen in Berlin sich jetzt einen Döner holen oder ihre Stulle mampfen, werde ich gleich eine Gabel in den Händen halten. Aber die ist nicht zum Essen. Und das Tuch vor mir deckt auch keinen Tisch.

In Windeseile ziehe ich mich um, zurre das Trapez fest, Helm nicht vergessen, laufe an die Kante, steige ein, stecke zwei Teile zusammen, wate noch ein paar Meter Richtung Westen, und loos gehts! Im richtigen Moment springe ich auf, hake mich ein, trete leicht nach unten und

lasse mich „abfallen“. Um mich herum surrt und pfeift es. Die Sonne strahlt. Ich gebe Druck auf die vordere Hand und schiebe meinen Fuß in die Schlaufe. So werde ich bis zu 40 Stundenkilometer schnell. „Oh Gott, ist das geil! Wer braucht schon Sex, Drugs ,n’ Rock ,n’ Roll, wenn man ... kann!“, denke ich. Und während ich – so glücklich wie selten – über die Wellen fliege, fange ich an, in Gedanken diesen Text zu formulieren. Nie war Arbeiten in der Mittagspause schöner – als beim Windsurfen. *Lotte Laloire*



Jason Arday
(1985–2026)
Foto: Elliott
Franks/
eyevine/laif

Vom Wunderkind zum „Irrläufer“

Der Suizid des erst gefeierten, dann gescheiterten Schwarzen Akademikers Jason Arday rüttelt Großbritannien auf. Seine Universität Cambridge muss sich heikle Fragen gefallen lassen

Von Daniel Zylbersztajn-Lewandowski und Dominic Johnson

Seit Wochen stand er im Mittelpunkt hitziger Diskussionen in Großbritannien – nun hat er seinem Leben ein Ende gesetzt. Jason Arday, bis vor Kurzem Professor für Bildungssoziologie an der britischen Universität Cambridge, wurde am Freitagnachmittag tot in einem Haus im Südlondoner Stadtteil Battersea aufgefunden. Es gebe keine verdächtigen Umstände, teilte die Polizei mit. Arday wurde 41 Jahre alt.

Am 5. August war Arday von seiner Professur zurückgetreten, kurz nachdem die Universität Cambridge eine Untersuchung zu den Umständen der Berufung des jüngsten Schwarzen Professors in ihrer über 800-jährigen Geschichte angekündigt hatte. In einer Erklärung gab er als Grund ein „gnadenloses Ausmaß der öffentlichen Durchleuchtung und persönlichen Angriffe“ in den Jahren seit seiner Berufung im Jahr 2023 an. „Es gibt einen Punkt, an dem der persönliche Preis zu hoch wird. Ich habe eine Familie, ich möchte für sie da sein.“

Cambridge hatte Arday damals als Spitzentalent gefeiert. Doch zugleich stand er wegen Plagiatsvorwürfen im Zwielficht. Kritiker warfen ihm vor, große Teile seiner Doktorarbeit von 2015 seien mit einer Dissertation aus dem Jahr 2009 identisch. Die Vorwürfe kamen zuletzt von Nathan Cofnas, einem ehemaligen Cambridge-Forscher, der wegen rassistischer Äußerungen entlassen wurde. Doch Cofnas war nicht der Erste, der Arday beschuldigte.

Plagiats-Fachseiten dokumentieren, dass die Vorwürfe seit Ardays Berufung immer wieder auftauchten. 2025 legte

eine Gruppe von Wissenschaftlern der Universität ein umfangreiches Dossier dazu vor. Als ein Journalist der Fachzeitschrift *Times Higher Education Supplement* Arday um eine Stellungnahme bat, erhielt er statt einer Antwort Post von der Topanwaltskanzlei Carter-Ruck. Diese sprach von einer „Kampagne der Belästigung“ und forderte eine Zusage, dass kein Artikel veröffentlicht wird. Außerdem bekam der Journalist Besuch von der Londoner Polizei, die ihn aufforderte, Arday nicht mehr zu kontaktieren.

Ardays Doktorarbeit mit dem Titel „An exploration of peer-mentoring among student teachers’ to inform reflective practice within the context of action research“ wurde 2015 an der John Moores Universität in Liverpool eingereicht. Die Doktorarbeit, die sprachlich durchaus verbesserungsfähig erscheint, liegt der taz vor. In seinem Vorwort appelliert Arday an seinen kleinen Sohn Noah: „Lies dies eines Tages und wisse, dass Papa vielleicht nicht der Intelligenste war, aber er versuchte immer sein Bestes.“

Wären es nur die Plagiatsvorwürfe gewesen, hätte die Affäre wohl kaum die Mauern der Universität verlassen. Cambridge hat Erfahrung mit solchen Fällen: 2023 enthüllte die Studentenzeitung *Varsity*, dass Geschichtsprofessor William O’Reilly regelmäßig Passagen aus Arbeiten seiner Studenten übernommen hatte – ohne Konsequenzen. Die Universität stellte sich zunächst auch hinter Arday. Als Autist habe er lernen müssen, andere zu imitieren, verteidigte er sich selbst. Die Universität Liverpool untersuchte die Vorwürfe selbst

und kam zu dem Schluss, Arday habe Fehler gemacht, aber „in guter Absicht“.

Doch bei Arday ging es um mehr als Plagiate. Sein Lebensweg, den er selbst oft öffentlich schilderte, war ein zentraler Grund für die Begeisterung über seine Berufung: Bis er elf Jahre alt war, habe er wegen Autismus nicht sprechen können, Lesen und Schreiben erst mit 18 gelernt, und er sei trotz eines Beinbruchs 600 Meilen in sechs Tagen gelaufen.

„Er war ein verletzliches Kind, ein verletzlicher Teenager und ein verletzlicher Erwachsener“

Simon Baron-Cohen, Psychologieprofessor in Cambridge

fen. Vieles davon stellte sich inzwischen als erfunden oder zumindest stark übertrieben heraus – wobei die Frage offen bleibt, inwiefern solche Darstellungen seinerseits in Zusammenhang mit seinen Lernstörungen stehen könnten.

Wie Arday trotz fragwürdiger akademischer Leistungen Professor werden konnte, bleibt ungeklärt. Seine Berufung entschied 2022 ein neunköpfiges Gremium unter Leitung von Sally Morgan, Rektorin des Fitzwilliam College und Labour-Bildungspolitikerin, die schon Tony Blair beriet. Nur vier Mitglieder waren Cambridge-Lehrkräfte. Details zum Auswahlprozess sind nicht bekannt. Als Arday 2023 seinen Posten aufnahm, nannte Hilary Cremin, Leiterin der Bildungskommission, ihn einen „Glücksfall“ und sagte vor laufenden Kameras: „Du bist der Beste.“

Ein Glücksfall war Arday vor allem für Cambridge selbst. Die 800-jährige Universität, seit Menschengedenken unter den Spitzenunis der Welt, bemüht sich seit Jahren, der Wahrnehmung entgegenzutreten, sie sei eine Eliteuniversität in einem anderen Sinn als Wissenselite. Akademische Exzellenz steht im Vordergrund, die Ansprüche dabei sind sehr hoch. Cambridge ist zugleich ein Vorreiter für Förderprogramme für sozial Benachteiligte, mittlerweile entstammen ein Viertel der Studienanwärter ärmeren Familien und gut ein Drittel ethnischen

Minderheiten. Doch im Lehrpersonal bleibt die ethnische Diversität gering, wie auch der jüngste Diversity Report der Universität für 2024–25 bestätigt.

Berufungen wie die von Jason Arday sind da bestens geeignet, um den Eindruck zu erwecken, dass Cambridge tatkräftig an diesem Problem arbeitet. Nun fürchten Schwarze Persönlichkeiten in Großbritannien, der Fall werfe ein schlechtes Licht auf Schwarze im akademischen Betrieb. „Arday ist ein Opfer von Menschen, die eine bestimmte Weltansicht so sehr anstreben, dass sie grundlegende Checks bei der Einstellung versäumten – und ihn dann im Regen stehenließen, als alles auseinanderfiel“, sagte die Schwarze Moderatorin Esther Krauke auf Instagram.

Der Schwarze ehemalige konservative Innen- und Außenminister James Cleverly schrieb auf X, Ardays Tod mache ihn „wütend“, denn: „Zahlreiche akademische Institutionen müssen Fragen beantworten, denn sie haben Arday in eine Stellung befördert, für die er eindeutig nicht qualifiziert war, damit sie mit der Einstellung eines Schwarzen Wunderkindes angeben konnten. Sie haben ihn aus Eigennutz ins Rampenlicht gestellt.“

Ganz offensichtlich war nicht nur Arday mit der Kritik daran überfordert, auch die Universität selbst. Zahlreiche Cambridge-Professoren unterschrieben, als die Affäre Anfang August ihren Lauf nahm, einen Solidaritätsbrief für Arday, zogen ihre Unterschriften später jedoch ohne Begründung zurück. Die Universität erklärte am 2. August zunächst, die Vorwürfe gegen Arday „sind geprüft worden“ – vier Tage später verkündete sie eine Untersuchung „infolge neuer Informationen“. Nachdem bekannt wurde, dass Arday seine Professur niedergelegt hatte, fügte sie eine weitere Erklärung hinzu, wonach man auch das Stellenbesetzungsverfahren insgesamt untersuchen werde.

Das Jesus College, wo Arday als Fellow residierte – die Universität Cambridge besteht zwar aus Fakultäten und Abteilungen, aber alle Lehrkräfte und Studenten sind Mitglieder von insgesamt 31 Colleges, die unabhängig voneinander sind – distanzierte sich noch eindeutiger: Die Universität, nicht das College, sei für die Überprüfung seiner Eignung verantwortlich gewesen. Arday habe keine Lehrtätigkeit für das College ausgeübt.

Am selben Tag veröffentlichte die Vizekanzlerin der Universität, Deborah Prentice, ein Schreiben an „Universitäts-

kollegen“, das die Untersuchungen genauer ausführte und dann, als befände sie sich im Jahr 1926 und nicht 2026, fügte sie hinzu: „Ich möchte sehr klar sein, dass wir nicht die Ergebnisse einer Untersuchung brauchen, um klar und laut zu sagen, dass unsere farbigen Mitarbeiter hochgeschätzt sind.“ Über Arday, ohne Namensnennung, stand da: „Dieser besondere Fall ist ein Irrläufer.“

Einen Tag später nahm sich Arday das Leben. Noch am Morgen seines Suizids sprach der Cambridge-Psychologieprofessor Simon Baron-Cohen, der Arday persönlich kannte, mit ihm, wie er am Samstag im BBC-Rundfunk erzählte. Arday sei mit den Konsequenzen der Fragen über ihn nicht klargekommen, sagte er. „Im Herzen dieses Falles ist ein Mann, bei dem in seiner Kindheit Lernstörungen diagnostiziert wurden, welche Autismus und Sprachverzögerung beinhalteten. Er war ein verletzliches Kind, ein verletzlicher Teenager und ein verletzlicher Erwachsener und aus diesem Grund benötigte und verdiente er professionellen Schutz und Unterstützung bei jedem Schritt.“

In der Schwarzen Community ist jetzt die Bestürzung groß. Warum bot ihm die Universität oder sein College kein „Safe House“ an, um den medialen Shitstorm zu überstehen, fragte der Aktivist Chaka Artwell in der Schwarzen Zeitung *Voice*. Schwarze Kommentatoren sind sich einig, dass Arday das Opfer einer rassistischen Hexenjagd gewesen sei: „Sie wollen nicht, dass wir Erfolg haben“, wie es Artwell ausdrückt. Für Montagnachmittag ist eine antirassistische Trauerkundgebung am Trafalgar Square in London angesagt. Eine weitere Veranstaltung nahe seinem Wohnort in Battersea am Sonntag wurde abgesagt. Labour-Premierminister Andy Burnham – selbst Cambridge-Absolvent – forderte die Nation zu einer Atempause des Nachdenkens auf.

In Cambridge dürfte der Streit um Arday jetzt erst recht eskalieren. Über 100 Lehrkräfte haben laut einem *Varsity*-Bericht in einem Brief an die Universitätsleitung eine transparente Untersuchung des gesamten Vorgangs eingefordert – initiiert wurde das Schreiben von der Professorin für postkoloniale Studien Priyamvada Gopal, selbst eine prominente Stimme im Kampf um Diversität. „Bitte verschont uns mit leeren und bedeutungslosen Statements von der Cambridge-Führung“, schrieb sie nach Ardays Suizid auf X. „Die einzige Haut, die sie retten wollen, ist ihre eigene.“



Rückansicht des King's College der Universität Cambridge Foto: Lena Völck/dpa



Brückentechnologie für den Ausstieg aus dem konservativen Zeitalter?

„Ich bin auch Anwalt der Grünen-Basis“

Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir sieht die Zukunft seiner Partei in der Mitte. Nur so könne man Extremismus von rechts und links bekämpfen

Interview **Benno Stieber** und **Peter Unfried** Fotos **Ben Maier**

Ein heißer Spätsommertag. Cem Özdemir kommt in die Bibliothek seines Regierungssitzes Villa Reitzenstein, auf Halbhöhe über dem Stadtkessel von Stuttgart gelegen. Es ist sein erstes Interview mit der taz als Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Es soll weniger um eine Bilanz der ersten drei Monate gehen, als darum, was er vorhat und wie er das hinkriegen will. Schnell wird klar, was ihn neben der baden-württembergischen Wirtschaft und seiner Partei umtreibt: die AfD. Er will die Prüfung eines Verbotsverfahrens nutzen, um sie zu spalten.

taz: Herr Ministerpräsident Özdemir, Ihr Lieblingssatz ist offenbar, dass es Ihnen nicht in die Wiege gelegt war, Ministerpräsident zu werden.

Cem Özdemir: Es ist mir nicht in der Wiege gesungen worden, sage ich immer.

taz: Ah, Entschuldigung. Was ist die Botschaft dieses Satzes?

Özdemir: Dass ich heute hier sitze, habe ich vielen Zufällen zu verdanken und natürlich auch vielen Leuten, durch die ich viel Prägung mitgekriegt habe, die mir heute sehr hilft. Da waren viele beteiligt, und ich habe das nicht vergessen.

taz: Es gibt ein wachsendes Misstrauen gegen liberale Bildungsbürger, die unter Elite subsummiert werden. Die Botschaft Ihres Wiegen-Satzes ist doch: Ich bin keiner von denen.

Özdemir: Nein. Die subkutane Botschaft ist, dass so ein Amt immer mit Verantwortung einhergeht. Mir geht es vergleichsweise gut, ich lebe ein relativ privilegiertes Leben. Das geht einher mit einer Verpflichtung, erstens nicht zu vergessen, wo man herkommt, und zweitens, sich um die zu kümmern, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

taz: Sie haben im Landtag von Baden-Württemberg eine Rede gehalten, in der Sie sagten, die AfD müsse sich entscheiden: ob sie eine demokratische Partei am rechten Rand des Parteienspektrums sein wolle – oder eine völkische Vereinigung. Ist das ein Angebot an die Rechten?

Özdemir: Nein, ich bin einfach ein überzeugter Europäer. Ich glaube, die Zukunft Baden-Württembergs ohne und gegen Europa wäre Finsternis, wäre wirtschaftlicher Niedergang und katastrophal. Da bin ich Anhänger von Adenauer, Brandt, Schmidt, Kohl. Das ist der Weg, der Deutschland vorangebracht hat, der verlorenes Vertrauen in diese Bundesrepublik zurückgewonnen hat, der die deutsche Einigung erst ermöglicht hat. Ohne dieses Versprechen, dass wir europäisch ausgerichtet sind und nicht wieder Abzweigungen in Richtung Nationalismus und Isolationismus nehmen, hätte es die Einigung nicht gegeben. In der Tradition stehe ich.

taz: Klingt als hätten Sie Ambitionen auf das Kanzleramt.

Özdemir: Also bitte, ich habe den schönsten Job, den dieses Land zu vergeben hat: Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Ich bin sehr glücklich damit und habe wahrlich genug zu tun. Ich kann schlicht mit einer deutschnationalen Haltung nichts anfangen. Gleichzeitig muss ich allerdings sehen, dass es ein signifikantes Spektrum unserer Bürgerschaft gibt, das das richtig findet. Eine Zeit lang war dieses Spektrum ganz rechts in der Union zu Hause, erinnern wir uns an die alte hessische CDU. Nun sucht dieses Spektrum nach der Ära Merkel erkennbar nach einer Heimat. Der Teil der AfD, der diese rechtskonservativen Positionen vertritt, spielt in der AfD kaum noch eine Rolle und wird verdrängt durch den völkischen Flügel, befeuert durch Identitäre wie Sellner und mit Höcke als Galionsfigur.

taz: Ja und?

Özdemir: Eine deutschnationale Partei wäre durch unsere Verfassung abgedeckt. Da muss die AfD einfach eine Entscheidung treffen. Wenn sie den völkischen Weg geht, und das tut sie ja gerade, dann gibt es dafür einen Artikel in unserer Verfassung.

taz: Artikel 21. Parteien, die in ihren Zielen oder durch das Verhalten ihrer Anhänger die freiheitliche demokratische Grundordnung angreifen oder den Bestand der Bundesrepublik gefährden, sind verfassungswidrig.

Özdemir: Ja. Der Artikel steht da nicht aus folkloristischen Gründen, sondern damit wir prüfen, ob er nicht angewendet werden muss.

taz: Sie bleiben dran an dem AfD-Verbotsverfahren, das als riskant gilt. Ein Scheitern wäre ein Triumph der AfD.

Özdemir: Ich bin als Ministerpräsident Teil eines Verfassungsorgans, des Bundesrats. Ich kann doch nicht ignorieren, dass die AfD vor allem in Thüringen, aber auch in Brandenburg und Sachsen-Anhalt einen hart völkischen Weg eingeschlagen hat, mit dem sie um ein Verbot geradezu bettelt. Das ist aber bisher nicht in jedem Bundesland gleichermaßen der Fall.

taz: Bei vielen Unions-Ministerpräsidenten, etwa Markus Söder, finden Sie derzeit keine Unterstützung.

Özdemir: Naja, es gibt ja unterschiedliche Aussagen. Manche in der CSU-Landtagsfraktion sagen, man muss es ernsthaft prüfen. Der bayerische Ministerpräsident hat es dann für sich anders entschieden. Das hat natürlich auch was mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu tun und der ernstzunehmenden Sorge, dass es die AfD noch stärker machen würde. Ich glaube allerdings, dass diese Sorge in der gegenwärtigen Verfassung eher dazu führt, dass die AfD uns für schwach hält.

taz: Zu Recht?

Özdemir: Ich wünschte, ich könnte energisch widersprechen. Wenn man über die AfD spricht, spricht man gleichzeitig über Putin und über Trump und weiß, was auf dem Spiel steht. Ich habe den Eindruck, dass wir, die wir an Demokratie und Rechtsstaat glauben, gerade nicht den allersortiertesten Eindruck machen. Ich mache mir sehr, sehr große Sorgen um die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft der liberalen Demokratie. Sie war noch nie so bedroht.

taz: Was tun Sie dagegen?

Özdemir: Ich glaube, dass dieses Thema nur vorgebracht wird von Leuten, die jenseits der klassischen Parteipolitik milieu- und lagerübergreifend Menschen ansprechen.

taz: Reden Sie von sich?

Özdemir: Die Gefahr, dass eine Spaltung der Gesellschaft noch mehr vertieft wird, ist ja auch existent. Man kann das nur vorantreiben, wenn man glaubwürdig ist, beispielsweise beim Thema irreguläre Migration. Das ist meine Überzeugung.

taz: Sind Sie so ein lagerübergreifender Politiker?

Özdemir: Das müssen andere beurteilen. Aber an mich habe ich den Anspruch, andere nach ihrer Haltung und ihrer Arbeit zu beurteilen und nicht, welchem Lager sie zugeordnet werden oder sich selbst zuordnen.

taz: Muss man den Rechten Recht geben, um die Gesellschaft zusammen zu halten?

Özdemir: Natürlich nicht. Aber ein Beispiel: Man kann das Land nur offen halten auch für Migration, die wir ja weiter dringend benötigen, wenn man gleichzeitig deutlich macht, dass man nicht naiv unterwegs ist, beispielsweise im Umgang mit Islamismus. Man muss selbstkritisch sehen, dass die irreguläre Migration nicht gesteuert und reduziert wird. Dass sich Leute, die nach allen Gerichtsurteilen abgeschoben werden müssen, nach wie vor im Land aufhalten. Dass wir in der Sicherheitspolitik noch nicht das leisten, was die Menschen zu Recht an Schutz und Sicherheit erwarten. Übrigens nicht nur vor Islamisten, sondern natürlich auch vor Rechts- und Linksextremen. Ich finde immer interessant, dass es in Deutschland zwei Teams gibt.

taz: Was denn für Teams?

Özdemir: Die einen sind im Team Antiislamismus und die anderen sind im Team Antirechtsextremismus. Ich bin in beiden Teams Mitglied. Ich bin im Team Grundgesetz. Mir ist das völlig egal, woher die Gefahr kommt: Jedem, der Probleme mit Gewalt lösen will, muss hart entgegengetreten werden. Dies gilt natürlich auch für den Linksextremismus.

taz: Und Sie werfen Ihrer Partei vor, sie spielt immer noch lieber nur im Team Antifa?

Özdemir: Nein, aber ich erinnere mich dran, wie mein Vorgänger beim Thema westlicher Balkan und sichere Herkunftsstaaten eine Entscheidung getroffen hat, durch die in Berlin damals manche in meiner Partei Schnappatmung bekommen hatten. Und wenn man es jetzt mal im Nachhinein betrachtet: Waren diese Reaktionen angemessen? Sie waren völlig unangemessen. Hatte Kretschmann recht? Er hatte sowas von recht.

Diese Reaktionen sind die Haltung, die uns die Glaubwürdigkeit kaputt macht im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Der Kampf gegen den Extremismus kann nur erfolgreich aus der Mitte der Gesellschaft geführt werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Kurs teilt, wie ich ihn gerade beschrieben habe.

taz: Die Wahl haben Sie auch gewonnen mit solcher Distanzierung von den Bundes-Grünen. Ist das jetzt noch hilfreich?

Aufstieg vor Mahagoni: Landesvater Cem Özdemir im tiefschwarzen Anzug



Özdemir: Wenn ich der Bundespartei Ratschläge gebe, muss ich auch anerkennen: Die Strukturen der Bundespartei sind jetzt mit der Satzungsreform moderner als die der Landespartei. Antragsverfahren auf Parteitag, die Struktur im Vorstand. Die haben Generalsekretäre, wir nicht. Aber es gibt schon noch genug zu tun, auch in Berlin. Ich finde deren doppelte Doppelspitze nicht mehr zeitgemäß in einer Zeit, wo die mediale Zuspitzung immer enger und der Kuchen der Aufmerksamkeit kleiner wird.

Man muss halt auch Führung zulassen. Und wenn ein Vorsitzender schlechte Arbeit abliefern wird er halt abgesetzt. In Baden-Württemberg hat es ja deshalb gut funktioniert, weil die Partei mir die versprochene Beinfreiheit gewährt hat. Ich wusste aber auch, dass du deinen Laden auch mitnehmen musst und dir Zeit für die Partei nehmen musst. Das zählt sich in einem Fall wie bei Boris Palmer aus ...

taz: Auf den parteilosen Oberbürgermeister von Tübingen, Ihren ehrenamtlichen Rat für Staatsmodernisierung, wollten wir gerade kommen.

Özdemir: Um so eine Personalie durchzusetzen, müssen Sie Vertrauen aufbauen. Ich weiß auch, wie weit ich gehen kann. Und ich habe Wort gehalten: was die Zusammensetzung des Kabinetts angeht, was Kompetenzen angeht. Wir haben ein starkes sozialpolitisches Profil in Baden-Württemberg. Auch da habe ich in den Koalitionsgesprächen scharf verhandelt und Wort gehalten.

taz: Kann man Palmer vertrauen?

Özdemir: Ich kenn' ihn ja echt lange. Jetzt hilft er der Landesregierung beim Bürokratieabbau. Wir brauchen jemanden, der von außen einen schonungslos ehrlichen, harten Blick hat auf die Dinge.

taz: Das wird nicht das Problem sein – eher seine Unberechenbarkeit und seine Aussagen aus der Vergangenheit.

Özdemir: Ich habe ihm klar gesagt: Es ist auch für dich eine Chance, dein Verhältnis zu den Grünen zu korrigieren. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn es passiert. Aber das habe ich nicht allein in der Hand.

taz: Haben Sie Zahlen, inwiefern Palmer im Wahlkampf Leute aus der konservativen Mitte zu den Grünen gebracht hat?

Özdemir: Gehen Sie mal davon aus, dass ich meinen Wahlkampf schon sehr akribisch geplant habe, inklusive Palmers Einsatz, sonst würde ich heute nicht hier sitzen. In Ihrer Frage schwingt ja mit, die grüne Basis finde die Personalie falsch. Ich nehme aber für mich in Anspruch, dass ich auch Anwalt der Grünen-Basis bin. Diese Basis sind die Mitglieder und die Wähler. Bei beiden hat

meine Politik und meine Entscheidung eine satte Mehrheit. Jene Funktionäre, die Palmer nicht wollen, sind in der Minderheit. Ich bin da ganz eindeutig Teil der Mehrheit. Die Grüne Jugend im Bund würde in unserer Wählerschaft wahrscheinlich die 5-Prozent-Hürde nicht überschreiten.

taz: Kretschmann hat sich nie groß um die Landespartei gekümmert. Kommen jetzt andere Zeiten?

Özdemir: Ich möchte da eine stärkere Rolle spielen und mich einbringen. Schauen Sie sich das Wahlkampfergebnis an. Es scheint, als wollten die Leute eine grün-schwarze Regierung mit mir an der Spitze. Und so haben die Leute gewählt. Bei der Erststimme haben sie der CDU mehr Stimmen gegeben. Bei der Zweitstimme, die darüber entscheidet, wer Ministerpräsident wird, haben sie uns mehr Stimmen gegeben.

taz: Was leiten Sie daraus ab?

Özdemir: Das heißt erstens Politik der Mitte. Nur so kommst du auf über 30 Prozent. Es heißt zweitens, dass alles immer der Überlegung folgt: Wie zeigen wir hier in Baden-Württemberg, dass man auch anders regieren kann, ohne sich permanent zu streiten und dem anderen das Schwarze unter den Fingernägeln zu misshandeln? Und drittens: Dass wir weiter zeigen, dass Grün und Mitte kein Widerspruch ist. Viele wissen gar nicht, dass Winfried Kretschmann die Grünen gegründet hat. Viele wissen gar nicht, dass ich im November 1981 mit 15 Jahren in die Grünen eingetreten bin. Wir sind die echten Grünen. Winfried Kretschmann und ich sind das Zentrum der Grünen.

taz: Einige Grüne könnten das einen Rechtsruck nennen.

Özdemir: Nein, ein Ruck in die Mitte der Gesellschaft. Dazu waren die Grünen immer fähig. In der Außenpolitik beispielsweise waren viele Pazifisten, heute sind wir in der Ukrainefrage weit besser aufgestellt als andere Parteien. Das war für die Partei ein langer Weg. Ich hatte schon Anfang der 90er Jahre, als der Völkermord in Bosnien stattfand, eine sehr klare Position. Wenn ein vielfältiger bosnischer Staat mit Juden, Christen und bosnischen Muslimen, die die modernsten Muslime der Welt waren, vom Faschismus und Nationalismus der Serben bedroht wird, dann können wir nicht sagen: Vertrag euch! Für mich war klar: Bei Völkermord musst du einschreiten. In Ihrer Zeitung gab es ein legendäres Streitgespräch zwischen Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Fischer sagte, wegen des Nationalsozialismus dürfen wir nie wieder dahin, wo deutsche Soldaten waren. Cohn-Bendit sagte: Gerade wegen des Nationalsozialismus müssen wir bei Faschismus auf der anderen Seite stehen.

Cem Özdemir

ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg in der Nachfolge von Winfried Kretschmann. Er gewann mit den Grünen im März für viele überraschend die Landtagswahl knapp vor der CDU, mit der er nun in einer grün-schwarzen Koalition regiert. Zuvor war er Bundeslandwirtschaftsminister und zehn Jahre Parteivorsitzender der Grünen. Geboren ist er 1965 in Bad Urach. Seine Eltern wanderten in den 1960ern aus der Türkei ein.

taz: Es hat Jahre gedauert, bis Cohn-Bendit Fischer überzeugt hatte.

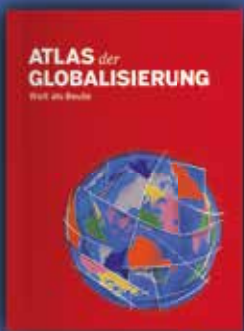
Özdemir: Ja. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich diese Position sehr früh bei den Grünen vertreten habe. Grundsätzlich gesprochen: In vielen entscheidenden Fragen waren wir eigentlich immer auf der richtigen Seite. Ob Artenschutz, Energieeffizienz, ob erneuerbare Energien oder eben bei der Frage nach militärischer Unterstützung. Das ist alles urgrün und eben nicht rechts, sondern die Mitte der Grünen.

taz: Sie machen ja Wahlkampf in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern. Da geht es nicht um Regierung, sondern um den Einzug ins Parlament. Mit welchem Argument werben Sie dort für die Grünen?

Özdemir: Wenn die Grünen über 5 Prozent kommen, wird es schwerer für die AfD, eine Alleinregierung hinzubekommen. Aber das ist nur ein Funktionsargument. Wichtig ist auch ein inhaltliches Argument: Die Grünen sind die einzige Partei, die in Sachsen-Anhalt und auch in Mecklenburg-Vorpommern diejenigen vertritt, die nicht nur an jetzt denken, sondern auch an künftige Generationen. Und das ist neben Klimaschutz immer auch die Artenvielfalt. Die Grünen sind die Einzigen, die an Naturschutz denken und das in alle Politikbereiche einweben. Das ist unverzichtbar. Für die anderen ist das immer eine zusätzliche Aufgabe, die man sich leisten kann, wenn es einem gut geht. Aber Klimaschutz und Artenvielfalt brauchen wir immer. Da kann man keine Pause machen. Ich halte die Grünen dort für unverzichtbar.

taz: Jetzt klingen Sie doch wie ein klassischer Grüner.

Özdemir: Aber Hallo! Ich bin ein in der Wolle gefärbter Ökologe. Ich glaube nur, dass man mehr für Ökologie erreicht, wenn es sich materialisiert und wenn man nicht Sprüche klopft, die nie umgesetzt werden. Dazu bin ich einfach zu sehr Praktiker.



taz

Der neue Atlas der Globalisierung mit über 250 Karten und Grafiken

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Jetzt bestellen

Warum immer mehr Syrer ihren Schutzstatus verlieren

Die Behörden entzogen in diesem Jahr bisher rund 2.000 Syrern den Flüchtlingsschutz. Das klingt nach wenigen Fällen, ist aber eine deutliche Verschärfung

Von **Frederik Eikmanns**

Die deutschen Behörden entziehen immer mehr Syrer*innen ihren Schutzstatus – allerdings bewegt sich die absolute Zahl der Betroffenen weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Von rund 8.000 Fällen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im laufenden Jahr überprüft hat, endeten etwas über 2.000 mit Rücknahme oder Entzug, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervorgeht.

Um zu verstehen, warum die Zahlen dennoch eine dramatische Veränderung bedeuten, ist der Blick auf vergangene Jahre hilfreich. 2025 prüften die Behörden ähnlich viele Fälle von syrischen Geflüchteten. Damals wurde nur bei etwa vier Prozent der Fälle der Schutzstatus widerrufen oder entzogen, während es im laufenden Jahr fast 25 Prozent sind.

Ob es Gründe gibt, einen Schutzstatus zu widerrufen oder zu entziehen, prüfen die Behörden routinemäßig nach einigen Jahren Aufenthalt in Deutschland. Eine Rücknahme ist vorgesehen, wenn der Schutzstatus fälschlich vergeben wurde, etwa wegen falscher Aussagen. Ein Entzug ist dagegen möglich, wenn sich die Grundlage für einen zuvor verliehenen Schutzstatus geändert hat.

Letzteres ist der Grund, warum Syrer derzeit besonders in den Blick der Behörden geraten. In ihrem Herkunftsland hat sich die Menschenrechts- und Sicherheitslage deutlich verbessert, seit ein Milizbündnis den Diktator Bashar Al-Assad Ende 2024 gestürzt hat, auch wenn die Gewalt in einigen Regionen anhält.

Von den rund eine Million Syrer*innen in Deutschland ist rund die Hälfte weitgehend sicher vor einem Entzugsverfahren, weil sie entweder bereits die deutsche Staatsbürgerschaft oder zumindest einen dauerhaften Aufenthaltstitel haben, der nicht mehr auf einem Schutzstatus basiert. Die anderen 500.000 haben dagegen noch einen befristeten Aufenthaltstitel, der an einen Schutzstatus gekoppelt ist. Sie könnten von einem Entzugsverfahren betroffen sein.

Allerdings endet ein solches Verfahren nicht zwangsläufig damit, dass dem Betroffenen der Schutztitel weggenommen wird. Jeder Fall muss individuell geprüft werden, der Betroffene kann sich äußern und juristisch gegen den Entzug vorgehen. Entsprechend hoch ist der bürokratische Aufwand und entsprechend niedrig die Zahl der Verfahren, die die Behörden gleichzeitig durchführen können.

Dass Syrer*innen häufiger der Schutzstatus entzogen wird, obwohl die Zahl der Prüfverfahren insgesamt konstant bleibt, hat wohl mit einer veränderten Praxis in den Behörden zu tun. Im ersten Halbjahr fokussierten sich die Verfahren auf Syrer mit Vorstrafen, seitdem haben die Behörden offenbar auch junge alleinstehende Männer ins Visier genommen. In der Antwort der Bundesregierung heißt es, man gehe davon aus, dass solche Personen ihren Lebensunterhalt in Syrien selbst bestreiten oder Familienangehörige dies übernehmen könnten.

Vor allem Unionspolitiker*innen drängen immer wieder auf eine Verschärfung beim Umgang mit Syrer*innen in Deutschland. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte Ende 2025 für Empörung gesorgt, als er eine Rückkehrquote von 80 Prozent als Ziel genannt hatte. Die Kritik war auch deshalb groß, weil Syrer*innen inzwischen eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen, etwa in Krankenhäusern oder der Pflege. Merz ruderte zurück.

Ob die steigende Zahl der zurückgenommenen Schutztitel auch zu mehr Abschiebungen führt, bleibt abzuwarten. Trotz großer Ankündigungen der Bundesregierung blieb die Zahl solcher Rückführungen bisher sehr niedrig. Seit Anfang des Jahres wurden lediglich drei vorbestrafte Syrer zurückgezwungen.

Und auch zur sogenannten freiwilligen Rückkehr gegen Geld haben sich bisher nur wenige Tausend Syrer*innen entschieden. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Bundesregierung sogenannte Erkundungsreisen explizit verboten hat, bei denen Rückkehrwillige die Lage in Syrien selbst besichtigen könnten.

BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht und – im Hintergrund – Thüringens Landesvorsitzende Katja Wolf
Foto: Martin Schutt/dpa



Zerbricht jetzt die BSW-Fraktion in Thüringen?

Die Brombeer-Koalition in Erfurt sei umgehend zu beenden, lautet ein neuer Befehl der BSW-Bundesspitze. Führende Thüringer Parteimitglieder verweigern sich

Von **Rainer Rutz**

Die Bundesspitze des Bündnis Sahra Wagenknecht setzt in Thüringen auf maximale Konfrontation. In einem Beschluss aus Berlin wird die BSW-Fraktion im Erfurter Landtag jetzt aufgefordert, die sogenannte Brombeer-Koalition mit CDU und SPD zu verlassen. Am Montag trifft sich die 15-köpfige Fraktion, um über den Beschluss des BSW-Parteivorstands zu beraten.

Beobachter:innen schließen nicht aus, dass es dann zum Showdown zwischen den Pragmatiker:innen um die thüringische BSW-Landesvorsitzende und -Finanzministerin Katja Wolf und der Wagenknecht-Garde kommt und die Fraktion auseinanderbricht. Rund ein Drittel der Abgeordneten gilt als dem Berliner Politbüro der Partei treu ergeben. Und dessen Beschluss ist unmissverständlich.

Der Aufhänger für das aktuelle Anstacheln der – seit langem gärenden – Konflikte im Thüringer BSW ist der Dokortitel von CDU-Ministerpräsident Mario Voigt. Oder genauer: Voigts Nicht-mehr-Dokortitel. In dieser Woche hatte die TU

Chemnitz bestätigt, einen Widerspruch Voigts gegen die Anfang des Jahres erfolgte Aberkennung zurückgewiesen zu haben.

Seither sind der BSW-Bundesvorstand um die Vorsitzenden Amira Mohamed Ali und Fabio De Masi, vor allem aber Parteigründerin Sahra Wagenknecht nicht mehr zu bremsen. An die eigenen Reihen in Thüringen gerichtet heißt es in dem aktuellen Beschluss: „Das BSW darf sich nicht zum Mehrheitsbeschaffer eines Mannes machen, der seine persönlichen Interessen über das Wohl des Landes stellt.“

Man erwarte daher von der BSW-Fraktion im Thüringer Landtag, „dass sie Mario Voigt nicht weiter stützt und den Weg für einen überparteilichen Ministerpräsidenten, der mit wechselnden Mehrheiten regiert, auch in Thüringen unterstützt“. Der „überparteiliche Ministerpräsident“ ist eine fixe Idee von Wagenknecht, die seit Ende vergangenen Jahres die von parteiinternen Kritiker:innen als „Sahras Wächterrat“ bespöttelte BSW-Grundwertekommission leitet.

Außer den Wagenknecht-Ultras wollte bislang niemand

etwas von ihrem Modell einer „Bürgerregierung“ mit einem „Überparteilichen“ an der Spitze wissen, auch nicht die anderen Parteien. Das ist seit Freitag anders. Zumindest, wenn man ein Schreiben des thüringischen AfD-Landes- und -Fraktionsvorsitzenden ernst nehmen will.

Der Chef des gesichert rechtsextremen Landesverbandes setzte einen offenen Liebesbrief an die Thüringer BSW-Fraktion auf, in dem er die Abgeordneten aufforderte: „Lassen Sie uns gemeinsam nach einer unabhängigen Persönlichkeit suchen, die Autorität besitzt, das Land zusammenführen kann und im Thüringer Landtag eine Mehrheit hinter sich versammelt.“

Niemand werden wir suchen, heißt es dazu von Thüringens BSW-Infrastrukturminister Steffen Schütz. Er jedenfalls wolle von diesem „Angebot der Handreichung“ absehen.

Gegenüber dem ZDF verteidigte Schütz dann auch die Koalition aus CDU, BSW und SPD. Er erlebe die Regierung als „Team, das wirklich etwas zu Stande“ bringe. Den Beschluss der Berliner Parteioberen habe er „mit

Fassungslosigkeit“ zur Kenntnis genommen.

Schärfer noch wurde Schütz im *Tagesspiegel*, dem er sagte: „Mit ihrem gefährlichen Kurs überschreiten Wagenknecht, De Masi und Mohamed Ali ohne jede innerparteiliche Diskussion und Willensbildung Grenzen, die ich nicht länger bereit bin zu tolerieren.“

Auf der anderen Seite kursieren unter den beinharten Verfechtern der reinen Anti-Regierungs-Lehre seit langem Aufforderungen zur Parteisäuberung. Insbesondere Steffen Schütz und Finanzministerin Katja Wolf gelten als „Verräter“, die man aus dem BSW schmeißen müsste.

In diesem Sinne gab jetzt auch Parteichef De Masi zu Protokoll, dass er beim Sturz von Ministerpräsident Mario Voigt auf ein Einlenken der Thüringer:innen baue, sich ansonsten aber weitere Maßnahmen vorbehalte: „Wir werden nicht länger hinnehmen, dass auf BSW-Ticket im Thüringer Landtag eine Politik gemacht wird, die die Glaubwürdigkeit der Partei untergräbt.“

Laut BSW-Parteisatzung sind die Landesverbände verpflichtet, „alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet“. Als Ordnungsmaßnahme ist in letzter Konsequenz auch die „Auflösung und der Ausschluss der Gliederung sowie die Amtsenthebung des Vorstands derselben“ möglich.

Doch erst einmal kommt die Fraktions Sitzung am Montag. Es wäre nach dem Auseinanderbrechen des Brandenburger BSW Anfang des Jahres das zweite Mal, dass sich eine Fraktion der Wagenknecht-Partei selbst in die Luft sprengt. Anders als in Brandenburg ist ein Überlaufen der führenden Wagenknecht-Kritiker:innen zu einer der anderen Regierungsparteien nicht zu erwarten.

Auch auf den Bestand der Landesregierung dürfte sich ein Fraktionsbruch wohl zunächst nicht unmittelbar auswirken. Die Voigt-Regierung hat schon jetzt keine eigene Mehrheit im Parlament und ist für ihre größeren Projekte auf die Stimmen der oppositionellen Linksfraktion angewiesen. Auf die dürfte es dann allerdings umso mehr ankommen.

Was sich aus dem KPD-Verbot für die Gegenwart lernen lässt

Vor 70 Jahren verbot das Bundesverfassungsgericht die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Anders als die AfD war sie auf dem Weg in die Irrelevanz

Von **Christian Rath**

Am Morgen des 17. August 1956 verkündete Josef Wintrich, damaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, das folgende Urteil: „1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig. 2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst. 3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.“

Direkt im Anschluss begann die „Aktion Holzwurm“. Die Polizei schloss rund 200 KPD-Parteibüros und verhaftete 33 führende Mitglieder der Partei. Der Parteivorsitzende Max Reimann hatte sich bereits in die DDR abgesetzt. Erst 1968 konnte sich mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine Nachfolgepartei gründen.

Das KPD-Verbot war das zweite und bisher letzte Parteiverbot in Deutsch-

land. Zuvor war 1952 die rechtsextremistische SRP (Sozialistische Reichspartei) verboten worden. Zwei Verbotverfahren gegen die ebenfalls rechtsextremistische NPD scheiterten. 2003 saßen zu viele staatliche V-Leute in den Gremien der NPD, 2017 war sie für ein Verbot zu irrelevant.

Heute wird über ein Verbot der AfD diskutiert. Die Rahmenbedingungen sind aber ganz anders als 1956.

Die KPD war 1956 eine Partei im Niedergang. Nachdem sie 1949 noch mit 5,7 Prozent der Stimmen den Einzuzug in den Bundestag schaffte, scheiterte sie bei der nächsten Wahl 1953 mit 2,2 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Zum Zeitpunkt des Verbots war sie nur noch in Bremen und Niedersachsen parlamentarisch vertreten. Politisch war sie mit ihrer DDR-hörigen Politik isoliert. Nur im Kampf gegen die „Remilitarisierung“ (die Einführung der Bundeswehr) hatte sie Einfluss.

Dagegen kommt die AfD in aktuellen Umfragen auf 28 Prozent, acht

Prozentpunkte vor der CDU/CSU. Ein Verbot der AfD dürfte in der Gesellschaft also auf viel weniger Akzeptanz stoßen, als vor 70 Jahren das Verbot der KPD, gegen das es kaum Widerstand gab.

Auch die USA, der mächtigste deutsche Verbündete, würde auf ein AfD-Verbot ganz anders reagieren als damals auf das KPD-Verbot. 1956 entsprach das KPD-Verbot dem Antikommunismus der US-amerikanischen McCarthy-Ära und stützte die Westintegration der Bundesrepublik. Dagegen sympathisiert die aktuelle US-Regierung unter Donald Trump mit der AfD und könnte im Falle eines Verbotsantrags mit Sonderzöhlen und anderen Sanktionen drohen.

Es lohnt auch ein Blick auf die Abläufe der 1950er-Jahre. Bereits 1951 hatte die Adenauer-Regierung einen Verbotsantrag gegen die KPD gestellt und drängte das Verfassungsgericht mehrfach zu einer schnellen Entscheidung. Dass es dennoch fünf Jahre dauerte, bis das Verbot verkün-

det wurde, zeigt einerseits einen gewissen Unwillen der Verfassungsrichter, so massiv in die demokratische Willensbildung einzugreifen, andererseits belegt die lange Dauer aber auch die Komplexität solcher Verfahren.

Ein AfD-Verbot dürfte dabei eher schwieriger zu begründen sein, als einst das KPD-Verbot. Zwar bekannte sich die KPD (wie heute die AfD) zum Grundgesetz. Allerdings benannte sie als Fernziel offen die „Diktatur des Proletariats“, die durch eine gewaltsame Revolution durchgesetzt werden soll. Solche diktatorischen Fernziele hat die AfD bisher nicht geäußert. Die Verfassungsfeindlichkeit der AfD müsste deshalb durch ein aufwendiges Puzzle aus Einzeläußerungen belegt werden.

All diese Unterschiede zu den 1950er-Jahren dürften mitursächlich dafür sein, dass es bis heute keinen Antrag von Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat auf ein AfD-Verbot gibt.

richtig gute leute

Ein Staffellauf für Demokratie und Vielfalt

Katja Lucke ist Historikerin und leitet das Dokumentationszentrum Prora auf Rügen. Vor den Landtagswahlen ruft sie zu einer sportlichen Demo auf

In Badehose und Flipflops, mit Handtuch, Sonnenschirm und Schwimmreifen schlappen die Menschen durch den baufälligen Durchgang Richtung Strand. Er wird durch Stahlträger gestützt, die Fensterscheiben über dem Durchgang sind teils zerbrochen. Rechts daneben sieht das gleiche Gebäude ganz anders aus. Hier ist es strahlend weiß gestrichen, die Fenster vergrößert. Dahinter verbergen sich sanierte Loft-Ferienwohnungen. Willkommen in Prora.

Katja Luckes Arbeitsplatz liegt in einem Seitenflügel, niedriger als der Gebäudestrang, der sich 4,5 Kilometer am Meer entlangzieht. Nicht so verfallen wie der Teil über dem Durchgang, nicht so strahlend weiß wie die neuen Ferienwohnungen. Lucke leitet das Dokumentationszentrum Prora, das seit 26 Jahren über die von den Nazis für 20.000 Menschen geplante aber nie fertig gestellte Ferienanlage im Ostseebad Binz auf Rügen informiert. Daneben gibt es wechselnde Ausstellungen, aktuell etwa „Die Nazis waren ja nicht einfach weg“ über den Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe nach 1945, die vorher bereits in der Topographie des Terrors in Berlin zu sehen war.

Prora hat eine bewegende Geschichte: Ab 1939 nutzte die Luftwaffe einen Teil der Gebäude, anschließend die Sowjetarmee, schließlich die Nationale Volksarmee der DDR. 1994 wurde der Komplex unter Denkmalschutz gestellt, später Gebäudeteile an Investoren verkauft. Im nördlichen Teil ist eine Jugendherberge untergebracht.

Lucke arbeitet seit 2012 im Dokumentationszentrum, seit 2015 ist sie dessen Chefin. Sie selbst nennt sich so nicht. „Wir machen das alles im Team“, sagt sie der taz am Telefon, aber dass es eben Zuständigkeiten brauche. Die Historikerin ist für den wissenschaftlichen Bereich des Dokumentationszentrums zuständig, verantwortet vor allem das Bildungsprogramm und die Veranstaltungen. Vorher war sie für verschiedene historische Einrichtungen tätig, meist zur NS-Geschichte: darunter die Topographie des Terrors und das Museum Karlshorst in Berlin, die Erinnerungsstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Der Sommer, wenn die Feriengäste nach Rügen kommen, ist auch für Lucke und ihr Team Hochsaison. In den kommenden beiden Wochen gibt es eine Lesung im Rahmen der aktuellen Ausstellung über im NS-Jargon sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, ein Theaterstück über die Geschichte des „KdF-Seebades“, und der taz-Autor Andreas Speit stellt sein Buch „Autoritäre Rebellion“ vor.

Aktuell gebe es eine große Nachfrage von Schulen zum Thema Rechtsextremismus, erzählt Lucke. Kein Wunder: Am 20. September ist Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, und die AfD liegt in Umfragen mit 36 Prozent auf dem ersten Platz. Lucke macht das Sorgen. „Wer hätte gedacht, dass wir nochmal die Demokratie und kulturelle Vielfalt verteidigen müssen.“ Auch aus diesem Grund: „Wenn die AfD die meisten Stimmen holt, dann sind potenziell auch die Landeszentrale für politische Bildung und historische Bildungsstätten gefährdet.“

Um Haltung zu zeigen, hat sich Lucke daher etwas Ungewöhnliches ausgedacht: Am 5. September lädt das Dokumentationszentrum zum „Staffellauf für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt“ ein. Sie laufe selbst gerne, sagt Lucke, überhaupt seien viele aus dem Team nicht nur eine „engagierte Truppe“, sondern auch sportbegeistert. Allerdings gehe es bei dem Lauf nicht um Schnelligkeit. „Wir wollen ein kleines, buntes Zeichen vor den Wahlen setzen.“ Der Fahrradverleih vor Ort habe schon Interesse bekundet, teilzunehmen, ebenso lokale Restaurantbesitzer, und auch Teams aus den nahen Schulen und der Jugendherberge hätten sich angemeldet.

Johanna Treblin

Vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stellen wir Engagierte aus der Zivilgesellschaft vor. Alle Texte finden Sie hier.

Mitten im Wahlkampf: Eva von Angern, Spitzenkandidatin der Partei Die Linke für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Foto: Maryam Majd/reuters



Eva von Angern führt die Linke in Sachsen-Anhalt. Mit der Union arbeitet sie pragmatisch zusammen – auch gegen Widerstand aus der eigenen Partei

Aus Magdeburg
David Muschenich

Die Diskussion entbrennt, nachdem am Wahlkampfstand die ersten roten Tüten, Wahlprogramme und Kugelschreiber verteilt sind. Sechs Linke stehen am Dienstagmittag in Neu Olvenstedt, einem Stadtteil am Rand von Magdeburg. Gemeinsam mit ihrer Spitzenkandidatin Eva von Angern werben sie um Stimmen für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Doch einer der Wahlkämpfer:innen ärgert sich.

Wenn die Linke im Landtag für einen CDU-Ministerpräsidenten stimmen würde, „dann sagen die Leute, sie können gleich die CDU wählen“, sagt er laut. Die Linke mache sich überflüssig. Die Spitzenkandidatin hält dagegen. Die Linke würde nicht unüberlegt bei allem zustimmen, was die CDU fordert, erklärt von Angern. Kitas schließen, Vergabemindestlohn aushöhlen? Das sei mit der Linken nicht drin. „Natürlich dürfen wir uns nicht komplett verbiegen.“ Aber es gehe sowohl um eine andere Politik als auch darum, Schlimmeres zu verhindern.

In aktuellen Umfragen in Sachsen-Anhalt liegt die AfD bei mehr als 40 Prozent. Je nachdem, wie viele Parteien es ins Parlament schaffen, könnte das für eine Alleinregierung reichen. In dem Fall sollen schon in den ersten 100 Tagen mehr Menschen abgeschoben werden, verspricht die rechtsextreme Partei in ihrem Programm.

Und wenn die AfD nach dem 6. September keine Mehrheit hat? Auch dann wird es für von Angern und ihre Partei ernst. Hält die Linke dann den CDU-Ministerpräsidenten Sven Schulze weiter im Amt? Diese Option will sich von Angern zumindest nicht verbauen.

Dabei fordert auch die CDU in ihrem Programm: „Abschiebungen forcieren“. Es gibt Linken-Genoss:innen, denen bereitet der Gedanke an die CDU deutliche Bauchschmerzen. Die Debatte brach öffentlich hervor, als Luigi Pantisano, mittlerweile Bundesvorsitzender, im Juni auf dem Linken-Parteitag der CDU vorgeworfen hatte, sie betreibe faschistische Politik.

Noch auf dem Parteitag kritisierte von Angern im Interview mit der taz, das relativiere den tatsächlichen Faschismus. Ob ihr das im Wahlkampf schade? „Ich hoffe nicht“, sagte die 49-Jährige. Seit 2020 ist sie Linken-Fraktionsvorsitzende im

Landtag Sachsen-Anhalt. Dort sei längst Realität, dass CDU und Linke zusammenarbeiten. „Das ist auch gut und vernünftig“, sagt sie.

In der zu Ende gehenden Legislatur habe die Linke „31 erfolgreiche parlamentarische Initiativen“ vorzuweisen. Eva von Angern bezeichnete die Rolle ihrer Fraktion bei einer Pressekonferenz als „konstruktive Opposition“. Die CDU-geführte Regierung habe verstanden, „dass sie uns auch immer mal ernst nehmen sollte“. Beim Haushalt habe die Linke etwa erreicht, dass mehr Geld für Frauenschutzhäuser bereitgestellt werde.

Mittlerweile drückt sich Pantisano anders aus, wenn es um die CDU in Sachsen-Anhalt geht. Sven Schulze als Ministerpräsident mit Stimmen der Linkspartei? Schließt er im „Sommerinterview“ des ZDF nicht aus. Zumindest dann nicht, wenn es darum geht, eine AfD-Regierung zu verhindern.

Am Wahlkampfstand in Neu Olvenstedt begrüßt die Spitzenkandidatin Passant:innen in fröhlichem Ton. Von Angern wohnt seit zwölf Jahren im Stadtteil, dort tritt sie auch als Direktkandidatin an. An diesem Dienstag trägt sie einen Juterucksack. Aufdruck: Liebe für alle.

Im Vorbeigehen winkt eine Frau herüber: „Ich wollte nur mal danke sagen.“ Auch von Angern bedankt sich und greift in einen Karton: „Möchten Sie noch einen Linken-Kuli?“ Dann rollen gemächlich drei Männer auf Mountainbikes vorbei. „Guck mal, die Linken“, sagt einer spöttisch. Der zweite ergänzt grimmig: „Die Linken, das sind Verbrecher.“ Von Angern hebt lachend den Zeigefinger. „Wenn überhaupt: Verbrecherinnen“, korrigiert sie. „Ich bin eine Frau.“

Ein paar Schritte die Straße runter ist von Angerns Lieblingseisdiele. Dort wolle sie nach der Politik arbeiten, scherzt sie in einem MDR-Beitrag. Dafür brauche man „nur im Kopfrechnen die Note 2. Und ich hatte ‘ne 1.“ Auch einen CDU-Ministerpräsidenten hat sie schon zu Hause. Ihr Kater heißt Herr Böhmer, so wie Wolfgang Böhmer, der 2002 in Sachsen-Anhalt regierte, als von Angern das erste Mal in den Landtag einzog.

Die damals 25-Jährige hatte ihr Jurastudium abgeschlossen, war Mutter geworden. Die Linke, zu der Zeit noch PDS, hatte bei der Wahl mehr als 20 Prozent bekommen. 2006 wurde die Partei hinter der CDU zweitstärkste

Kraft, zeitweise schien ein linker Ministerpräsident möglich. Bis 2016 die AfD hinzukam. 2021 erhielt die Linke nur noch 11 Prozent der Stimmen.

Heute plakatiert die Linke zwar landesweit mit von Angern. Aber sie tritt nicht an, um Ministerpräsidentin zu werden. Laut aktuellen Umfragen würden 13 bis 14 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt die Linke wählen.

In Neu Olvenstedt laufen immer wieder Menschen vorbei, winken ab und sagen: „Ich wähle AfD.“ Warum? Eine Frau mit Kinderwagen beginnt zu erzählen: Sie habe jahrelang die Linke gewählt, jetzt nur noch blau. In ihrer Nachbarschaft kenne sie Menschen mit Migrationsgeschichte. Die blieben alle zu Hause „und machen sich einen Lenz.“ Viele seien in die Sozialsysteme eingewandert. Von Angern schüttelt ganz leicht den Kopf. „Knapp 60 Prozent der Geflüchteten arbeiten und sind enorm wichtig für unser Bundesland. Das sage nicht nur ich, sondern die Arbeitsagentur.“ Glaube sie nicht, antwortet die Frau und beendet kurz danach

die Unterhaltung. Von Angern schaut auf ihr Handy. Dann rollen zwei weitere Fahrradfahrer vorbei. „Schön, dass es euch gibt“, sagt einer. „Danke“, antwortet die Politikerin.

Am Tag danach steht von Angern in der „Wahlarena“ des MDR neben CDU-Spitzenkandidat Sven Schulze und AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund. Wenn Siegmund spricht, fährt sie mehrfach dazwischen. Im AfD-Wahlprogramm stehe es anders, als er suggeriere. Oder sie kommentiert einfach: „Quatsch!“ Als ein Zuschauer aus dem Publikum sagt, sowas sei unhöflich, bittet sie um Entschuldigung. Aber es mache etwas mit ihr, wenn Menschen in Sachsen-Anhalt Angst davor hätten, von Rechtsextremen aussortiert zu werden.

Bei Sven Schulze spricht sie nicht rein. Als es um junge Schüler:innen mit Förderbedarf geht, sagt der CDU-Kandidat, es brauche mehr Unterstützung für Lehrer:innen. „Vielleicht auch Unterstützung von gut ausgebildeten Kindergärtnerinnen in den ersten beiden Klassen.“ Von Angern nickt.

Anzeige

 Deutsche Ausgabe **+ LE MONDE** *diplomatique*



39,60 Euro für 1 Jahr LMD auf Papier

EXKLUSIVES ANGEBOT
für taz-Abonnent:innen

taz.de/lmd-gedruckt

Humanitäre Helfer*innen unter Beschuss

Hunderte Mitarbeitende von Hilfsorganisationen wurden 2025 getötet, viele weitere wurden verletzt

Von **Leila van Rinsum**

350 humanitäre Helferinnen und Helfer sind nach Angaben der Aid Worker Security Database der internationalen Forschungsgruppe Humanitarian Outcomes im vergangenen Jahr getötet worden. Zudem wurden 322 Personen verwundet, 235 durch nicht-staatliche Akteure entführt und 280 festgenommen oder verhaftet. Das sind Zahlen, die Mitarbeitende der britischen Datenbank verifizieren konnten. Die Angriffe auf Hilfskräfte sind demnach auf einem Höchststand. Die Hilfsorganisation Caritas international fordert die Bundesregierung und die EU in einem Statement auf, „den Schutz humanitärer Helfer in internationalen Gesprächen konsequenter einzufordern und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht nicht folgenlos zu lassen“.

Auch die Caritas ist von den Angriffen auf Hilfskräfte betroffen. Ende Juli sei eine Caritas-Mitarbeiterin bei einem russischen Raketenangriff in der Ukraine gestorben, berichtet die Hilfsorganisation. Im Sudan sei im Juni ein Mitarbeiter einer Partnerorganisation bei einem bewaffneten Überfall auf ein Lagerhaus getötet worden. Und im Südlibanon sei wenige Tage zuvor ein Caritas-Hilfskonvoi „zwischen die Fronten“ geraten. „Humanitäres Völkerrecht ist keine unverbindliche Empfehlung“, mahnt Oliver Müller, Leiter von Caritas international. „Zivile Einrichtungen, Hilfslager, Krankenhäuser und humanitäre Transporte müssen geschützt werden.“

Laut der Aid Worker Security Database war 2024 mit 387 getöteten Helfer*innen das bislang tödlichste Jahr. Seit 2023 sind die Angriffe auf Hilfskräfte rasant gestiegen. Zwischen 2016 und 2022 waren jährlich zwischen 113 und 141 getötete Helfer*innen gemeldet worden. Mehr als die Hälfte der Todesfälle ereignete sich 2025 im Gazastreifen, 71 Hilfskräfte wurden in Sudan getötet. Besonders hoch war die Zahl auch in Südsudan und in der Demokratischen Republik Kongo.

„Humanitäres Völkerrecht ist keine unverbindliche Empfehlung“

Oliver Müller, Caritas international

Die Koalition zum Schutz der Gesundheit in Konflikten, bestehend aus wissenschaftlichen Instituten und Zivilorganisationen, verzeichnete 2024 zudem einen Höhepunkt von Angriffen auf das Gesundheitswesen in den vergangenen zehn Jahren.

Der aktuelle Bericht dokumentiert 2.546 Vorfälle von Gewalt gegen das Gesundheitswesen in 21 Ländern, darunter 790 beschädigte oder zerstörte Krankenhäuser, 455 getötete Gesundheitsfachkräfte. 218 Mitarbeitende wurden entführt und 263 festgenommen. Laut Bericht sind für zwei Drittel aller Vorfälle staatliche Akteure verantwortlich. „Trotz klarer Verbote im humanitären Völkerrecht ist Gewalt gegen das Gesundheitswesen zu einem Merkmal moderner Konflikte geworden“, heißt es im Bericht.

Auch Ärzte ohne Grenzen warnen vor einem Trend. „Die Konfliktparteien haben die Argumentation von ‚versehentlichen Angriffen‘ hin zu einer Rechtfertigung verlagert, wonach medizinische Einrichtungen und humanitäres Personal ihren Schutz nach dem humanitären Völkerrecht ‚verloren‘ hätten“, warnte Erik Laan von Ärzte ohne Grenzen schon zu Beginn des Jahres. „Anstatt automatisch als Zivilisten und damit als geschützt zu gelten, müssen Gemeinden und Gesundheitseinrichtungen nun nachweisen, dass sie keine militärischen Ziele sind“.

Erst Ende Juli appellierte die Organisation erneut an die israelische Regierung, den orthopädischen Chirurg von Ärzte ohne Grenzen, Mohammed Obeid, sowie den Direktor des Kamal Adwan-Krankenhauses in Gaza, Hussam Abu Safiya, jeweils aus der Einzelhaft zu entlassen. Seit eineinhalb Jahren gibt es keine Anklage. Die „Berichte über Folter reihen sich ein in ein entsetzliches Muster, wonach die israelischen Behörden medizinisches Personal in ganz Palästina festnehmen und gezielt ins Visier nehmen“, so der Appell. Nach Angaben von der Menschenrechtsorganisation Healthcare Workers Watch werden 95 palästinensische medizinische Fachkräfte von den israelischen Behörden seit Oktober 2023 festgehalten. Über 1.700 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet.

Zahl des Tages

4,3 Milliarden

Deutsche Unternehmen treten bei Investitionen in den USA auf die Bremse. Im ersten Halbjahr haben sie ihr Engagement um fast zwei Drittel zurückgefahren. Demnach flossen **nur noch rund 4,3 Milliarden Euro an deutschen Direktinvestitionen in die weltgrößte Volkswirtschaft**, wie aus Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf Basis von Bundesbank-Daten hervorgeht. Diese lagen der Nachrichtenagentur Reuters am Sonntag vorab vor. Das ist ein Einbruch um 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Umfragen wie die der Deutschen Industrie- und Handelskammer deuten in dieselbe Richtung. Tja, vertrumpt noch mal!

Auf der Polar-Seidenstraße

China will die Containerschiff-Route durch die Arktis nach Großbritannien und Hamburg etablieren. Das birgt Gefahren fürs Klima

Ein chinesisches Containerschiff ist zu einer Fahrt nach Europa durch die Arktis in See gestochen. Die „Dubai Tower“ verließ den Hafen Ningbo im Osten Chinas am Samstagabend in Richtung Norden. Das Schiff soll am 7. September in Großbritannien anlegen, doppelt so schnell wie über die übliche Handelsroute durch den Suezkanal bei Ägypten.

Die Arktisroute führt durch die Beringstraße zwischen Sibirien und Alaska und anschließend an der russischen Nordküste entlang durch den arktischen Ozean. Die „Dubai Tower“ steuert nach Angaben der Reederei Sea Legend zuerst den Hafen Felixstowe in Großbritannien an, anschließend folgen der Hamburger Hafen sowie Gdynia bei Danzig in Polen. Neben der kürzeren Fahrzeit

umgeht das Schiff auf der Arktisroute das Rote Meer, wo die pro-iranische Huthi-Miliz seit Beginn des Krieges zwischen den USA und dem Iran regelmäßig Tanker beschießt. Der Krieg sorgt seit den US-israelischen Angriffen im Februar für Probleme im internationalen Seehandel.

Künftig soll wöchentlich ein Containerschiff aus China durch die Arktis nach Europa fahren. Peking plant eine „Polar-Seidenstraße“, die China einen besseren Zugang zur Arktis und für den Handel mit Europa verschaffen soll. Die Fahrt durch die Arktis ist aber nur in den Sommermonaten möglich, wenn das Eis so weit geschmolzen ist, dass ein Containerschiff ohne Eisbrecher durchkommt.

Das weltweit erste Containerschiff fuhr 2018 durch die Ark-

tis, im vergangenen Jahr waren es insgesamt 23 Durchfahrten. Umweltschützer befürchten, dass der erhöhte Schiffsverkehr das Eis der Arktis schneller schmelzen lässt. Die zum Antrieb verbrannten Schweröle erzeugen Ruß, dessen Rückstände sich auf Schnee und Eis absetzen. Laut Studien hat der Ruß über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg einen 1.600 Mal höheren Erderwärmungseffekt als Kohlendioxid. Setzt er sich auf Schneefeldern und Gletschern fest, werden Sonnenstrahlen immer stärker absorbiert. Dadurch erwärmt sich die Oberfläche schneller, die Schmelze nimmt zu. Reedereien wie die deutsche Hapag-Lloyd, die Schweizer MSC und die französische CMA CGM haben deshalb zugesagt, Routen durch die Arktis vorerst zu meiden. *(afp)*



Nomade in der mongolischen Steppe: Das Gastgeberland der 17. UN-Konferenz ist besonders von Wüstenbildung betroffen
Foto: Dreamstime/imagoo

Die kleine Schwester der Klimakonferenz

Die UN-Konferenz gegen Wüstenbildung beginnt in der Mongolei. Themen sind neue Strategien zur Rettung von Weideland und die Bekämpfung der Dürre

Von **Pauline Ruprecht**

Deutschland hat bereits abgewunken: Die bestehenden Abkommen reichen. Ein weltweit verbindliches Dürreprotokoll wird es wohl auch bei der diesjährigen Wüsten-COP nicht geben. Schon bei den UN-Verhandlungen in Saudi-Arabien vor zwei Jahren waren Europa, die USA und Argentinien dagegen, während Afrika als besonders von Wüstenbildung betroffener Kontinent ein „Protokoll“ forderte – also eine Art verbindlichen Teilvertrag, auf dessen Grundlage betroffene Staaten Unterstützung erhalten können.

Das ist nur eines der Themen der an diesem Montag startenden 17. UN-Konferenz gegen Wüstenbildung in der Mongolei. In den kommenden fast zwei Wochen verhandeln in der Hauptstadt Ulaanbaatar rund 10.000 Vertreter aus 197 Ländern über Lösungen gegen Wüstenbildung, Bodendegradation und Dürre. Die Konferenz ist Teil der Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD).

Alles steht unter dem Motto „Restoring Land. Restoring Hope“, Land und damit auch Hoffnung wiederherstellen.

Das ist dringend nötig. Denn die Welt leidet: Laut UNCCD sind bereits bis zu 40 Prozent der globalen Landfläche von der Verschlechterung der Bodenqualität betroffen.

Natürlich geht es bei der Konferenz ums Geld: Laut UN verursachen Desertifikation, Bodendegradierung und Dürren weltweit jährlich 900 Milliarden US-Dollar Kosten. Ziel der Konferenz ist es, mehr Investitionen in Widerstandsfähigkeit gegen Dürre und für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu mobilisieren.

Unter Wüstenbildung versteht man den Prozess, bei dem

Wüsten oder wüstenähnliche Landschaften entstehen. Meist wird er durch Bodendegradation ausgelöst – der Verschlechterung des Bodens vor allem in trockenen Regionen. Der Klimawandel und starke Landnutzung verstärken diese Prozesse. Das bedroht die Lebensgrundlage vieler Menschen: Wüstenbildung kann zu Armut, Hunger und Artensterben führen.

Erstmals im Fokus der internationalen Politik stand das Problem nach einer Dürrekatastrophe in der Sahelzone Anfang der Siebzigerjahre. Sie führte zu Hungersnot und schätzungsweise einer Million Toten. Als Reaktion entwickelten 94 Staaten einen Aktionsplan, der Wüstenbildung vorbeugen und diese rückgängig machen sollte. Bis zur Jahrtausendwende sollte er umgesetzt werden, doch heute gilt das Projekt als gescheitert – unter anderem wegen fehlender Finanzierung.

Im Jahr 1996 trat die UN-Konvention gegen Wüstenbildung in Kraft. Die erste Konferenz fand im Jahr danach in Rom statt. Die Wüstenkonferenz ist heute eine von drei COPs unter dem Dach der Vereinten Nationen – kurz für „Conference of the Parties“. Während die deutlich größere und bekanntere UN-Klimakonferenz jährlich veranstaltet wird, finden die Konferenzen zu Biodiversität und Wüstenbildung alle zwei Jahre statt.

Es lohnt sich, einen Blick auf die eher unbekannte Wüstenkonferenz zu werfen. Der Austragungsort ist nicht zufällig gewählt. Die Mongolei ist viermal so groß wie Deutschland und eines der am stärksten von Wüstenbildung betroffenen Länder weltweit. Mehr als drei Viertel der Landfläche sind laut UNCCD bereits geschädigt. Damit das nicht so bleibt, will die Mongolei unter anderem bis 2030 eine Milliarde Bäume pflanzen. Auch weltweit ist Land von Wüstenbildung bedroht, besonders in Asien und Afrika, aber zum Beispiel auch in Sizilien, am Toten Meer oder in kleinerem Maßstab in Brandenburg.

Damit Wüsten besser vermieden werden können, soll auf der COP auch eine KI-gestützte globale Plattform zur Dürreüberwachung vorgestellt werden. Die Delegierten wollen zudem eine neue Strategie zum Schutz von Weideland und Viehzüchtern aushandeln – passend zum Internationalen Jahr der Weidelandschaften und des Hirten­tums, das die UN 2026 ausgerufen hat.

„Gucken Sie aus dem Fenster!“

Umweltminister Schneider will Moore fürs Klima wiedervernässen, doch die CSU bremst ab. Nabu-Chef Krüger erklärt, wie sich Kritiker überzeugen lassen

Auf dieser Seite
finden Sie jeden Montag
Geschichten rund
um die Klimakrise



So schön ist der Blick aus dem Fenster zu selten: Wolken spiegeln sich im wiedervernässen Himmelmoor bei Quickborn
Foto: Markus Beck/imageBROKER/dpa

Interview **Hanna Gersmann**

taz: Herr Krüger, SPD-Umweltminister Schneider hat das milliardenschwere Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz weiter entwickelt, um vor allem Moore und Wälder besser zu schützen. Aber in der Regierung steht er oft allein. Ihr Ein-Satz-Argument für ihn?

Jörg-Andreas Krüger: Gucken Sie aus dem Fenster! Die Hitze, die Dürre, das Niedrigwasser setzen die Energieproduktion unter Stress, Lieferketten reißen, weil die Binnenschifffahrt eingeschränkt ist, örtlich wird Trinkwasser knapp, dazu die Feuer europaweit. Es ist nicht nur der Rasen im Garten, der braun wird. Der Klimawandel schadet der Wirtschaft.

taz: Moore gelten als wichtige Helfer gegen die Erderhitzung. Darum will der Umweltminister für sie ein „überragendes öffentliches Interesse“ geltend machen. CSU-Agrarminister Alois Rainer ist aber dagegen – und nun?

Krüger: Das ist das wirklich Anstrengende derzeit. Die Flüsse versiegen? Wir baggern die Fahrrinnen einfach weiter aus! Immer wieder muss man erklären, dass solche alten Konzepte die derzeitigen Probleme mit verursacht haben, dass sie nicht helfen.

taz: Alois Rainer sagt dazu: „Ich kann’s nicht regnen lassen, sonst tät ich’s machen.“

Krüger: Aber es ist kein Wetter. Hitzewellen und Dürren häufen sich. Das lässt sich auch nicht abtun mit „Früher hat es auch warme Sommer gegeben“.

Wir müssen mit Wasser anders umgehen. Seit 150 Jahren soll das immer möglichst schnell raus aus den Äckern und Wiesen, wird abgeleitet in Flüsse und ins Meer, ist damit weg. Das geht noch schneller, wenn der Fluss weiter vertieft wird. Wir brauchen heute Landschaften, die Niederschläge wie ein Schwamm aufnehmen und in Dürren wieder abgeben können. Intakte Moore sind da unverzichtbar.

taz: Sie wurden aber einst mit viel Mühe trockengelegt, damit Landwirte ackern können. Die Felder jetzt wieder unter Wasser setzen – ist das nicht eine Zumutung?

Krüger: Das war eine kulturelle Leistung, ja. Meine eigenen Großeltern hatten einen Hof in Norddeutschland, wo die Pferde noch breite Moorschuhe trugen, um nicht zu versinken. Die Arbeit wurde viel leichter, als die Wiesen und Felder dann endlich in den 1960er Jahren entwässert wurden. Nun kommt der Enkel und sagt, das muss alles wieder nass werden. Das ist nicht einfach. Heute setzen diese entwässerten Moore aber knapp sieben Prozent der Treibhausgasemissionen frei.

taz: Sinkt das Wasser in Mooren, werden die zu Torf gewordenen Pflanzenreste zersetzt. Das in ihnen gespeicherte CO₂-Treibhausgas geht in die Atmosphäre.

Krüger: Darum soll das Wasser nun wieder angestaut werden, bis etwa vier Zentimeter unter der Geländeoberkante.

taz: Dafür ist in Zeiten austrocknender Flüsse genug Wasser da?

Moore fürs Klima

2023 erfand die damalige grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK). SPD-Nachfolger Carsten Schneider hat dieses weiter entwickelt. Seine Vorschläge sind jetzt in der Phase der Verbändeanhörung. Hintergrund: Deutschland reißt seine Klimaziele im Landnutzungsbe reich – Landwirtschaft, Wälder, Moore speichern derzeit zu wenig Treibhausgase. (HG)

Krüger: Bei den sich aus Regenwasser speisenden Hochmooren in Niedersachsen mag es mancherorts eng werden, sonst eher nicht. Moore zu schützen ist der beste Klimaschutz, den man machen kann, auch volkswirtschaftlich gesehen. Da stehen nun 1,75 Milliarden Euro bis 2029 zur Verfügung, damit lässt sich einiges machen. Zum Vergleich: Zur Umstellung der deutschen Stahlindustrie auf grünen Stahl sind bereits bis zu 7 Milliarden Euro geflossen.

taz: Minister Schneider ist offenbar selbst skeptisch, Verbündete zu finden – warum sonst verspricht er für den Moorschutz nun eine „attraktive“ und nicht einfach eine Förderung?

Krüger: Das Wort mag unüblich sein. Aber es geht für die Landwirte auch um viel. Sie müssen ihr Betriebsmodell ändern. Ein Waldbesitzer, der seinen Wald umbaut und anders bewirtschaftet, macht

immer noch Waldwirtschaft. Auf einem wiedervernässen Boden kann ein Milchbauer aber keine Kühe mehr laufen lassen. Er muss sich auf neue Wertschöpfungsketten einlassen, in Zukunft zum Beispiel Seggen und Binsen ernten für die Produktion von Kartons, die der Hamburger Handelskonzern Otto schon nutzt. Der Umweltminister setzt auch auf Photovoltaik-Anlagen auf Mooren als neue Einnahmequelle. Für den Wechsel müssen Landwirte gewonnen werden. Und honoriert.

taz: In Schneiders Entwurf steht wortwörtlich: „Wir werden ein überragendes öffentliches Interesse für den Moorerhalt und den Moorschutz ... gesetzlich verankern, wobei das Prinzip der Freiwilligkeit nicht eingeschränkt wird.“ – Ein Widerspruch?

Krüger: Soll auf einem Moorboden ein Neubaugebiet entstehen, stünde das überragende öffentliche Interesse dem entgegen, die Unverbaubarkeit eines solchen Gebietes hätte Vorrang. Die landwirtschaftliche Nutzung wäre aber nicht verboten, eine Wiedervernässung nur in Absprache mit den Landeigentümern möglich.

taz: Der Umweltminister will auch den Holzbau stärken – wie hilft das?

Krüger: Derzeit werden 80 Prozent der deutschen Buche – eine der Hauptbaumarten – verheizt. Bäume nehmen während ihres Wachstums CO₂ aus der Luft auf. Das bleibt im Holz nur gespeichert, so lange es in Produkten genutzt wird.

Ein Dachstuhl kann 100 Jahre und länger halten, das ist super für den Klimaschutz.

taz: Aber?

Krüger: Gebaut wird vor allem mit Nadelholz. Im Fichtenwald ist alles schön gerade. Laubbäume wachsen hingegen quer und knurzelig. Sie lassen sich nicht so einfach als Balken nutzen. In der Nachkriegszeit, als man schnell viele Rohstoffe zum Wiederaufbau brauchte, wurde darum alles auf Nadelholz ausgerichtet. Daher kommen die Monokulturen, die im Klimawandel wenig robust sind. Sie müssen zu Mischwäldern umgebaut und für das Bauen mit Laubholz technische Lösungen entwickelt werden.

taz: Aber Holzhäuser gehen eher in Flammen auf – ist das nicht ein Problem?

Krüger: Ein Holzbalken brennt kontrollierter ab als ein Stahlträger. Letzterer ist ganz lange fest, verformt sich dann und stürzt plötzlich zusammen. Das ist für Feuerwehren schwieriger. In Schweden und Österreich wird zudem schon lange viel mit Holz gebaut. Bund, Länder, Kommunen müssten da

jetzt nur vorangehen bei ihren Neubauten.

taz: Der Bund will „Vorbild und Vorreiter“ sein. Stimmt das?

Krüger: Schön, aber nur eine Absichtserklärung. Ohnehin bleibt Vieles vage. Das Neue aber: Bis 2029 nimmt die Regierung für den natürlichen Klimaschutz schon jetzt 4,6 Milliarden Euro in die Hand. Und Schneider will in den nächsten Haushaltsverhandlungen weiteres Geld fordern – endlich mal ein Aktionsprogramm mit mehr als Worten.



Foto: Reiner Zensen/Imago

Jörg-Andreas Krüger (57) ist seit 2019 Präsident des Naturschutzbunds Deutschland (Nabu), dem größten deutschen Umweltverband. Der studierte Landschaftsarchitekt, Jäger und Vogelkundler ist in Göttingen geboren und lebt in der Uckermark in Brandenburg.

blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs



FUTURZWEI

Magazin für **Zukunft und Politik**

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer



**JETZT
ABONNIEREN!**



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer

Katastrophale Zustände und Ablenkung mit Eis

Berichte über miserable Zustände auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln häufen sich. US-Präsident Trump und sein Verteidigungsminister Hegseth wiegeln ab

Aus Washington **Hansjürgen Mai**

Probleme bei der Essensversorgung, sanitäre Anlagen, die immer wieder nicht funktionieren und eine extreme mentale Belastung für die gesamte Besatzung. So wird die Situation an Bord des US-Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln in Medienberichten beschrieben. Knapp 5.000 US-Soldat:innen arbeiten auf dem Schiff, welches seit knapp neun Monaten auf den Weltmeeren unterwegs und aktuell im Nahen Osten stationiert ist.

Da im Krieg zwischen den USA, Israel und Iran keine schnellen Lösungen zu erwarten sind, schlagen diese Berichte in den USA derzeit hohe Wellen. US-Präsident Donald Trump sowie US-Verteidigungsminister Pete Hegseth bezeichnen die Berichte allerdings als überzogen. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Einsatzdauer des Flugzeugträgers eine Grenze überschritten hätte, sagte Trump am Freitag: „Nein, es ist bei weitem nicht lang genug“. Trotz dieser Aussage soll es bald zu einer Ablösung kommen. Ein weiterer Flugzeugträger, die USS George Washington, soll sich bereits auf den Weg Richtung Golf befinden, damit die Crew der Lincoln endlich wieder zurückkehren kann.

Die Zustände an Bord der USS Lincoln sollen derart katastrophal sein, dass laut US-Medien mehrere US-Soldat:innen versucht hätten, sich das Leben zu nehmen. Am 3. August soll ein Matrose über Bord gegangen sein. Er konnte aber nach etwa einer Stunde von einem Rettungshubschrauber geborgen werden. Der Matrose, der eine Schwimmweste trug, wurde danach untersucht und anschließend zur weiteren Versorgung ausgeflogen. Ein Vertreter des US-Militärs bezeichnete den Vorfall gegenüber CNN als psychische Krise.

Weitere Geschichten kursieren in den Medien und unter Familienangehörigen der Soldat:innen. Karen Bramlett, deren Enkel sich auf der USS Lincoln befindet, erklärte gegenüber NPR, dass sich die US-Regierung schämen sollte. „Sie kämpfen dort drüben für unser Land. Und das ist der Dank, den sie dafür bekommen?“ Bramlett sagte, dass sie sich einmal pro Woche per Instagram mit ihrem Enkel austausche. Der Traum ihres Enkels von einer Karriere im US-Militär sei dank dieses Einsatzes geplatzt. Das US-Militär wiegelt weiterhin ab.

Verteidigungsminister Hegseth bezeichnete die Vorwürfe als „völlig falsche“ Darstellung. „Wir stellen sicher, dass jedes Schiff, jede Besatzung und jeder Kapitän jederzeit alles erhält, was wir bereitstellen können. Manche Einsätze dauern länger als andere. Ich empfinde für diese Seeleute mehr Respekt und Dankbarkeit als jeder andere. Ich möchte, dass sie genauso schnell nach Hause zurückkehren wie alle anderen auch.“

Demokraten im US-Kongress nahmen die Aussagen über die Missstände zum Anlass, um eine Untersuchung durch das Pentagon zu fordern. In einem Schreiben an Hegseth und Marine-Chef Hung Cao wies der demokratische Senator Richard Blumenthal darauf hin, dass die Besatzungsmitglieder des Schiffes seit mehr als 200 Tagen keinen Hafen mehr angelaufen haben. Das sei ein neuer Rekord.

Es wurde zudem angemerkt, dass der Dauereinsatz der USS Lincoln kein Einzelfall sei. Die USS Gerald R. Ford, die bei der US-Militäroperation in Venezuela zum Einsatz kam, verbrachte vor ihrer Rückkehr im Mai 326 Tage auf See. Laut Senator Blumenthal sei dies „fast doppelt so lang wie ein herkömmlicher, sechsmonatiger Flugzeugträger-Einsatz und der längste moderne Einsatz eines US-Flugzeugträgers seit des Vietnamkriegs“. Für ihn sei dies ein Anzeichen dafür, dass verlängerte Einsätze keine Ausnahme mehr seien, sondern ein fester Bestandteil der Strategie innerhalb der Marine. Das US-Verteidigungsministerium postete am Samstag ein kurzes CNN-Video auf X, um zu beweisen, dass alles halb so schlimm sei. Zu sehen ist dabei Reporterin Pamela Brown, die im vergangenen Monat von Bord berichtete. In ihrem TV-Bericht ist zu sehen, wie die Besatzung Eis isst.

„Fragen Sie sich, was es mit der USS Abraham Lincoln auf sich hat? Die Reporterin und CNN-Moderatorin Pamela Brown war letzten Monat dort. Glauben Sie ihr einfach ... (und gönnen Sie sich dazu eine Kugel Eis)“, hieß es in dem Post. Der Krieg gegen den Iran, der laut Trump nur vier oder sechs Wochen dauern sollte, hält derzeit seit mehr als fünf Monaten an.

Zweiter Ansturm auf Ceuta bleibt aus

Marokkanische Sicherheitskräfte haben Hunderte Menschen an der Einreise in die spanische Exklave gehindert. In den sozialen Medien war dazu aufgerufen worden

Aus Tanger **Mirco Keilberth**

Der für Samstag angekündigte zweite Ansturm auf die spanische Exklave Ceuta ist durch marokkanische Sicherheitskräfte verhindert worden. In den sozialen Medien war in der letzten Woche dazu aufgerufen worden, in noch größerer Zahl als am 30. Juli nach Ceuta zu kommen, als 72.000 Menschen die Grenze überquerten.

Dies blieb nun aus. Vor den Bahnhöfen von Casablanca, Rabat und in anderen marokkanischen Großstädten waren bereits ab der Wochenmitte Polizeieinheiten aufgefahren, junge Marokkaner, die in den Norden reisen wollten, wurden zurück-

gewiesen. Dennoch versammelten sich am Samstag oberhalb der Stadt Fnideq weit mehr als 1.000 Migrant:innen um in das benachbarte Ceuta zu gelangen. Insgesamt waren 24.000 Uniformierte im Einsatz, auch Melilla, die zweite spanische Exklave in Marokko, wurde aufwändig abgeriegelt. Mit Helikoptern, Wasserwerfern und Reizgas zerstreuten die Sicherheitskräfte die immer wieder gen Ceuta laufende Menge. Diese bestand hauptsächlich aus sudanesischen Bürgerkriegsflüchtlingen und Westafrikaner:innen, die sich aus Algerien und Tunesien nach Fnideq durchgeschlagen hatten.

Bis zum Nachmittag wurden nach Behördenangaben 294 von

ihnen in Transportern der Polizei abtransportiert. Auch 46 Marokkaner kamen in Haft. In den Tagen zuvor waren nach Angaben des Innenministeriums bereits über 100 Menschen verhaftet worden, die zur Reise nach Ceuta aufgerufen hatten. Auch wer in Ceuta war und nun wieder zu Hause ist, muss mit einer Verhaftung rechnen berichten Teilnehmer des Marschs vom 30. Juli der taz.

Die Berichterstattung staatlicher marokkanischer Medien über das harte Durchgreifen der Polizei hatte zwei Adressaten: Junge Marokkaner sollten sehen, dass sich eine Reise nach Ceuta nicht lohnt. Und Europa sollte sehen, dass Ceuta nun

hauptsächlich das Ziel von Migranten aus Subsahara-Afrika ist.

Mit der massiven Präsenz von Patrouillenboten und Sicherheitskräften kommunizierte Rabat auch, dieses Mal die Lage unter Kontrolle zu haben. Derweil verschärft sich der Ton gegenüber der internationalen Presse. Inmitten des Einsatzes wurden Journalisten des spanischen TV-Senders TVE und der Nachrichtenagentur EVE aufgefordert, das Gebiet zu verlassen.

In Medienkreisen wird spekuliert, dies sei eine Retourkutsche für die Behinderung marokkanischer Journalisten bei deren Arbeit in Ceuta. Justizminister Abdellatif Ouahbi fordert die sofortige Rückkehr von 1100 minderjährigen Marokkanern aus Ceuta. Den spanischen Behörden wirft er vor, dies auf Grundlage von EU-Regularien zu verzögern. Journalisten in Ceuta berichten von brutalen Schlagstockeinsätzen von spanischen Beamten gegen die Minderjährigen.

In Kommentaren marokkanischer Medien ist jetzt immer häufiger vom „besetzten“ Ceuta die Rede, das auf Arabisch Sebta genannt wird. Damit ist klar: Jeder weitere Ansturm auf Ceuta könnte eine politische Krise zwischen Marokko und Spanien auslösen, auch wenn beide Seiten bislang kooperieren.

Das marokkanische Königshaus sei über den außer Kontrolle geratenen ersten Ansturm schwer verstimmt gewesen, berichten Insider marokkanischer Journalisten. Denn Marokko will die soziale Krise im Land mit massiven Investitionen aus dem Ausland bewältigen. Die Wirtschaft boomt zurzeit, viele Jugendliche wollen dennoch weg. Neue Gerüchte von einem weiteren Marsch nach Norden sind bereits im Umlauf.



Millionen von unerledigten Akten

In Frankreich wird nach dem Mord an der 11-jährigen Lyhanna bekannt, dass bei der Polizei massenhaft Informationen liegen bleiben. Die Beamten seien chronisch überfordert

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Am 4. Juni wurde in Puycasquier im französischen Südwesten die Leiche des 5 Tage zuvor entführten 11-jährigen Mädchens Lyhanna gefunden. Der Tatverdächtige Jérôme Barella war bereits zur Befragung in Haft, als die Ermittler der Gendarmerie bemerkten, dass er für die Justizbehörden in Sachen sexueller Gewalt gegen Minderjährige eigentlich kein Unbekannter war.

Doch vorbestraft oder wenigstens vor Gericht vorgeladen war er nicht, obwohl, wie nun mit Schrecken festgestellt wurde, bereits eine Klage wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen samt medizinischem Gutachten sowie weitere Hinweise auf Sexualdelikte gegen ihn vorlagen. Nur waren diese aus unerfindlichen Gründen in einer Amtsstube liegen geblieben oder nicht weitergeleitet worden.

Barella befand sich darum unbehelligt auf freiem Fuß. Die Strafverfolgung hatte versagt. Weiterhin wurde bekannt, dass auch sein Bruder und sein Vater sexueller Vergehen oder Verbrechen verdächtigt wurden. Die empörte Öffentlichkeit verstand, dass Barella niemals Lyhanna getötet hätte, wenn die Jus-

tiz rechtzeitig über den schweren Verdacht gegen ihn informiert und Verfahren eingeleitet worden wären.

Was zunächst wie ein Einzelfall aussah, wuchs rasch zu einem Skandal für die Justiz und die Polizei an. Justizminister Gérald Darmanin ordnete eine sofortige interne Untersuchung an. Diese enthüllte einen Berg un bearbeiteter Akten. 85.047 Strafbklagen wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige lagen unerledigt in den Schubladen der Amtsstuben. Insgesamt sollen es 3 Millionen Akten sein, die von Polizei und Gendarmerie nie an die Justizbehörden weitergeleitet wurden.

Dies teilte Darmanin seinem Regierungskollegen, Innenminister Laurent Nuñez in einem 12-seitigen Brief mit, der dann (gewiss nicht versehentlich) der Zeitung *Le Monde* zugespielt wurde. Gerichtskreisen zufolge listete der Justizminister gestützt auf die Berichte seiner 37 Staatsanwaltschaften auf, wie viele Akten bei den dem Innenministerium untergeordneten Polizeikommissariaten und Gendarmerieposten unbearbeitet und oft nicht einmal ordentlich registriert blieben.

„Phantomdossiers“ nennt Darmanin diese angehäuften Akten, die von skandalöser Nachlässigkeit zeugen.

In Nîmes etwa wurden 1.275 Dossiers entdeckt, in Caen 905, in Bourges sind mindestens 15 Dossiers schlicht „verloren“ gegangen. In Le Mans sind 6 (hoffnungslos überforderte) Beamte mit rund 4.000 Dossiers zum Schutz der Familien befasst. Mancherorts wurden Kinder zu Sexualverbrechen ohne Rücksicht auf die dafür vorgesehenen Kinderschutzmaßnahmen, die „Mélanie“-Protokolle, oder gar per Telefon befragt.

Kein Wunder, ist im Bericht auch von einer „totalen Entmutigung“ und einem „Ras-le-bol“ (Koller) der Ermittlungsbeamten die Rede. Die Gründe nannte Darmanin ebenfalls: Chronischer Personalmangel, mangelnde Rückverfolgbarkeit, fehlende Prioritäten, un abgeschlossene Untersuchungen, ungenügende Professionalität und berufliche Ausbildung „selbst in Sondereinheiten“.

Hinzu komme, dass die Polizei mit einer trotz äußerst kostspieligen Updates veralteten Software auskommen müsse. Die Folge: Eingereichte Klagen bleiben liegen, mutmaßliche Täter unbehelligt, weil Verfahren verschoben oder eingestellt werden.

Natürlich war Innenminister Nuñez nicht gerade erfreut darüber, dass diese katastrophalen Zustände in seinen Dienststellen, statt ver-

traulich zu bleiben, nun öffentlich angeprangert wurden. Er hätte etwas mehr Kollegialität von Darmanin erwartet. Doch diesem ginge es offenbar darum, jegliche Schuld sofort auf ein anderes Ministerium abzuschieben. Sehr bald erwies sich dies als Eigentor. So war Darmanin doch selbst von 2020 bis 2024 als Innenminister für die Arbeit der Polizei und Gendarmerie verantwortlich gewesen.

Erst recht aufgebracht gegen den Justizminister sind die Polizeiverbände. Was er in seinem Brief kritisierte, sei seine eigene Bilanz als Innenminister dieser Jahre, protestiert der Nationale Verband der Kriminalpolizei (ANPJ). Diese Vereinigung der Polizeikommissare spricht von „Zynismus“ und „Verrat“ ihres Ex-Ministers und macht ihn zusätzlich wegen seiner Polizeireform von 2024, die Desorganisation gefördert habe, mitverantwortlich.

Die Polizeiverbände fordern nicht erst jetzt mehr Mittel für die Ausbildung und Einstellung zusätzlicher Beamter. Statt die Missstände so schnell wie möglich zu beheben, ziehen es zwei Minister vor, unter den schockierten Augen der französischen Öffentlichkeit über das Ausmaß des Skandals und ihre eigene Verantwortung zu streiten.



Ein Schutzraum in Kyjiw: Die Plätze sind begehrt auf der Flucht vor russischen Bomben
Foto: Vasilisa Stepanenko/ap/picture Alliance

Verschlossene Räume und kein Gefühl von Sicherheit

Kyjiwer Behörden kommen nicht hinterher, ausreichend Schutzräume bereit zu stellen und verstricken sich in Kompetenzgerangel. Die Menschen verzweifeln

Aus Kyjiw **Julia Surkowa**

Die U-Bahn in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw ist so überfüllt, dass man keinen Schritt tun kann, ohne auf jemandes Decke zu treten. Oben über Kyjiw heulen russische Raketen. Unten in der Station suchen Tausende Kyjiwer Schutz vor der Gefahr. Die Menschen schlagen zwischen den Bahnsteigen Campingzelte auf und breiten Isomatten aus. Da der Platz nicht für alle reicht, ist jeder Zentimeter belegt. Die Menschen sitzen und schlafen sogar auf den Rolltreppen.

Marina Sobtschenko breitet eine Decke über den Handlauf der Rolltreppe, damit sich ihre Kinder dort hinsetzen können. Für sie selbst bleibt kein Platz. „Der Beschuss wird immer schlimmer. Wenn wir zu Hause bleiben, überleben wir das womöglich nicht. Die Kinder haben gerade erst aufgehört zu weinen. Die vielen Menschen machen ihnen Angst. Aber hier ist es wenigstens sicher“, sagt die 44-jährige und umarmt ihren Nachwuchs. Ihr Mann schläft ganz in der Nähe, direkt auf dem Boden. Er ist Busfahrer, morgens um fünf Uhr ist Dienstbeginn. Immer mehr Menschen strömen an der Familie vorbei hinunter in die Station.

Schon in den ersten Tagen des vollumfänglichen Krieges wurde die U-Bahn zu einem Zufluchtsort. Doch in diesem Sommer, da die russischen Angriffe stärker geworden sind und es der Ukraine an Flugabwehrraketen mangelt, sind die Stationen überfüllter denn je.

Nach Angaben der Kyjiwer Metro suchten in der Nacht zum 30. Juli während eines massiven russischen Angriffs mehr als 56.000 Menschen gleichzeitig in den Stationen Schutz – die höchste Zahl der vergangenen Jahre. Die zunehmende Intensität der Angriffe hat ein ernstes Problem offengelegt: Kyjiw verfügt nicht über eine ausreichende Menge an Schutzräumen.

In den vergangenen zwölf Jahren hat Sobtschenko vergessen, wie es sich anfühlt, vollkommen sicher zu sein. Nachdem sie aus einem besetzten Teil der Region Donezk evakuiert worden war, hat sie ihr Zuhause zwei Mal verloren. „Eine Wohnung ist im besetzten Horliwka zurückgeblieben. Eine zweite haben wir in Kyjiw mithilfe eines Kredits gekauft. Doch im Winter ließen Stromausfälle die Rohre platzen, wodurch die Wohnung überflutet wurde. Zudem gab es Beschuss in der Nähe. Jetzt können wir dort nicht wohnen und haben eine andere Wohnung gemietet. Doch der Schutzraum des Gebäudes ist unbrauchbar. Den Kredit zahlen wir übrigens trotzdem ab“, erzählt Marina.

Unter dem Wohnhaus, in dem ihre Familie lebt, befindet sich ein Keller. Doch der ist feucht, wie bei vielen alten Gebäuden aus der Sowjetzeit in Kyjiw und eignet sich nicht als verlässlicher Schutzraum.

Derzeit gibt es in Kyjiw offiziell rund 4.400 Schutzräume, obwohl laut Stadtverwaltung fast 7.900 nötig wären. Allerdings gelten nur etwa 500 der vorhandenen Einrichtungen als voll ausgestattet. Die überwiegende Mehrheit besteht aus Kellern, Parkhäusern und sogenannten Basisschutzräumen, die zwar Schutz vor Splittern bieten, aber nicht dafür ausgelegt sind, einem direkten Raketenstreffer standzuhalten.

Trotz regelmäßiger russischer Angriffe sind seit Beginn des umfassenden Krieges nur vier neue Schutzbauten des Zivilschutzes hinzugekommen. Zudem zeigen Inspektionen häufig, dass Schutzräume verschlossen sind oder es weder Strom und Beleuchtung noch sonst angemessene Bedingungen gibt.

„Während der Angriffe in der Nacht zum 1. August wurde von mehr als viertausend Schutzräumen nur bei dreien gemeldet, dass sie geschlossen waren. Das gesamte Personal, das sich nicht an die Vorschriften hält

und die Schutzräume nicht öffnet, wird zur Rechenschaft gezogen“, so Kyjiws Bürgermeister Vitali Klitschko gegenüber der taz am Ort eines russischen Angriffs im Stadtbezirk Solomjanskyj. Es herrsche Mangel an Schutzräumen, daher sollten mobile Schutzräume in der Nähe von Wohngebäuden aufgestellt werden, wo es keine anderen sicheren Zufluchtsorte gebe.

Das Problem bleibt jedoch aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung ungelöst. Es gibt jedoch noch eine weitere Herausforderung: Bisweilen vergehen zwischen dem Luftalarm und den ersten Raketeneinschlägen in Kyjiw nur wenige Minuten. Nachts bleibt den Menschen schlicht nicht genug Zeit, um von ihren Wohnungen zur U-Bahn, in Tiefgaragen oder in Schutzräume von Schulen und Krankenhäusern zu gelangen.

Genau eine solche Tragödie ereignete sich in der Nacht zum 1. August, als zwei Frauen bei einem russischen Angriff an einem Fußgängerüberweg getötet wurden, als sie sich von ihrem Zuhause auf den Weg zu einem Schutzraum machten.

„In diesem Sommer setzen die Russen verstärkt auf ballistische Raketen. Es ist nicht nur ein Anstieg der Angriffe zu verzeichnen, sondern auch eine größere Vielfalt an Waffensystemen, die gegen Kyjiw eingesetzt werden. Zudem vergrößern sie gezielt die Sprengköpfe der Waffen, um schwerere Schäden zu verursachen. Manchmal ist die Luftschutzsirene kaum verstummt und schon erfolgen die ersten Explosionen. Die Menschen haben keine Zeit, einen Schutzraum zu erreichen“, sagt Pawlo Petrow, ein Vertreter des staatlichen Katastrophenschutzdienstes von Kyjiw.

Die Taktik der russischen Streitkräfte, mehrfach dieselbe Stelle anzugreifen, verschärft den Mangel an Schutzräumen in Kyjiw weiter. Ein Signal zur Entwarnung bedeutet nicht mehr zwangsläufig, dass die Gefahr vorüber ist.

„Sie führen zum Beispiel Raketenangriffe auf Wohngebiete durch. Sanitäter, Rettungskräfte und Journalisten treffen am Ort des Geschehens ein. Kurze Zeit später greifen sie dieselbe Stelle erneut an“, sagt Pawel Petrow, der selbst bei einem solchen Folgeangriff verletzt wurde. Er erklärt, man solle sich bereits im Vorfeld in einen Schutzraum begeben und dort auch nach der Entwarnung noch eine Zeit lang ausharren. Zudem könne sich in Kyjiw angesichts massiver Raketenangriffe niemand mehr auf die „Zwei-Wände-Regel“ verlassen. Während viele Bewohner der Hauptstadt früher in den Fluren und Badezimmern ihrer Wohnungen Schutz suchten, böten diese Orte heute keine Sicherheit mehr.

Am 13. August erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, Russland habe die Zahl der monatlich einsetzbaren ballistischen Raketen in etwa verdoppelt. „In der vergangenen Nacht wurde nur eine einzige ballistische Rakete abgeschossen, weil für die Patriot-Systeme keine Raketen mehr übrig sind.“ Genau dieser Mangel an Abfangraketen ermutige Russland zu Angriffen auf Menschenleben, merkte er auf seinen offiziellen Social-Media-Kanälen an.

Während die Behörden in Kyjiw beim Bau neuer Schutzräume zurückhaltend sind und die westlichen Partner die Lieferung von Flugabwehrraketen an die Ukraine hinauszögern, bringt Marina Sobtschenko ihre Kinder wegen schlafloser Nächte in die U-Bahn. „Früher haben wir im Hauseingang Schutz gesucht, aber die Angriffe sind inzwischen so heftig, dass ich fürchte, wir könnten unter den Trümmern begraben werden. Deshalb warten wir nicht erst auf den Alarm: Sobald eine Angriffswarnung eingeht, gehen wir direkt zur U-Bahn. Mir fällt auf, dass es jedes Mal mehr Menschen sind“, sagt die zweifache Mutter.

Aus dem Russischen: Barbara Oertel

Russischer Büchermarkt in Kyjiw unter Beschuss

Ausgerechnet der Ort, an dem man in Kyjiw noch russische Bücher kaufen kann, wird beschossen. Auch Moskau meldet Angriffe mit hunderten Drohnen

Aus Kyjiw **Bernhard Clasen**

Um 1:57 Uhr durchbrachen heulende Sirenen die nächtliche Stille von Kyjiw. Und schon wenige Minuten später folgten fünf dumpfe Schläge. Dann war es wieder ruhig in der ukrainischen Hauptstadt. „Wir können uns wieder schlafen legen“ tönte die Stimme eines Mannes aus einer Wohnung im vierten Stock des Nachbarhauses. Vier Tage lang schon war es ruhig gewesen in der Stadt, keine Drohnen, keine Raketen. Er sollte nicht recht behalten, der Mann aus dem Nachbarhaus, der geglaubt hatte, dass es mit fünf Raketeneinschlägen beendet sei. Auch am Morgen und am Vormittag gab es noch drei weitere Male Luftalarme, gefolgt vom Surren der Drohnen und dem Einschlag von Drohnen und Raketen.

Doch von Panik keine Spur. Zwar suchten einige Passanten ihr Heil in einer U-Bahn-Station oder einer Unterführung, viele nahmen die Luftalarme und Einschläge indes mit Achselzucken zur Kenntnis. Zwei ältere Damen, die mit einem Hund spazieren gehen, wundern sich über einen Mann, der sich aufgeregt an sie wendet: „War ja wohl wieder sehr laut diese Nacht“. Sichtlich genervt antwortet die Dame mit dem Hund: „Laut ist was anderes. Laut war es, als eine Drohne das Dach meiner Nachbarin mitgenommen hat. Das, was wir heute gehört haben, ist doch in einem ganz anderen Stadtteil eingeschlagen. Sie sind wohl neu hier?“

Auch Alina, eine Krankenschwester, wundert sich, dass viele Menschen nun die Metro oder eine Unterführung aufsuchen. „Wir arbeiten im Krankenhaus bei Luftalarm immer weiter. Ich glaube an Gott. Wenn meine Stunde gekommen ist, ist sie gekommen. Und offensichtlich ist sie noch nicht gekommen.“ Es gäbe Schlimmeres. „Direkt in diesen Tagen wird ein Dorf in der Nähe von Wilnjansk, 20 Kilometer von Saporischschja entfernt, evakuiert, weil man es vor den heranrückenden Russen wohl nicht mehr retten kann. Und nun muss mein Mann, der gerade dort ist, seine kranke Mutter aus dem Dorf bringen.“ Der Krieg hat ihre Familie zerrissen. Der Mann muss nun ständig bei seiner Mutter sein, ihre beiden Töchter sprechen nicht mehr miteinander. Eine Tochter hat die russische Staatsbürgerschaft, lebt auf Zypern, die andere, eine ukrainische Nationalistin, in Kyjiw.

In der Nacht zum Sonntag, dem 16.35. Kriegstag, hat Russland die Ukraine erneut massiv mit Raketen und Drohnen angegriffen. Besonders betroffen waren Kyjiw, Odessa und Krywyj Rih. Es ist eine Ironie des Schicksals: Der einzige Ort, an dem man in Kyjiw noch russische Bücher kaufen konnte, ist der Buchmarkt Petrowka. Zwar werden dort russische Bücher nicht offen gehandelt. Aber während man in einem Kyjiwer Buchladen nur einen mißbilligenden Blick erntet, wenn man nach einem russischsprachigen Buch fragt, folgt auf dem Markt Petrowka dieser Frage meist ein Griff unter die Ladentheke und schon ist das russischsprachige Buch da.

Mit dem gestrigen Angriff auf den Petrowka-Markt hatten die russischen Streitkräfte nun den einzigen Ort in Kyjiw, an dem man legal russische Bücher kaufen konnte, zerstört. Besonders schwer getroffen wurde der Industriestandort Krywyj Rih. Das dortige Stahlwerk ArcelorMittal Krywyj Rih teilte mit, dass die Produktion teilweise eingestellt werden musste. Nach Angaben des Unternehmens starb ein Mitarbeiter, 13 Beschäftigte und Mitarbeiter von Vertragsunternehmen wurden verletzt.

In Odessa schlug nach Angaben des Gouverneurs der Region, Oleh Kiper, eine Drohne in eine Filiale des Paketdienstes Nova Poshta in einem Einkaufszentrum ein. Zwei Menschen wurden verletzt. Parallel zu den russischen Angriffen auf die Ukraine fanden ukrainische Angriffe mit hunderten Drohnen auf russisches Gebiet statt.

Getroffen wurde unter anderem das Kamentsker Kombinat im Gebiet Rostow. Dort wird nach ukrainischen Angaben Raketen-treibstoff hergestellt. Die russischen Behörden im Gebiet Rostow meldeten nach nächtlichen Drohnenangriffen fünf Tote. Auch das Gebiet Moskau wurde von ukrainischen Drohnen angegriffen. Bei Podolsk wurde wieder ein Lager des russischen Logistikunternehmens und Onlinehändlers Wildberries angegriffen.



debatte

Vorstoß ins Vakuum

Das Neue Dreierbündnis im Nahen Osten ist die Antwort auf die Instabilität, die der Irankrieg gebracht hat – und den schrumpfenden Einfluss der USA

In der Nahost- und Golfregion herrscht ein Chaos, das mit dem Irankrieg einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Es wird immer deutlicher: Die alte Sicherheitsordnung in der Region funktioniert nicht mehr. Nun beginnen einige der Regionalmächte mit einer neuen zu experimentieren. Das ist, kurz gesagt, der Hintergrund des neuen saudisch-türkisch-pakistanischen Verteidigungspaktes, den die drei Staaten vor ein paar Tagen im saudischen Mekka unterschrieben haben. Der sogenannte Mekka-Pakt sieht vor, dass ein Angriff auf einen der Unter-

Kein Widerspruch: Der Pakt richtet sich gegen Iran und Israel gleichermaßen

zeichner als Angriff auf alle drei Staaten gewertet wird. Entstanden ist die Idee des neuen Bündnisses aufgrund der instabilen Lage am Golf, nach dem israelisch-amerikanischen Angriff auf Iran und der Unfähigkeit der USA, die Golfstaaten zu schützen. Ein bisher ungeschriebenes Gesetz wurde gebrochen, das lautet: Die Golfstaaten sorgen für billigen und ungehinderten Ölfluss und die USA garantieren die Sicherheit der Golfstaaten. Als Folge tun sich nun das finanzstarke Saudi-Arabien, die Türkei mit der zweitgrößten Armee der Nato und die Atommacht Pakistan zusammen, um gemeinsam ihre gegenseitige Sicherheit zu garantieren. Unwahrscheinlich ist zunächst, dass es in einer solchen Situation zu einem wirklich militärischen Beistand käme. Es scheint vielmehr ein Pakt der gegenseitigen diplomatischen Unterstützung zu sein. Alle Seiten betonen auch, dass ein Angriff auf einen von ihnen keinen automatischen militärischen Beistand auslösen würde, sondern zunächst nur gemeinsame Konsultationen. Es wird also erst einmal nicht so heiß gekocht. Trotzdem könnte dieser Vertrag das Fundament für eine neue Sicherheitsarchitektur in der Region legen. Jeder der Unterzeichner hat dabei auch seinen eigenen Interessen. Saudi-Arabien erhofft sich Schutz vor Angriffen aus Iran oder von den Huthis in Jemen. Für die Türkei dürfte sich dort ein Absatzmarkt für ihre Waffenindustrie bieten. Und Pakistan baut seinen Einfluss weiter aus. Aus den USA kommen zu diesem Pakt bisher nur verhaltene Reaktionen. Manche Beobachter argumentieren, dass mit dem Pakt in der Region etwas erfüllt wird, was Trump immer schon nicht nur von den Europäern gefordert hat: mehr Einsatz, um für die eigene Sicherheit zu sorgen und die USA zu entlasten. Das bedeutet zwar weniger Verantwortung für Washington, aber damit geht eben auch ein schwindender politischer Einfluss der USA in der Region einher. In der Realität dürfte der Pakt weniger die Türkei und Pakistan verteidigen, sondern hauptsächlich Saudi-Arabien. Aber gegen wen ist er gerichtet? Auch wenn es in der gemeinsamen Erklä-

rung nicht namentlich benannt wird: Er richtet sich eindeutig gegen Iran und Israel. Und das ist durchaus kein Widerspruch. Er ist darauf ausgelegt, langfristig dafür zu sorgen, dass Iran nicht bei jeder Bedrohung die Golfstaaten zur Geisel nehmen kann. Gleichzeitig kann er aber auch als Gegengewicht gegen das israelische Projekt dienen, die Region militärisch und politisch zu dominieren. Die Reaktion in Iran ist übrigens auch verhalten. Pakistan, die Saudis und die Türkei sind wichtige Vermittler bei den Gesprächen mit den USA. In Teheran betont man deshalb, dass der Mekka-Pakt den schwindenden Einfluss der USA in der Region besiegelt. Dass er auch gegen die gegenwärtige iranische Politik gerichtet ist, dazu herrscht diplomatisches Schweigen in Teheran. Der zweite Adressat der neuen Allianz ist Israel. Für die Unterzeichnerstaaten unterminiert die israelische Politik die regionale Stabilität. In weite Ferne gerückt ist mit der Gründung des neuen Pakts aber zugleich, dass Saudi-Arabien im Rahmen der Abrahams-Abkommen seine Beziehungen mit Israel normalisiert. Nun ist die Frage, ob sich andere Länder diesem Pakt anschließen könnten. Wahrscheinlichster Kandidat wäre Ägypten, das bereits bei dem Versuch, im Irankrieg und in Gaza zu vermitteln, mit Saudi-Arabien, der Türkei und Pakistan zusammengearbeitet hat. In Kairo selbst herrscht allerdings noch Funkstille dazu. Ägypten zögert, weil es kein Interesse hat, einem Militärpakt beizutreten, der gegen Iran gerichtet ist. Denn Kairo sieht Iran – anders als die Golfstaaten – aus geografischen Gründen nicht als eine direkte Bedrohung seiner Sicherheit an. Ägypten ist durchaus an einem politischen Pakt interessiert – nicht aber, eine Verpflichtung zu einem militärischen Beistand einzugehen. Das Land scheint abwarten zu wollen, wie sich die neue Allianz entwickelt – ob es bei einem diplomatischen Pakt bleibt, oder ob er doch militärische Einsätze erzwingt. Der Pakt ist einerseits das Resultat der iranischen und israelischen Vorgehensweise der letzten Jahre und andererseits der US-Einseitigkeit im Nahostkonflikt – bei gleichzeitigem schwindenden US-Einfluss auf die Region. Er ist der Versuch, die Sicherheit des Nahen Ostens und der Golfstaaten zu regionalisieren, sich nicht mehr auf die USA zu verlassen und eine eigene Sicherheitsstruktur aufzubauen. Und nein, der Pakt ist bei Weitem nicht so etwas wie eine Nahost-Nato. Er ist vielmehr ein Experiment für einen Nahen Osten, der nicht mehr von Washington, sondern von Regionalmächten selbst bestimmt wird. Das birgt viele Risiken, aber auch große Chancen. Schlimmstenfalls entstehen ähnliche Bündnisgeflechte und Bündnisfälle, die in Europa einst zum Ersten Weltkrieg geführt hatten. Bestenfalls führt die Regionalisierung der Sicherheit weg von Fremdbestimmung und ausländischen Interventionen. Bei alledem ist die Stoßrichtung klar: Wenn sich eine alte Ordnung, angeführt von den USA, auflöst, muss diese durch irgendetwas ersetzt werden. Das gilt übrigens für den Nahen Osten und den Golf genauso wie für Europa.



Karim El-Gawhary arbeitet seit über drei Jahrzehnten als Nahost-Korrespondent der taz mit Sitz in Kairo und bereist von dort regelmäßig die arabischen Länder.

Gunnar Hinck über das „Volksbad“ der Berliner Volksbühne

Verstörender Paternalismus

Als die Berliner Volksbühne in der vergangenen Woche ankündigte, ihr temporäres kleines Schwimmbad für einen Nachmittag exklusiv für Menschen mit schwarzer Hautfarbe zu öffnen, war das Drehbuch praktisch schon geschrieben. Es dauerte nicht lange, bis CDU-KommunalpolitikerInnen reichlich erwartbar und scheinheilig von „Diskriminierung“ sprachen – sie durften als Weiße nicht rein und fühlten sich angeblich ausgeschlossen. Und dass Alice Weidel ausgerechnet das Wort „Apartheid“ fallen ließ, hätte auch von einer kulturkämpferisch rechtsradikal gespeisten KI stammen können. Aber auch die Reaktionen von links waren erwartbar: Natürlich war demnach jedwede Kritik am Konzept rassistisch, und eine rechtsradikale Hetzkampagne habe schließlich die „Safe-Space“-Aktion verhindert. Doch man tritt Volksbühnen-Intendant Matthias Lilienthal nicht zu nahe mit der Vermutung, dass sein Haus die Eskalation mit einkalkuliert hat; beim identitätspolitischen

Kulturkampf wissen beide Seiten, wo die Stöckchen sind, über die man vermeintlich springen muss. Was das Reiz-Reaktions-Schema leider an den Rand gedrängt hat, ist die berechnete Kritik am verstörenden Paternalismus der Aktion: Weiße, akademisch geprägte Theaterleute wissen vermeintlich am besten, was für Minderheiten gut ist. Ob Schwarze Familien wirklich voller Vorfreude den Termin notiert haben, um wie auf dem Präsentierteller in einem kleinen Schwimmbad in der Berliner Innenstadt Runden zu drehen? Solange Diskriminierung und Rassismus herrschen, ist es richtig, wenn benachteiligte Gruppen besondere Räume für sich haben. Doch sollten antirassistische AktivistInnen und AnhängerInnen der Identitätspolitik einmal über das Paradox nachdenken, dass mit der Betonung von „race“ zwar Sichtbarkeit erzeugt wird, gleichzeitig aber das universalistische Ideal, dass alle Menschen gleich sind und die Herkunft egal ist, in weite Ferne rückt.

Susanne Schwarz über das SPD-Hitzeprogramm

Bitte nicht einknicken!

Ausgedörrte Wälder brennen lichterloh, Tausende sterben aufgrund von Extremhitze, die Schifffahrt kommt kaum noch mit den niedrigen Pegelständen zurecht: Der Sommer 2026 in Deutschland und Europa ist mal wieder ein Klimakrisensommer. Da passt es gut, dass fünf von sieben SPD-Minister*innen in der schwarz-roten Bundesregierung ihr ökologisches Gewissen eingeholt zu haben scheint: Sie wollen ein Aktionsprogramm gegen die Hitze auf den Weg bringen, wie der Spiegel berichtet. Mit dabei sind demnach die Ressorts Finanzen, Soziales und Arbeit, Bauen, Entwicklung und federführend Umwelt. Teil der Offensive sollen unter anderem ein nationaler Hitzeaktionsplan, der Schutz von Beschäftigten gegen extreme Temperaturen und auch eine im Grundgesetz verankerte „Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz“ sein. Damit gehen die Sozialdemokrat*innen auf Konfrontationskurs zur CDU/CSU. Insgesamt fährt Schwarz-Rot einen Antiklimakurs – gepusht vor allem durch die Union, aber mitgetragen von der SPD.

Wenn sich das jetzt ändern sollte, wäre das nur zu begrüßen. Die bisherige Regierungsarbeit deutet allerdings nicht darauf hin. Oder hat nicht erst vor ein paar Wochen Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) angekündigt, Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bunds abzapfen zu wollen, um andere Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen? Oder hat nicht Bauministerin Verena Hubertz (SPD) die klimapolitische Entkernung des Heizungsgesetzes zusammen mit Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) vorangetrieben, das sie in der Ampelregierung noch höchstselbst federführend mitverhandelt hatte? Hat nicht vor ein paar Monaten Umweltminister Carsten Schneider (SPD) den Ernstes erklärt, das Klimaschutzprogramm von Schwarz-Rot werde die deutschen Klimaziele sogar übererfüllen – obwohl züngelt klar war, dass die Berechnung auf veralteten Maßstäben beruhte? Die Vorhaben aus dem neuen Hitzeaktionsprogramm der SPD-Minister*innen sind richtig. Mögen sie bitte nicht wieder vollends gegenüber ihren Unions-Kolleg*innen einknicken.

Tanja Tricarico über die Lage in der Ukraine

Nachlassen ist keine Option

Ein Ende des Krieges in der Ukraine ist nach mehr als viereinhalb Jahren nicht in Sicht: Erst an diesem Wochenende attackierten die ukrainischen Streitkräfte Russland mit Hunderten Drohnen. Im Gegenzug reagierte Moskau mit Raketenbeschuss und hatte wie an so vielen Tagen die Zivilbevölkerung im Visier. Und die Verbündeten der Ukraine? Schauen zu und sind vor allem mit sich selbst beschäftigt. In den vergangenen Tagen sind verstärkt Drohnen in den Nato-Luftraum eingedrungen, zuletzt in Lettland und Rumänien. Beides Mal wurden die Flugobjekte abgeschossen; es wird ermittelt. Nicht ausgeschlossen, dass es sich erneut um ukrainische Drohnen handelte auf dem Weg nach Russland, die dann bewusst vom Weg von ihrer eigentlichen Route abgelenkt wurden. In die Ereignisse reiht sich der Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig ein, bei dem offenbar nur mit Glück eine Katastrophe mit Toten und Verletzten abgewendet werden konnte. Verwirren, beschäftigen, ablenken:

ein beliebtes Instrument im russischen Kriegsdrehbuch. Es bleibt dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und seinen Streitkräften derzeit nichts anderes übrig, als in die Offensive zu gehen – mit dem Kriegsgeschütz, das ihnen derzeit zur Verfügung steht. Denn in der Ukraine mangelt es vor allem an Patriot-Systemen und den passenden Abfangraketen. Die sind aber die beste Luftabwehr gegen die ballistischen Raketen Russlands. Eigentlich hatte US-Präsident Donald Trump zugesagt, dass die ukrainischen Streitkräfte die Freigabe über die Lizenz zum Bau solcher Raketen bekommen. Aber wen interessieren schon Vereinbarungen zu Beginn des Sommers. Trump jedenfalls nicht. Diese Haltung sollten die Verbündeten in Europa nicht an den Tag legen, sondern sich über weitere Unterstützung seitens der Ukraine verständigen. Die Verwirrtaktiken zu Hause – Stichwort Drohnenfälle – machen sie umso dringlicher. ausland 11

talkshow

Ein barockes Mutterficken

Heute vor 350 Jahren starb der Autor des Schelmenromans „Der abenteuerliche Simplicissimus Teutsch“. Warum er nicht nur eine tolle Sommerlektüre ist

Von Ambros Waibel



Angefangen habe ich den Barock-Klassiker „Der abenteuerliche Simplicissimus“ im Sommer letzten Jahres. Und durch bin ich immer noch nicht!

Das hübsch handliche und orange eingeschlagene eigentlich immer auf sich aufmerksam machende Reclam-Buch (bei 838 Seiten kann man auch im Dünnruck nicht mehr von einem Bändchen sprechen) war schon in den Alpen und in Prag, in Schlesien und an der Nordsee. Ich habe damit Mücken totgeschlagen und Fenster festgeklemt – und es hat sich 1a gehalten. Großes Kompliment an die buchbinderische Verarbeitung von Wilhelm Röck, Weinsberg!

Und inhaltlich jetzt? Sollte nicht die erste Frage sein, warum ich so lange brauche? Ist das Buch zu dick? Oder so (sprachlich) alt? Habe ich eigentlich keinen Bock mehr, aber will es bildungsbeflissen unbedingt fertigkriegen, obwohl es doch wahrlich drängendere Lektüren gäbe?

Alles nicht falsch. Und steht gewissermaßen auch schon im Original-Titel dieses Klassikers der deutschen Barockliteratur, das erstmals 1668 erschienen war: „Der Abenteuerrliche SIMPLICISSIMUS Teutsch / Das ist: Die Beschreibung deß Lebens eines seltsamen Vaganten / genant Melchior Sternfels von Fuchshaim / wo und welcher gestalt Er nemlich in diese Welt

kommen / was er darinn gesehen / gelernet / erfahren und außgestanden / auch warum er solche wieder freywillig quittirt. Überauß lustig / und maenniglich nützlich zu lesen.“

Und das ist jetzt schon die „behutsam“ modernisierte Fassung, wobei als besonderer Gag schon das Wort „behutsam“ keines ist, dass noch in unserem aktiven Wortschatz eine große Rolle spielte.

Was zeitgemäß ist oder so empfunden wird, ist eben abhängig von den Zeiten. Zu Recht wird in meiner Ausgabe darauf hingewiesen, dass das Hauptwerk von Hans Jacob Christoffel von Grimmelshausen, der heute vor 350 Jahren im Elsass gestorben ist, nicht zu allen Zeiten zum Kanon der deutschen Literatur gehörte.

Denn es handle sich um eine „Zusammenstellung von Zoten“, „Diebstahl, Unzucht, Mord, Bruch des Fahneneids etc.“ Und da hat der Abgeordnete des preußischen Landtags, der 1876 so schimpfte, nicht mal explizit auf die Episode verwiesen (3. Buch, Kapitel 23), in der ein Bauernbub von einer Magd ermahnt wird, „er sollte aufhören zu fluchen oder sie wolts dem Vater sagen. Der antwortet’ der Knabe, sie sollte ihn im Hintern lecken und ihre Mouders dartoo brühen“.

Jetzt ist die Frage: Wäre ich zufriedener und schneller in meiner Lektüre, wenn der Knabe einfach sagte: „Leck mich am Arsch und fick deine Mutter“? Oder ist nicht der eigentliche

Wert dieser Passage, dass ich selbst, als Leser, diese Übersetzung – gewiss mithilfe der Anmerkungen (etwa: dartoo =dazu obendrein) – vollziehe? Dass ich über Jahrhunderte glattgebügelte Literatursprache hinweg in eine Epoche eintauche, die den Sound der Straße hier und heute hat?

Man kann so viel lernen mit dem armen Simplicissimus. Wie wertvoll der Frieden ist! Wie grausam es sein muss, von Läusen und Flöhen geplagt zu werden! Und wie die Leute wie die Fliegen sterben!

Man kann so viel lernen mit dem armen Simplicissimus, während man ihn durch Höhen und Tiefen begleitet, in einer phantastischen Reise im 5. Buch sogar bis zum Mittelpunkt der Erde. Wie wertvoll der Frieden ist! Wie grausam es sein muss, von Läusen und Flöhen geplagt

zu werden und sie nicht loswerden zu können! Und wie die Leute wie die Fliegen sterben, wie auf nichts Verlass ist! Auch Grimmelshausen wurde nach heutigen Begriffen nicht alt, er starb mit Mitte 50, genau weiß man es nicht.

So wie ich noch nicht weiß, wie das Buch ausgeht. Was auch daran liegt, dass nach den fünf regulären Büchern noch eine „continuatio“ (Fortsetzung) folgt und dann noch zahlreiche weitere Sequels, zu denen auch die „Ausführliche und wunderseltzame Lebensbeschreibung der Ertzbetrügerin und Landstörtzerin Courasche“ gehört, aus der Bertolt Brecht dann sein berühmtes Theaterstück machte.

Aber hier bin ich schon wieder im bildungshuberischen. Und zum Teil kann ich auch dazu stehen. Aus einem bildungsarmen Haushalt stammend, haben die großen Werke für mich nichts Verschultes, wie es für Leute aus dem Bildungsbürgertum oft ist.

Diese Werke gehören nicht den Eltern oder Lehrern, sondern mir. Sie mir lesend angeeignet zu haben und weiter anzueignen, ist ein Teil meiner Emanzipation als Individuum, ob es nun um Dantes „Hölle“ geht, um die „Odyssee“, Goethes „Wahlverwandtschaften“ oder eben den „Simplicissimus“. Und deswegen werde ich auch nicht aufhören, meinen orangenen Band in die Hand zu nehmen, bis ich vorne hineinschreiben kann „Begonnen Sommer 25, beendet ...“

Foto: Jessica Barthel



wie geht es uns, frau irmschler?

Social Freezing bei Ocasio-Cortez, soziale Kälte bei CDU-Hanseln, schon wieder eine Hitze-Woche, und eine hitzige Debatte um neue Rechte des Nachrichtendienstes

taz: Frau Irmschler, was war schlecht vergangene Woche?

Paula Irmschler: Es hat immer noch nicht geregnet! Oder hat es irgendwo geregnet? Weiß jemand was? Und hat dieser jemand noch ein Zimmer frei?

taz: Und was wird besser in dieser?

Irmschler: Es soll vielleicht regnen ... Weezer bringen ein neues Album raus. Aldi Nord hat die Apfelecke für 69 Cent im Angebot. Is nich viel.

taz: Der Nachrichtendienst wird zum Geheimdienst umfunktioniert und darf dann zum Beispiel heimlich in Wohnungen eindringen. Womit muss man rechnen?

Irmschler: Mit Übergriffen, Missbrauch, Gewalt, Lebensgefahr. Wenn sie unsere Daten erst mal haben, werden sie sie ja nicht wieder loslassen, dafür lieben sie sie viel zu sehr. Rechte Regierungen und Konzerne können sie sich dann jederzeit schnappen, um alles Mögliche damit anzustellen, was ihnen nützt. Das Ganze findet nämlich auch noch mit „Hilfe“ von KI statt. Lassen wir uns aber nicht gefallen, oder?

taz: Die Hitze des Sommers macht zu schaffen und begünstigt Depressionen. Ist „Summertime Sadness“ von Lana del Rey eine Prophezeiung?

Irmschler: Ich bin eher Anhängerin vom „Cruel Summer“ (Bananarama): „Hot summer streets and the pavements are burning, I sit around, trying to smile, but the air is so heavy and dry“ ... Die 80er! Kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.

taz: Die Gen Z arbeitet immer mehr. 77 Prozent der jungen Erwachsenen sind erwerbstätig. Der feuchte Traum des Kanzlers?

Irmschler: Jetzt denke ich darüber nach, was den Kanzler eigentlich feucht träumen lässt, na vielen Dank auch. Irgendwie sehe ich da sowas David-Lynch-mäßiges (hab mal paar Folgen „Twin Peaks“ gesehen, daher mache ich hier mal auf Cineasten-Typ) ... ein Raum, ein Tisch, ein Stapel Blätter, viele Stempel, alles ist symmetrisch, aber im Hintergrund läuft total schiefe Geigenmusik, Uhren ticken, ein Stift tippt, die Luft wird immer wieder magnetisch vom Rand des Raumes weggezogen, man bekommt das Gefühl, man müsse los, irgendwas erledigen, aber es ist nicht so richtig klar, was. Nur eines ist gewiss: Investitionen müssen getätigt werden. Junge Leute sehe ich eigentlich gar nicht.

taz: Die linke US-Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez friert ihre Eier ein und teilt den Journey auf Instagram. Warum interessiert das so viele?

Irmschler: Oha, so erfahre ich das. Interessiert das wirklich sooo viele? Also wirklich, wirklich? Oder belohnen Instagram-Algorithmen nur sehr doll, was Frauen über ihre Körper teilen, weil man das verkaufen kann? Aber ich stelle ja hier nicht die Fragen. Reproduktion ist natürlich ein wichtiges Thema, wegen Zukunft, Existenzängsten und Gesundheit. Eier einfrieren muss man sich aber leisten können.



Foto: Chai von der Laage/imag

nen. Denjenigen, die es können, gibt es wahrscheinlich ein Sicherheitsgefühl.

taz: Die Berliner Volksbühne baut ein kostenloses Schwimmbecken auf und reserviert es für einen Nachmittag für einen Verein der Schwarzen Community. „Diskriminierung gegen Weiße“, blöken rechte Hetzer:innen medial. Schließlich muss die Veranstaltung wegen Gewaltandrohung gegen den Verein abgesagt werden. Was zeigt das?

Irmschler: Stell dir vor, die Rechten machen Kulturkampf und keiner geht hin, weil alle mit ihrem Kreislauf kämpfen, sich um die nächste Miete sorgen und auf die Bahn warten. Dann wird einem aber von irgendwelchen CDU-Hanseln und nochmal kühl aufgegesen von AfD und anderen Rechtsradikalen damit so lang unter der Nase rumgewedelt, bis man eine Position dazu haben muss, weil sie irgendwann zu Gewaltandrohungen übergehen. Schuld ist Berlin! Sie sollen dort jetzt sofort hundert Schwimmbäder bauen. Und schon wieder denke ich an ein Songzitat: „Scheint die Sonne auch für Nazis? Wenn’s nach mir geht, tut sie’s nicht – ich will ‚nen Sommer nur für mich!“ Die Ärzte aus Berlin.

taz: Bei der Leichtathletik-WM prangert Läuferin Smilla Kolbe den Rassismus von deutschen Fans gegen ihre Kolleginnen an. Was können wir von ihr lernen?

Irmschler: Immer gut, wenn Leute die Fresse aufmachen, wenn Men-

schenfeindliches passiert. Aber kann es überhaupt Wettbewerbe geben, die davon frei sind, wenn sie auf nationaler Ebene geführt werden und sie so dermaßen auf Optimierung beruhen? Frag ich schon mal vor – wegen der folgenden Frage.

taz: Der Eurovision Song Contest hat eine neue Regel: Länder im Krieg dürfen das Event nicht hosten. Anlass dafür gab vermutlich die Teilnahme Israels. Zum zweiten Mal in Folge verfehlte es knapp den Sieg. Ausrichten dürfte Israel den Wettbewerb mit der neuen Regel aber sowieso nicht. Ist das fair?

Irmschler: Ja, aber nein, aber ja. Es sollte keine Kriege geben und keine Nationen und diese ganzen korrupten Scheißwettbewerbe nicht mehr, die je danach, was sich gerade mehr lohnt, auf unpolitisch und dann wieder politisch machen. „In einer Welt ohne Nationen und Wettbewerbe leben wir aber nicht“, sagt jetzt wieder irgendein Typ, der in solchen Momenten immer aus irgendeiner Hecke auftaucht. Noch nicht, ja, nicht mehr. Natürlich sollten alle möglichen Risiken für Menschen minimiert werden und keine rechte Regierung, die in diesen Wettbewerben nun mal mit drinhängt, von Kultur profitieren.

Fragen: Clara Dünkler

Paula Irmschler ist Autorin und Musikjournalistin. Sie vertritt an dieser Stelle für zwei Wochen Friedrich

Wahlen in Russland

„Wieso wird man überhaupt so ein Diktator?“

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe. Er hat ein Büro in der taz und zeichnet (un)regelmäßig den „Specht der Woche“.

Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben, aber in Russland wurde eine Partei verboten. Jabloko heißt sie und ich finde sie gut. Ihr Symbol ist der Apfel. Auf meinem Bild ist auch eine

Flagge von Russland, auch wenn die Farben eigentlich andersrum sind. Jabloko ist gegen Putin und hat gerade wohl auch viel Zulauf, besonders von jungen Leuten.

Die sind nämlich gegen den Krieg und wollen die Ukraine nicht angreifen. Sie wollen, dass das alles aufhört. Jetzt hat ein Gericht sie verboten. Also eigentlich hat Putin sie verboten. Die Leute von Jabloko dürfen jetzt aber nicht die Hoffnung aufgeben! Nicht wie so viele andere. Es ist sehr wichtig, was sie machen.

Es ist schlimm, wenn Menschen sich nicht mehr frei äußern können und Leute aus dem Journalismus festgenommen werden. Es ist gut, wenn eine Partei sich dagegen stellt. Ich weiß nicht, irgendwie traue ich Putin zu, dass er mit Panzern auf der Straße gegen seine eigenen Leute vorgeht, wenn sie sagen: „Ich hab die Schnauze voll.“ So wie es schon einige vor ihm gemacht haben, zum Beispiel auch in China. Aber warum tut man sowas? Wieso wird man überhaupt so ein Diktator?

Protokoll: Johannes Drosdowski

Die Fahne weht falsch herum. Aus Protest? Foto: Christian Specht



Philipp Rhensius Was macht mich

Eine Pflanze muss nicht entscheiden, wo ihre Welt aufhört

Es ist totzitiert, aber warum nicht mal auf der Leiche herumtrampeln: Die große Erzählung – von Fortschritt, Nation und Religion – erklärt nicht mehr, was abgeht. Vielleicht arbeite ich deshalb an kleinen Erzählungen. Ich schreibe gerne

im Supermarkt. Mit Abstand von einer Wirklichkeit, in der ich mich nicht wiederfinde.

Diese Wirklichkeit ist sich mal wieder sicher: Der Terroranschlag beim Berliner CSD ist ein Angriff auf die „offene Gesellschaft“. Diese Floskel ist bescheuerter als „wofür es sich zu leben lohnt“.

Im Namen der offenen Gesellschaft werden 60.000 Menschen unterhalb ihrer Klimazone für überflüssig erklärt. Im Namen der offenen Gesellschaft bekommen alle Dinge Kategorien. Das, was innerhalb davon liegt, ist gut, alles andere schlecht. Die offene Gesellschaft tarnt ihre Grenzen als Offenheit.

Ich denke an das Wohnzimmer meiner Mutter. Ihre Pflanzen tanzen im Wind. Sie sind hier groß geworden, so wie ich. Doch getanzt habe ich nie. Es waren die 90er: Das Ungeöhnliche wurde mit dem Normalen

versöhnt. Spießier und Punks trafen sich in der Vorliebe für die Zigarettensmarke West.

Früher ging es darum, was Waren ausdrücken. Heute, woher sie kommen. Herkunft kehrte als Mythos zurück.

Auf Instagram verspricht eine App für Gesichtsscans, zu erfahren, woher du „wirklich kommst“. „Nordic brow, Mediterranean nose bridge, alpine jaw line“. Eine Userin sagt: „Ich fand heraus, dass ich nicht die bin, die ich dachte zu sein.“

Vor dem Supermarkt steht eine Frau und raucht, wie andere atmen. Ich habe Angst vor dem, was der Rauch mit ihr macht. Rauchen stand mal für Freiheit. Heute für Tod. Was ist aus dem Glamour des Schädlichen geworden? Wenn ich am Joint ziehe, will ich unbedingt etwas Erhabenes in dem sehen, was mich umbringt.

„Ich möchte ohne Angst vor mir dich lieben“, schreibt Ann Cotten. Ich fühle das sehr. Habe ich es vorher gefühlt oder erst durch diese Worte? Fick das Wort, nicht die Buchstaben. Es macht aus Gefühlen Muster. Wie Maßbänder, die aus Unterschieden eine Zahl machen. Doch nichts ist wie das oder der oder die. Ich muss mir selbst fremd werden, um zu begreifen, wie es ist, markiert zu sein. Als Mensch unter vielen. Nicht als Mensch über vielen.

Für die „Nuu Savi“ in Mexiko sind Menschen eine von vielen Spezies des Kosmos. Etwas Ähnliches lehrte mich die Theorie: Nichts steht fest. Wie im Rausch erklärte ich die Aufklärung und alles andere zur Illusion und wollte trotzdem was Echtes finden. Aber auch da, Mister President, ist alles gemacht, so wie der Wind in den Bäumen.

Rechte wollen das nicht sehen. Für sie sind Kultur und Natur getrennt. Der Körper soll ein Panzer sein, in den

nichts rein und nichts raus soll. Nur harte Fakten wie die des Gesichts erklären, wer du bist.

Eine Pflanze muss nicht entscheiden, wo ihre Welt aufhört und die andere anfängt. So stehe ich herum wie die Pflanze meiner Mutter, nur ohne zu tanzen. Sie muss daraus keine Erzählung machen. Ich schon. Ich kann mein Selbst vervielfachen: Mein Userprofil ist das Persönlichste an mir. Es ist die Seele meiner Seele.

Ich verlasse den Supermarkt. Ich grüße eine Person, die ich nur beiläufig kenne. Sie grüßt nicht zurück und ich tue so, als müsste ich schnell weiter. Drei Tage vorher hatte sie mir noch eine DM geschrieben.

Dieser Text soll nichts widerspiegeln, weder die Zeit noch die Verhältnisse. Er soll nicht zeigen, was es bedeutet, ein Mensch zu sein. Ich kann nur die kleine Erzählung von mir selbst. Was macht mich? Ich weiß es nicht. Nichts weiß ich.



„Die tiefen Töne liegen mir“

Toody Cole von der US-Band Dead Moon über Forstarbeiten mit Motorsäge, Garagerock mit 70 und ihre Entscheidung, nochmal die alten Songs für eine Konzertreise zu spielen

Interview Gregor Kessler

Es ist Sonntagmorgen bei Toody Cole in Orgeon, die 77-Jährige hat gerade gefrühstückt. Ihr Mann Fred ist inzwischen acht Jahre tot, die gemeinsame Band Dead Moon aber lebt weiter. Gerade bereitet sich Cole auf die mehrwöchige Europa-Tournee vor. Hinter dem Fenster des rustikalen Wohnzimmers wuchert dichte Vegetation.

taz: Der Blick aus Ihrem Fenster sieht tatsächlich nach einem Außenposten der Zivilisation aus. Leben Sie so „Off the Grid“, wie es der Buchtitel der Biografie über Ihre Band Dead Moon nahelegt?

Toody Cole: Als wir herzogen, gab es hier nichts: keinen Strom, keine Straße, kein Haus. Unsere Wasserversorgung kam von einem kleinen Bach, der durch das Grundstück fließt. Anderthalb Jahre haben wir in einem Zelt gelebt, bis ich Fred irgendwann sagte: „Hey, ich will in einem richtigen Haus wohnen.“ Ich mag ein bisschen Komfort, gerade wenn man drei kleine Kinder hat.

taz: Ihre Kinder sind lange aus dem Haus, Ihr Mann Fred ist 2017 gestor-

ben: Wohnen Sie nun allein in der Wildnis?

Toody Cole: Nein, vor ein paar Jahren ist unser Sohn Weeden wieder eingezogen. Wir kommen gut miteinander aus und er ist stark genug, um die Motorsäge zu bedienen und für all die anderen Haus- und Forstarbeiten, die ich besser nicht mehr machen sollte.

taz: In der SWR-Mediathek ist eine einstündige Radiofeature über Dead Moon abrufbar. In Nürnberg singt sogar ein Frauenchor die Stücke Ihrer Band a cappella und eine Reihe der jetzt anstehenden Konzerte in Europa sind bereits ausverkauft: Obwohl sich Dead Moon vor 20 Jahren offiziell aufgelöst haben, hält die Faszination für Ihre Band weiter an. Woran liegt das?

Toody Cole: Da fragen Sie mich was! Ich bin gerade erst von einem Festival in Schweden zurückgekehrt, mitten in der Pampa, war wirklich schön. Danach haben wir vier Konzerte in Finnland gespielt. Alle ausverkauft. Natürlich waren da viele alte, nostalgische Fans. Es kam auch ein neues, junges Publikum hinzu. Leute, die kaum geboren waren,

als Dead Moon sich auflösten. Eltern, ältere Geschwister haben ihnen wohl von der Band erzählt und jetzt wollten sich selbst ein Bild von uns machen. Auftritte von Dead Moon sollten immer familiär sein, für Fred, Andrew und mich gehörten Band und Publikum zusammen. Aber erst jetzt wird aus diesem Wunsch ein Mehrgenerationen-Event. Das hat etwas wunderbar Zeitloses, ich liebe es.

taz: Sie sagen, als Teenagerin seien Sie ein schüchterner, introvertierter Bücherwurm gewesen, der vermutlich Bibliothekarin geworden wäre. Inzwischen liegen Jahrzehnte in Garage-Punk-Bands hinter ihnen und mit 77 Jahren gehen Sie dieses Jahr erneut auf Europa-Tour. Wie kam das?

Toody Cole: 1966 Fred zu treffen, hat meinem Leben eine ziemliche Wendung gegeben. Vielleicht schlummerten da aber auch andere Wünsche in mir, als in einer Bibliothek zu arbeiten. Von Fred lernte ich Bass spielen und plötzlich stand ich Ende der 1970er während der Punk-Rebellion in Portland mit der Band The Rats auf der Bühne. Das ging so weiter, aber erst mit Dead Moon hat es richtig ge-

clickt. Nach Freds Tod habe ich eine Weile keine Musik gemacht, aber zuletzt wieder mit Kelly Halliburton, unserem Drummer bei der Band Pierced Arrows gespielt. Kelly lebt dafür, auf Tour zu sein und Konzerte zu spielen und hing mir ständig mit der Idee in den Ohren, mit Dead Moon-Songs zu touren. Irgendwann sagte ich: „Mach halt, Kelly, buch‘ uns ‚ne Tour!“

taz: Dead Moon wurden zeitgleich mit Grunge und unweit von Seattle und seinen Bands wie Nirvana groß. Anders als diese liebten Sie immer unabhängig. Warum?

Toody Cole: Ja, Grunge wurde maßgeblich durch ehemalige Punkkids in Seattle geprägt, die zuvor uns und die Wipers live gesehen hatten. Die Grunge-Welle hat auch uns geholfen, noch mehr aber die Mundpropaganda in ihrem Umfeld.

taz: Kurt Cobain meinte damals, er blicke mit Neid auf Bands, die sich keinen Major-Label-Diktat unterwerfen mussten.

Toody Cole: Glücklicherweise waren wir alt genug, um nicht auf Majorlabels hereinzufallen. Denen geht es nur ums Geld, nicht um die Musik.

Dead Moon und Toody Cole

Kathleen „Toody“ Conner, war 17, als sie 1966 in Portland/Oregon den Musiker Fred Cole kennenlernte und im Jahr darauf heiratete. Eine Ehe aus der drei Kinder und eine faszinierende Do-It-Yourself-Karriere entstanden. Frustriert von den ständig wechselnden Besetzungen seiner Bands brachte Fred seiner Frau Ende der 1970er Bassspielen bei. Erfolgreich aber wurde das Paar erst durch das 1987 gegründete Garagen-Punk-Trio Dead Moon mit Schlagzeuger Andrew Loomis (das bis 2006 bestand). Seit 2023 tritt Toody mit dem früheren Pierced Arrows Schlagzeuger Kelly Halliburton und Christopher March an der Gitarre wieder vereinzelt live auf und geht nun wieder als Dead Moon auf Europa-Tour.

Das Buch: Szim (Hrsg.): „Dead Moon. Off the Grid“. Ventil-Verlag, Mainz 2020, 320 S. Rerelease Alben gibt es hier.

Tour: 17.8. 2026 Köln „Garagen“, 18.8. 2026 Berlin, „Neue Zukunft“, 19.8. 2026 Hamburg „Nachtspeicher“, 30.8. 2026 Berlin, „Neue Zukunft“

taz: Kurt Cobain wollte Dead Moon als Support für Nirvana buchen, aber Sie haben das ausgeschlagen, weil Sie schon eine Neuseeland-Tour zugesagt hatten, bei der Sie vor durchschnittlich 50 Leuten gespielt haben.

Toody Cole: Eine von Freds eisernen Regeln lautete: Du sagst keinen Auftritt ab, nur weil ein besser bezahlter hereinkommt. Neuseeland war gebucht, und diese Tour wurde zum größten Spaß meines Lebens.

taz: Wieso ist Hollywoodstar Katharine Hepburn ein Vorbild für Sie gewesen?

Toody Cole: Sie war so selbstbewusst. Ich war schüchtern, und jemanden zu sehen, dem es egal war, was andere über sie dachten, war umwerfend. Als ich 40 wurde und durch Europa tourte, war ich Kate Hepburn! [Lacht]

taz: Hatten Sie nicht nach dem 70. Geburtstag gesagt: Dankeschön, das war's ...

Toody Cole: Ja, das war ein guter Schlusspunkt. Dann bat mich Eric Isaacson, Labelboss von Mississippi Records, der die Dead-Moon-Neuaufgaben veröffentlicht, anlässlich des 20. Geburtstags seines Ladens, etwas auf die Beine zu stellen. Ich habe mit lokalen Musikern eine Retrospektive konzipiert, mit Stücken aller Bands, in denen Fred und ich jemals zusammen gespielt haben. Das sollte eine einmalige Sache sein. In den Wochen danach explodierte mein E-Mail-Postfach und die Anfragen hörten einfach nicht auf. Bass spielen und gleichzeitig gut singen, das ist in meinem Alter eine Herausforderung. Bisher läuft es jedenfalls gut!

taz: Als Sie zur Veröffentlichung des Dead-Moon-Buches 2022 in Berlin auftraten, klang es wie früher.

Toody Cole: Da hab ich nur gesungen, während andere die Songs spielten. Das ist leicht und hat viel Spaß gemacht. Selbst Bass zu spielen und dazu singen ist schon schwieriger.

taz: Kürzlich haben Sie sogar eine neue EP unter dem Namen Pinky Tex veröffentlicht.

Toody Cole: Fred hat mich früher Pinky genannt und ich ihn Tex. Daher kommt der Name.

taz: Unter den vier Songs ist ein zuvor unbekanntes Lied aus der Feder von Fred. Gibt es noch viele unveröffentlichte Songs, auf die Sie zurückgreifen könnten?

Toody Cole: Als wir nur noch ein Duo waren, hat Fred eine Handvoll Songs komponiert, aber weder die Texte noch

szene

Eine Nacht im Schloss

Es ist fast Mitternacht, als wir das Schloss erreichen. Als wir unsere vier vollgepackten Räder abstellen und durch das Tor gehen wollen, kommt uns schon jemand mit offenen Armen entgegen. „Sie haben es geschafft!“, sagt die Hotelrezeptionistin. Und auch wenn ich erschöpft und wütend bin, genieße ich es, dass wir so empfangen werden, als wären wir Reiterinnen, die seit Tagen durch die Steppe ziehen.

Viel mehr als Pferde sehen unsere Fahrräder mit ihren weißen und roten Lichtern doch aus wie Satelliten in einem sternlosen Himmel, während wir durch die Dunkelheit auf der hügeligen Landstraße dahinfahren.

Mal spüren wir die frische Luft der Wälder um uns herum, mal den Lärm und die Abgase der vorbeifahrenden Lkws. Mal lassen wir eine Tankstelle hinter uns, einen Bauernhof. In der Ferne erkennen wir Dörfer, und sie geben uns Hoffnung, dass wir es nicht mehr weit haben können.

Dabei sind es nur acht Kilometer, die wir zusätzlich bis zum Schloss Klink zurücklegen müssen. Aber nach dem Warten am Bahnhof Waren und einem verlorenen Kampf ist unsere Energie fast alle.

Von 19.30 bis 22.30 Uhr versuchen wir vergeblich, in einen Regio nach Berlin zu steigen. Dazwischen suchen wir in der Stadt nach einer Unterkunft. Alles besetzt: Die Plätze sind schnell von anderen Fahrgästen belegt, die ebenfalls nicht weitergekommen sind.

Beim letzten Zug gerate ich deshalb mit der Schaffnerin aneinander. „Also Sie entscheiden, dass wir am Bahnhof schlafen?“, frage ich. „Wo Sie schlafen, ist mir egal“, antwortet sie. „Raus, oder ich rufe die Bundespolizei.“ Ein Fahrgast mischt sich ein: „Ihr habt Schlafsäcke. Ihr könnt bis vier Uhr hierbleiben.“ „Dann lieber im Schloss übernachten“, scherzen wir. Doch wir rufen tatsächlich dort an und finden zwei freie Zimmer.

Ob die Deutsche Bahn die Kosten dafür erstatten wird? Nach einer Nacht in luxuriösen Bettlaken und einem Bad um sechs Uhr morgens im See – im weißen Bademantel des Hotels und in Begleitung der Enten – ist es uns vorerst egal.

Luciana Ferrando



Das Mädchen Chihiro macht in „Chihiros Reise ins Zauberland“ die Bekanntschaft mit so manchen Göttern Foto: Wild Bunch Germany

Groß werden mit Göttern

„Chihiros Reise ins Zauberland“ hat die Filmwelt auf den Kopf gestellt und Animes endgültig nach Deutschland gebracht. Dafür kann man Regisseur Hayao Miyazaki nicht genug danken

Von Alexander Kloth

Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich Chihiro zum allerersten Mal erblickte. Es muss Mitte der 2000er gewesen sein. Ich hockte als Kind abends bei Familienfreunden im Fernsehzimmer, während die VHS-Kassette über den Röhrenfernseher flimmerte.

Unsere Heldin stieg gerade in den Heizkeller des fantastischen Badehauses hinab, in dem sich große Teile des Films abspielen. Dort trifft sie auf den vielarmigen Heizer Kamaji und seine Arbeiterkolonne an unzähligen winzigen und wuseligen Rußmännchen. Chihiro nimmt den kohlrabenschwarzen Wesen ein wenig ihrer Arbeit ab und sie entscheiden sich kurzerhand dazu, gegen ihren Chef aufzubegehren. Was mir heute wie der süßeste Generalstreik aller Zeiten vorkommt, hat damals vor allem eins in mir ausgelöst: pure Faszination.

So richtig begreifen konnte ich damals nicht, was dort vor

meinen Augen Wundersames passierte. Die unzähligen kulturellen Anspielungen und Verweise auf die japanische Mythen- und Sagenwelt waren mir völlig neu und einige der Monster gruselten mich. Und doch war ich sofort eingenommen von der Welt des Animes.

Seitdem hat sich viel getan. „Chihiros Reise ins Zauberland“ von Hayao Miyazaki wurde mit jedem nur erdenklichen Preis überhäuft, allen voran dem Goldenen Bären und dem Oscar als bester Animationsfilm. Er gilt als einer der größten Animationsfilme der Geschichte – und ehrlich gesagt verdient er jede dieser Lobpreisungen. Denn er eröffnete einer ganzen Generation eine völlig neue Film Erfahrung, von der sie auch 25 Jahre später noch zehrt.

Mindestens ein halbes Dutzend Mal habe ich mittlerweile miterlebt, wie Chihiro ins Reich der Götter und Geister eindringt und dabei versucht, ihre in Schweine verwandelten Eltern zu retten. Und jedes Mal,

wenn ich ihn wieder schaue, hält der Film etwas Neues für mich parat.

Als Kind war es das fantastische Abenteuer, das mich fesselte. Als Jugendlicher konnte ich mich allmählich für die Liebesgeschichte zwischen Chihiro und Haku, einem Flussgott in Jungengestalt, erwärmen. Und auch als Erwachsener bietet sich stets eine etwas andere Lesart.

Da gibt es etwa die Freundschaft und die Unterstützung zwischen den Badehausmitarbeitenden und Chihiro, die sich nach und nach auf die ganze Belegschaft unterhalb der despotischen Hausherrin und Hexe Yubaba (wunderbar schräg von Nina Hagen synchronisiert) ausbreitet. Hinzu kommen die konsum- und materialismuskritischen Anstriche, als der Goldrausch im Onsen ausbricht und die Gier ihre Opfer buchstäblich verschlingt. Nur Chihiro mit ihrem reinen Herzen kann bestehen und so letztlich auch ihre Eltern heil aus der Geisterwelt zurückbringen.

Verpackt ist all das in eine farbenfrohe und grandios animierte Zeichentrickstory, die immer noch inspiriert. Schon die Eröffnungssequenz ist Bildsprache in Perfektion: Während die Eltern in ihrem Audi ratlos durch die japanischen Wälder brettern, schmolzt Chihiro zwischen Umzugskartons auf dem Rücksitz und klammert sich an den Blumenstrauß, den sie zum Abschied von ihrer Freundin bekam. Im Hintergrund setzt der großartige Orchestersoundtrack von Joe Hisaishi ein, der mir jedes Mal die Gänsehaut hochtreibt.

Das nächste Mal, als wir die gleiche Melodie hören, heißt Chihiro nicht mehr Chihiro, sondern Sen. Ihren echten Namen und damit ihre Freiheit raubte ihr Yubaba. Während Haku versucht, ihr Mut zu machen, kullern Sens Tränen nur so über ihre Wangen. Sie ist noch lange nicht am Ende ihrer Reise – aber sie beißt sich durch.

Es ist kein Zufall, dass gerade „Sen und Chihiros magi-

sches Verschwinden“, wie sich der Originaltitel ins Deutsche übersetzen lässt, als Miyazakis womöglich größter Meilenstein gilt. Denn der Film vereint viele seiner besten Elemente: eine starke Protagonistin, eine liebevolle Story und ganz viel Magie in den großen und kleinen Dingen des Lebens. Die grandiosen Details und deren herzerwärmende Umsetzung sind schier endlos.

Für mich ist Chihiros Reise die vielleicht schönste Coming-of-Age-Geschichte der Filmwelt. Anime ist heute aus der deutschen Kulturlandschaft nicht mehr wegzudenken. Einen Anteil daran hat nicht zuletzt auch dieses zehnjährige Mädchen, das ihren Trotz ablegt und über sich hinauswächst. Mit ihr großgeworden zu sein, ist ein Privileg. Und deshalb kommen auch mir jedes Mal die Tränen, wenn sie weint, kämpft und mit ganzem Herzen liebt.

„Chihiros Reise ins Zauberland“ läuft ab 18. August wieder im Kino

Anzeige

KLASSEN KULTUR KAMPF!!!

taz

In Zeiten von Rechtsruck und Kulturkampf braucht es aktive und laute Gegenöffentlichkeit. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

QR code

taz.de/abo

10x wochentaz für nur 10 Euro Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Weil Schweigen keine Option ist

Die Gruppenausstellung „Kunst gegen Rechts“ in Berlin-Friedrichshain positioniert sich vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gegen rechtsradikale Politik und Einflussnahme

Von **Julian Weber**

Was tun, wenn es brennt? Am besten zur Alten Feuerwache nach Berlin-Friedrichshain gehen, in deren ehemaliger Spritzenwagenhalle – heute eine kommunale Galerie –, läuft gerade eine Ausstellung mit klarer Setzung: „Kunst gegen Rechts“. Aufhänger sind die im September anstehenden Landtagswahlen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin.

Anlass sei die akute Gefahr, dass dann „die demokratischen Parteien nicht in der Lage sein werden, die nächste Regierung zu bilden“, warnen die beiden Kurator:innen Anne Mundo und Dirk Teschner im Booklet vorsorglich. Und schicken durchaus plakativ hinterher: „Kunst macht da nicht mit! Kunst schlägt dazwischen!“ Bereits 2017 hatten die beiden erstmals eine Ausstellung mit dem Titel „Kunst gegen Rechts“ konzipiert, damals zog zum erstmals seit 1960 eine rechtsradikale Partei in den Bundestag ein. Seit her sind viele weitere Tabus gebrochen worden.

Intervention ist ganz bestimmt ein Motiv, das einigen der 17 Arbeiten der beteiligten Künstler:innen aus dem In- und Ausland zugrunde liegt. Und doch wirkt die Schau insgesamt vielschichtig und kaum alarmistisch, sondern feinfühlig, auch nüchtern-dokumentarisch und manchmal mit hinterinnigem Humor zusammengestellt.

Man muss nur den gläsernen Baseballschläger des Dresdner Künstlers

Thomas Judisch betrachten, der an einer Säule in einem Holzverschluss angebracht ist, um zu wissen, was die Stunde geschlagen hat. Von weitem sieht sein Glasobjekt aus wie eine kunstvoll geschliffene Karaffe. Erst wenn man „Die Rüpel von Rostock“ genauer betrachtet, entdeckt man ins Glas eingravierte Tags und Logos, die wie Klograffiti aussehen.

Der Baseballschläger ist im Kontext der deutschen Wiedervereinigung in den frühen 1990ern zu einem Symbol rechtsradikaler Gewalt geworden. Judisch nimmt das US-Sportgerät wieder aus diesem Bezugsrahmen, lässt es transparent aussehen und stellt Bezüge zur antiken Mythologie her, etwa zur Keule des tragischen Helden Herakles. Latent gewalttätig wirkt der Schläger trotzdem.

An einer Wand um die Ecke leistet der Berliner Musiker und Künstler Moritz Sturm dringend benötigte Aufklärung und beurkundet Vorgänge, die staatliche Institutionen fatalerweise unterlassen haben. Seine 45-teilige Tusche-Porträtserie „Todesopfer rechter Gewalt“ erinnert an Menschen, die seit 1990 von Neonazis in den drei Bundesländern (in denen die Wahlen stattfinden) ermordet wurden. Von manchen existiert nicht mal ein Foto, sodass Tatorte abgebildet werden.

Mit einem QR-Code lassen sich die Biografien der Opfer interaktiv nachlesen. Etwa die von Dragomir Christel, einem aus Rumänien stammenden 18-jährigen Geflüchteten, der im März 1992 in der Nähe von Rostock von Neonazis erschlagen wurde. „Schweigen ist

keine Option“, erklärt Moritz Stumm in einem Statement und weist auf Diskursverschiebungen im gesellschaftlichen Dialog hin, wobei er nicht nur die fatale Popularität der AfD benennt, sondern auch, dass ihr toxischer Parolen-schrott wie Nervengift in den allgemeinen Sprachduktus des Mainstreams eingesickert ist.

Wenn faktenbasierte und wissenschaftliche Erkenntnisse von irrationalen Ängsten verdrängt werden, logische Argumente völkischer Ideologie Platz machen sollen und menschenverachtende Verlautbarungen als Politik fungieren, muss sich der Wind wieder drehen. Schon jetzt flattern die beiden großformatigen Fantasie-Fahnen von Raul Walch, die außen an der Feuerwache an Masten hängen und die feierliche Beflaggung öffentlicher Gebäude, wie sie in Deutschland seit der Kaiserzeit üblich ist, spielerisch kommentieren.

Walch hat eine rote und eine schwarze Fahne jeweils mit dezenten farblichen Abstufungen versehen und dazu Streifen aus Haushalts- und Bekleidungstextilien hinzugefügt. Sie erinnern an Balken und Achsen von Diagrammen aus den Massenmedien. Zudem hat Walch knallige Pop-Art-Plakatmotive mit roten Buchstaben auf blauem Grund designt, die Besucher:innen auch als Poster mitnehmen können: „Keine Demokratie ohne Antifaschismus“ lehnt sich in Schrifttypus und Farbgebung selbstbewusst an Robert Indianas berühmte Skulptur „Love“ an.

Die Ausstellung bekennt sich ausdrücklich zu einem Deutschland als

„postmigrantische Gesellschaft der Vielen“. Ein Land, das vielfältiger ist als der Jägerzaun im Kopf und die braune Bratensoße auf dem öden Heimatteller der AfD es suggerieren.

Auf den staatlich verordneten autoritären Antifaschismus in der DDR und die halbherzige Entnazifizierung in der BRD nimmt die Schau eher indirekt Bezug. Zwar wurde nach 1945 die Aufarbeitung der NS-Zeit begonnen, aber in keinem der beiden deutschen Staaten wurde bis 1989 rechtsradikalen Umtrieben von den Behörden mit Nachdruck begegnet. Altnazis waren in Ost und West in Amt und Würden, neue Nazis durften sich ausprobieren.

Umso eindrucksvoller ist das Kartografieprojekt „Wir sind hier“ von Talya Feldman. Die US-Künstlerin hat damit nicht nur ein Kunstwerk erschaffen, sondern beleuchtet auch wenig bekannte Orte der Erinnerung und Dunkelfelder: Sie macht Tatorte von faschistischen Übergriffen sichtbar, so etwa eine Brücke in Merseburg, von der aus 1979 ein kubanischer Vertragsarbeiter in der DDR nach einer Hetzjagd ermordet wurde.

Antifaschismus sei für sie „Einstehen für andere“, erklärt Kuratorin Anne Mundo der taz, erwähnt die Dringlichkeit, die den Arbeiten in ihrer Ausstellung zu eigen ist und zeigt lakonisch auf ein großes Banner, auf dem „Kunst kann Kampf“ steht.

„Kunst gegen Rechts“. Alte Feuerwache, Berlin-Friedrichshain, bis 20. September. Am 2. 9. und am 9. 9. gibt es jeweils um 18 Uhr Artist Talks



„Wir sind hier“ – an dieser Brücke in Merseburg wurde 1979 Delfin Guerra erschlagen. Mit freundlicher Genehmigung der Künstlerin Foto: Talya Feldman

unterm strich

Gestohlen und wiedergefunden

Es könnten auch Szenen aus einem Heist-Film sein, die sich in der Nacht zum Sonntag in einem Museum in der sizilianischen Stadt Messina abgespielt haben. Unbekannte drangen in die Ausstellungsräume des Museo Regionale di Messina ein, umgingen hierfür die Alarmsysteme, entwendeten mehrere Werke und entwischten.

Dabei hatten es die Diebe auf Werke des aus ebendieser Stadt stammenden Renaissancemalers Antonello da Messina abgesehen. Sie stahlen drei von fünf Tafeln des berühmten Polyptychons von

San Gregorio sowie eine beidseitig bemalte Tafel mit einer Darstellung der Madonna und dem Christus. Letztere soll sogar aus dem Innern einer gesicherten Vitrine herausgelöst worden sein. Die Polizei ermittelt nun und sammelt Hinweise zur Identität der Diebe.

Es ist bereits der zweite größere Kunstraub in Italien dieses Jahr. Schon im März wurden aus dem Privatmuseum der Stiftung Magnani-Rocca in der Nähe der norditalienischen Stadt Parma Gemälde von Pierre-Auguste Renoir, Paul Cézanne und Henri Matisse

gestohlen. Genauer handelt sich hierbei um „Die Fische“ von Renoir, „Stillleben mit Kirschen“ von Cézanne und „Odalisque auf der Terrasse“ von Matisse. Geschätzter Gesamtwert: mehrere Millionen Euro.

Zwei Tage vor dem Raub in Messina fanden Ermittler diese drei Werke bei Durchsuchungen nun wieder. Dies teilte die italienische Polizei am vergangenen Freitag mit. Nähere Angaben zu den mutmaßlichen Dieben und ihrem Verbleib machte sie aber nicht. Italienischen Medienberichten zufolge

wird gegen neun aus Moldawien stammende Täter ermittelt.

Das gestohlene Cézanne-Gemälde wurde zwischenzeitlich auch für eine Desinformationskampagne missbraucht. Wenige Wochen nach dem Diebstahl war es im Hintergrund einer Videobotschaft aus dem Büro des ukrainischen Präsidenten Selenskyj zu sehen gewesen. Wie sich wenig später herausstellte, war das Video gefälscht und über ein Kreml-nahes Netzwerk verbreitet worden.

Ruth Lang Fuentes

Fortsetzung von Seite 15

die Musik wurden fertig. Es gibt also eigentlich kein unveröffentlichtes Material mehr.

taz: Stimmt es, dass Joan Baez Sie zur Gitarre gebracht hat?

Toody Cole: Ja, wie jede Teenagerin wollte ich mit 14 oder 15 wie Joan Baez sein. Sie und Bob Dylan waren so cool. Meine Eltern kauften mir eine Konzertgitarre. Aber meine eher kleinen Hände und der breite Gitarrenhals wurden keine Freunde. Mit dem Bass war es anders, im Grunde ist es ein Perkussionsinstrument. Die Kraft eines E-Basses ist wunderbar. Die tiefen Töne liegen mir viel mehr als das hohe Zeug der Gitarre.

taz: Die Anziehungskraft von Dead Moon ging immer über den Sound hinaus. Viel hat auch mit Ihrer Do-it-Yourself-Mentalität und Ihrem Lebensstil zu tun.

Toody Cole: Die technologische Entwicklung rund um KI verläuft derart rasant, dass dies vielen Menschen Angst macht. Auch junge Leute suchen nach Alternativen und entdecken dabei die Vergangenheit – genau wie wir damals in den 1960ern und später. Zuletzt hab' ich jemandem ein langes Interview gegeben, der einen Dokfilm über den DiY-Ansatz dreht. Für viele Junge ist das wieder interessant.

taz: Das Haptische ist dabei ein Faktor, aber bieten die digitalen Produktions- und Vertriebswege heute nicht auch gute DiY-Möglichkeiten, mehr als je zuvor?

Toody Cole: Vermutlich, aber für uns ging es bei DiY vor allem um eine Gemeinschaft, die sich gegenseitig ermutigte und dabei unterstützte, eigene Projekte unabhängig von großen Musik-Konzernen in die Tat umzusetzen.

taz: Ist dieses Gemeinschaftsgefühl im digitalen Raum verloren gegangen?

Toody Cole: Ich glaube, die meisten Musiker:innen wollen mit Gleichgesinnten zusammenarbeiten. Für mich ist das Gefühl einer echten Band jedenfalls zentral, eine Ein-Mann-Show liefert das nicht. Nur Greg Sage hat das mit den Wipers mal geschafft und alle Instrumente im Alleingang eingespielt. Für mich würde das nicht funktionieren.

taz: Fred und Sie haben Dead Moon-Alben über Jahrzehnte selbst aufgenommen, gemastert und bei kleinen Presswerken auf Vinyl pressen lassen. Auch die Cover haben Sie selbst gestaltet – während Sie parallel ein Musikgeschäft geführt und Kinder großgezogen haben. Ist DiY bloß ein anderes Wort für Selbstausbeutung?

Toody Cole: Man muss jedenfalls höllisch auf sich selbst aufpassen. Irgendwann haben wir Vertrieb und Promotion abgegeben, weil es uns zu viel wurde und weder Fred noch ich uns gerne vermarkten. Die Kinder waren in den 1990ern erwachsen, so konnten wir ausgiebig durch Europa touren. Unseren Musikladen haben wir damals geschlossen. Vielleicht wären wir sonst wirklich durchgedreht.

taz: Mit Zipper, Rats oder King Bee haben Sie beide bereits vor Dead Moon in etlichen Bands gespielt. Aber keine war ansatzweise so erfolgreich. Wo lag das Geheimnis?

Toody Cole: Es lang an der speziellen Bandchemie, unsere Trio-Kombination, das Mysterium unseres Lebensstils, unsere Liebesgeschichte und vor allem an der Musik selbst. Wir drei hatten völlig unterschiedliche Persönlichkeiten, und zusammen waren wir einfach umwerfend. [Lacht] Ich vermisse das sehr. Es war authentisch, und wir hatten so viel Spaß. Gegen Ende fühlte es sich mehr wie ein Job an, und Fred war etwas entmutigt, weil die Leute immer nur die gleichen alten Songs hören wollten. Also mache ich das jetzt für ihn: Ich spiele „Walking on My Grave“, „Dagger Moon“, „It's O.K.“, „Dead Moon Night“. Noch ein letztes Mal.

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen
Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und
einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.



taz  **shop**

Räucherblätter zur Insektenabwehr.

Is ja dufte: Unerwünschte Insekten werden mit für uns wohlriechendem Räucherwerk fern gehalten. Erhältlich in den „Duftnoten“ *Kaffee* und *Eukalyptus & Lavendel* mit jeweils 12 Blättern für **8,90 €**.

Passend dazu der schicke Räucherstäbchenhalter aus Speckstein für **12,90 €**

Beide Produkte stammen aus Indien und wurden produziert für Weltpartner.

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin
Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

ausgewählt · nachhaltig · solidarisch

Zuerst kommt der Mensch

Pauline Schäfer-Betz verpasst bei der Turn-EM unglücklich Bronze am Schwebebalken. Glückliche ist sie über den Kulturwandel am Standort Chemnitz



Von **Sandra Schmidt**

Einen Tick zu langsam war Pauline Schäfer-Betz im Finale der besten acht europäischen Turnerinnen am Schwebebalken. 90 Sekunden sind erlaubt, bei ihrem sehr schönen Auftritt in Zagreb waren es zwei Sekunden mehr. Das bedeutet einen Abzug von 0,100 Punkten. In der Endabrechnung verpasste sie bei der Europameisterschaft mit einem Abstand von 0,066 Punkten die Bronzemedaille.

„In meiner Wettkampfabübung fühle ich mich einfach so wohl auf dem Gerät, dass ich gern ein bisschen länger da oben bleibe“, sagte sie am Samstag mit etwas Abstand schelmisch dazu. Gelungen darf man ihr internationales Comeback trotzdem nennen. Pauline Schäfer-Betz ist 29 Jahre alt, bei Weltmeisterschaften am Schwebebalken hat sie schon alles gewonnen: 2015 Bronze, 2017 Gold und 2021 Silber. Dreimal hat sie an Olympischen Spielen teilgenommen.

Die EM in Zagreb ist für Schäfer-Betz der erste internationale Wettkampf seit Paris 2024 und Auftakt für ein ambitioniertes Projekt: die vierte Olympia-Teilnahme. „Wir haben einen langfristigen Plan, der führt in Richtung Olympia“, hatte sie vor wenigen Wochen bei den Deutschen Meisterschaften gesagt. Und fügte hinzu: „Mein Ziel ist, bei Olympia dabei zu sein und nicht nur dabei zu sein, sondern ins Finale zu kommen.“ Und natürlich träume sie den „Traum einer Medaille“ und in anderthalb Jahren werde auch ihr Programm entsprechend aussehen, verkündete sie.

Pauline Schäfer-Betz hatte im vergangenen Herbst in Chemnitz in die

Trainingsgruppe von Tatjana Bachmayer und Anatol Aschurkow gewechselt. „Jetzt habe ich wieder richtig Freude daran, jeden Tag in die Halle zu gehen. Dieses Umfeld gibt mir unglaublich viel Motivation und bestätigt mich darin, dass der Wechsel genau die richtige Entscheidung war“, erklärte sie dazu im Frühsommer. Es sei sehr schön zu sehen, „dass in Chemnitz auch so was Cooles entstehen kann und entstanden ist, nach all den Jahren, wo es eben nicht so gewesen ist. Das ist natürlich für mich besonders schön, dass so mitzuerleben.“

Wohl wahr. Denn Pauline Schäfer-Betz war es, die Ende 2020 gemeinsam mit anderen Turnerinnen des Chemnitzer Bundesstützpunktes, den Machtmissbrauch durch die damalige Cheftrainerin Gabi Frehse öffentlich gemacht hatte. Damals wurde die Situation in der Chemnitzer Fraueturnhalle für Schäfer-Betz so unerträglich, dass sie zu den Männern wechselte und fortan unter Kay Uwe Temme trainierte. Der Schwebebalken steht bis heute in der Männerturnhalle im Chemnitzer Sportforum. Ansonsten hat sich einiges verändert. Zunächst wechselte der Belaruse Anatol Aschurkow aus Norwegen nach Chemnitz, zuletzt kam die ehemalige Cheftrainerin aus Karlsruhe Tatjana Bachmayer hinzu.

Sie hat schon immer die Maxime vertreten: Erst kommt der Mensch, und nur wenn es dem Menschen gut geht, kann auch der Athlet gute Leistungen zeigen. Die beiden Trainer betreuen das deutsche Team auch in Zagreb. Pauline Schäfer-Betz, die in ihrem Leben schon viele Trainer kennengelernt hat, hebt hervor, was das Duo

ausmacht: „Das Ganzheitliche. Es wird nicht nur auf das Training geschaut, sondern auf den gesamten Menschen. Die mentale Komponente spielt dabei eine große Rolle – nicht nur innerhalb der Turnhalle, sondern auch darüber hinaus.“ Eine Herangehensweise, die ihr sehr guttue.

Der Deutsche Turner-Bund hatte im Zuge der Aufarbeitung der Verfehlungen in Chemnitz das Projekt „Leistung mit Respekt“ aufgesetzt und einen Kulturwandel im Fraueturnen ausgerufen. Als Bundestrainer wurde 2022 Gerben Wiersma verpflichtet. Der Niederländer erklärte damals glaubwürdig, er stehe für den Kulturwandel. Doch auch gegen ihn hatte es in den Niederlanden 2021 Vorwürfe wegen Machtmissbrauchs gegeben. Entsprechend skeptisch war Pauline Schäfer-Betz anfänglich: „Durch meine eigene Geschichte und meinen Einsatz gegen psychischen Missbrauch im Leistungssport hat die Nachricht, dass Gerben neuer Bundestrainer werden soll, bei mir erst einmal viele Gedanken ausgelöst“, sagt sie rückblickend. Mittlerweile aber habe man sich „im Arbeitsalltag gut eingespielt“, die Zusammenarbeit sei professionell, Wiersma bereit, gemeinsam nach Lösungen zu suchen: „Das schätze ich sehr.“

In Zagreb gewann die Französin Elena Colas das Finale am Schwebebalken. Mit gerade 16 Jahren ist sie quasi halb so alt wie Schäfer-Betz. Die aber weiß ihr Alter zu schätzen. „Die Zeit im Rücken zu haben und zu wissen, was für mich funktioniert, das ist ein großer Vorteil.“ Am Balken wird sie in Zukunft versuchen, einen Tick schneller durch ihre Übung zu kommen.

Schöner Auftritt: Pauline Schäfer-Betz hat wieder Spaß am Turnen
Foto: Igor Kralj/imago

Aus einer anderen Galaxie

Der 19-jährige Johannes Liebmann schwimmt über 1.500 Meter Freistil einen fabulösen Weltrekord

Aus Paris **Andreas Morbach**

Seit seiner Sternstunde im Centre Aquatique Olympique waren keine 15 Stunden vergangen, da schlug Johannes Liebmann an selber Stelle erneut an. Zum letzten Mal bei seinem ersten internationalen Top-Event im Profibereich. Das Ergebnis: Fünfter im sechsten von sieben Vorläufen über 400 Meter Freistil. Wenig später konnte der 19-Jährige dann als Gesamt-Elfster seine Sachen packen.

Selten jedoch dürfte sich ein Schwimmer seliger von einem Großereignis verabschiedet haben als Liebmann am Sonntagvormittag von der EM in Frankreich. Schließlich hatte der jugendliche Dauerkrauler vom SC Magdeburg am Abend zuvor die Schwimmhalle in Saint-Denis zum Beben gebracht. Schon lange bevor er mit neuem Fabelweltrekord über 1.500 Meter Freistil ins Ziel kam, erhob sich das Publikum geschlossen. Die begeisterten Rufe von den Rängen trugen Liebmann letztlich zu einer Zeit von 14:26,79 Minuten. Die zwei Jahre alte Bestmarke des US-Amerikaners Bobby Finke hatte er um fast vier Sekunden unterboten.

Selbst über die Marathondistanz der Beckenbranche sind das Galaxien, entsprechend fassungslos starrte der eher schmal gebaute Schwimmer erst mal auf die Anzeigetafel. Irgendwann war der ungarische Silbermedaillengewinner Zalan Sarkany bei ihm, rubbelte ihm anerkennend über die schwarze Badekappe. Danach machte Liebmann ein paar Züge auf die andere Seite, ließ sich nun vom Teamkollegen und Bronze-Mann Oliver Klemet gratulieren. Dann zog er sich an der Leine zwei Meter nach vorne, hockte sich drauf und fabrizierte ein paar rührende Jubelgesten.

Als hätte er vor wenigen Augenblicken nicht die bemerkenswerteste Leistung bei diesen Titelkämpfen in den Pool gelegt, sondern eben mal das Einschwimmen beendet, so federleicht schwang Liebmann seinen schlanken Körper kurz darauf zwischen zwei Startblöcken aus dem Wasser. Von dort ging es weiter zum ZDF-Interview, in dem er dann aufs Neue erstaunte.

Was gerade in seinem Kopf vorgehe? „Viel und wenig gleichzeitig“, antwortete Liebmann glaubhaft. „Ich kann das nicht in Worte fassen, weil es zum einen ja eigentlich nur eine normale Bestzeit für mich ist. Aber zum anderen eben auch so eine heftige Zeit, bei der ich mir vielleicht Gedanken mache, ob ich da jemals wieder rankomme.“ Er hoffe es, sagte der phänomenale Teenager noch. Und die Mimik des fünf Jahre älteren Klemet links neben ihm schwankte bei diesen Worten zwischen Belustigung und Unglaube.

2023 wechselte Liebmann aus Elmshorn, wo Freunde und Bekannte seinen knapp 15-minütigen Sensationslauf am Samstagabend auf einem nahegelegenen Hof verfolgten, an den Bundesstützpunkt nach Magdeburg. In der dortigen Trainingsgruppe von Langstrecken- und Freiwasser-Bundestrainer Bernd Berkahn, von DSV-Vorstand Christian Hansmann gerade als „die wahrscheinlich beste weltweit“ bezeichnet, schwimmt er nun seit einem Jahr mit. Es braucht also nicht viel Fantasie, um sich auszumalen, wozu dieser Ausnahmekrauler in den nächsten Jahren noch fähig sein dürfte.

In Paris triumphierte Liebmann drei Tage vor dem Paukenschlag über 30 Bahnen Kraul bereits souverän über die 800-Meter-Freistil, verbesserte dabei den eigenen Europarekord. Zu dieser Topmarke pflügte er am 12. April in Stockholm, einen Monat später gab er dann in der Schule sein Bestes. Über die Abiturnote hüllt sich der junge Mann allerdings in Schweigen, genügen muss da der Hinweis: „Es war schon sehr stressig.“

Ein Trauma haben die letzten Meter in seiner Schülerkarriere bei ihm aber offenkundig nicht hinterlassen. Nach den famosen 1.500 Metern von Paris gewichtete Johannes Liebmann seine jüngsten Erfolge jedenfalls so: „Den Weltrekord muss ich eigentlich natürlich ganz nach oben setzen, klar. Aber das Abi war mir auch sehr wichtig. Der Sport ist nicht alles. Und dass ich jetzt den höchsten Bildungsabschluss habe, den es in Deutschland gibt, zeigt, dass ich nach dem Sport trotzdem noch gut weitermachen kann.“

Ein rührender Kerl aus einer anderen Schwimmgalaxie eben, keine Frage.

was alles nicht fehlt

Gut gelaufen: Amanal Petros ist erstmals Marathon-Europameister. Der WM-Zweite gewann in Birmingham das Rennen über die prestigeträchtige Distanz von 42,195 Kilometern mit einem Meisterschaftsrekord von 2:09:11 Stunden. Der 31-Jährige siegte überlegen nach einem fast 20 Kilometer langen Sololauf vor dem Italiener Pietro Riva (2:09:18 Stunden) und Gashau Ayale (2:09:21 Stunden) aus Israel. Samuel Fitwi wurde als

zweitbesten deutscher Läufer Neunter. Richard Ringer, der vor vier Jahren in München Gold gewann, belegte Platz zehn.

Gut geturnt: Die 18-jährige deutsche Turnerin Helen Kevric hat bei der Europameisterschaft in Zagreb Gold am Stufenbarren geholt. Karina Schönmaier war trotz der verpassten Titelverteidigung am Sprung auch mit der Silbermedaille zufrieden.

Auch gut geturnt: Darja Varfolomeev hat bei der Heim-WM in der Rhythmischen Sportgymnastik ihre zweite Medaille gewonnen. Nach dem Triumph im Mehrkampf holte die 19 Jahre alte Ausnahmeathletin im Einzel-Finale mit dem Reifen Bronze. Vor 4.250 Zuschauern in der erneut ausverkauften Frankfurter Festhalle erhielt Vorfolomeev für ihre fehlerfreie Übung 30,400 Punkte. Damit lag sie nur 0,3 Zähler hinter der Ukrainerin

Taisiia Onofriichuk. Platz zwei sicherte sich Titelverteidigerin Sofia Rafaeli aus Italien (30,500).

Gut geritten: Isabelle Werth gewann bei der Reit-WM in Aachen mit der Stute Wendy in der Kür Bronze. Für die 57 Jahre alte Reiterin war es die vierzehnte WM-Medaille, zehn davon sind aus Gold. Der Sieg ging an Charlotte Fry aus Großbritannien im Sattel von Glamourdale.

Anzeige



Linke Medienakademie

30.09. – 04.10.2026
Break the narrative!

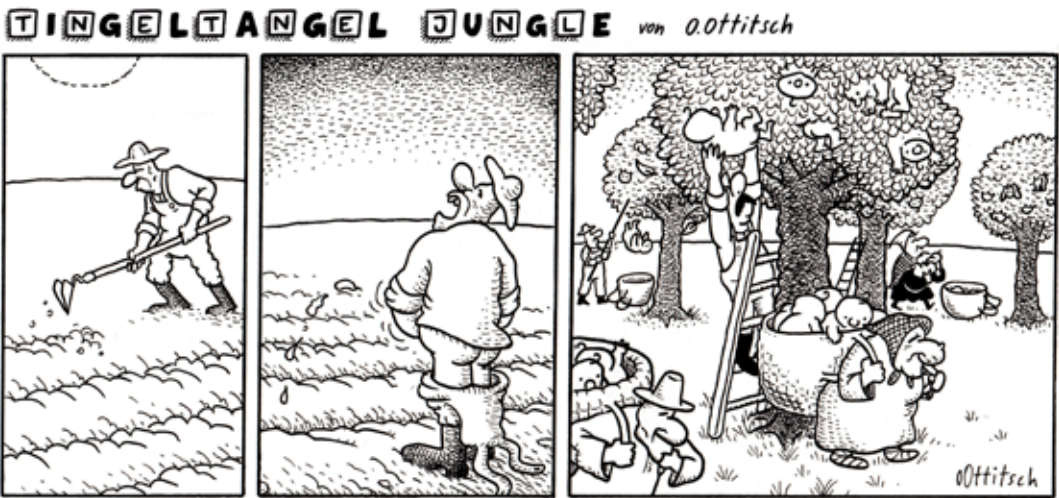
Jetzt Tickets buchen!



LIMA26.de

gurke für die woche

„Kommissar im Dienst“: So einen aufregend bürokratischen Titel würden wir gerne führen, allein, wir sind nur **olle Wahrheitschreiber**. Deshalb können wir auch nur **arg mittelbar** spannende Tickernachrichten wie aus dem „Polizeipräsidium Westhessen–Wiesbaden“ veröffentlichen. Demnach kam es am Wochenende „im **Schnitterweg** in Oestrich-Winkel zu einem **Diebstahl von sieben griechischen Landschildkröten**“. Gevatter Tod, **alter Schnitter**, warst etwa du im Spiel? **Schäm dich!**



das wetter

Der Rechner

Wie viel ist eins plus eins, wenn eine Eins so viel wie eine Zwei ist? Lautet das Ergebnis vier? Aber muss die Vier dann nicht eigentlich eine Acht sein, weil, einmal mit der Eins angefangen, die Zwei doch eine Vier und zweimal vier nun einmal, ob es einem passt oder nicht, eben acht ist? Die heiligen und ewigen Gesetze der Mathematik gelten schließlich und endlich, ja unendlich immer und überall! Deshalb muss die Zwei zwin-

gend eine Vier sein und das Ergebnis, Moment, nach dieser logischen und also unwiderleglichen Rechenoperation nicht acht, sondern sechzehn sein! Dann zweiundreißig, vierundsechzig, hundertachtundzwanzig ... Professor Kicklhoff hielt inne, ihn schwindelte. Schloss die Augen. Kehrete dann noch einmal zum Ausgangspunkt zurück, eins plus eins. Und sah sich um. Konnte ihm vielleicht irgendjemand helfen? Leser?



Die Sonne ist schuld an der Hitze

Neues von der stabilen Verschwörungsfront: Phantasmagorien allwissender Alltagsmenschen

Von Peter Köhler

„Wenn ich den erwische, der diese Hitzeglocke über Deutschland gestülpt hat!“ Klaus Wend ist nicht nur vor Wut rot angelaufen. „Du meinst nicht den, sondern diel“, korrigiert ihn, heißblütig bei über 40 Grad im Schatten, seine Nachbarin Elke Jankers: „Die Meteorologen drehen hier das ganz große Ding!“ „Sie meinen, die wollen auf unsere Kosten weltweit ihre Arbeitsplätze sichern?“ – „Pah, Arbeitsplätze! Die wollen uns alle einkochen und die Weltherrschaft an sich reißen! Jeder hat dann sein Leben nach dem brodelnden Wetterbericht auszurichten – oder auf offener Straße zu verbrennen wie früher die Hexen! Diktatur! Und ein Wetterfrosch als neuer Führer!“

„Ah, deshalb stecken die Wettervorhersager mit den Herstellern von Klimaanlage, Ventilatoren und Sonnenschirmen unter einer Decke! Das ist der Beweis!“, nickt Herr Wend, und Frau Jankers reißt den Horizont noch weiter auf: „Vergessen Sie nicht die Umweltschützer und ihre Partei, die Grünen! Die wollen alle weg von KohleGasÖl und setzen auf Sonnenenergie!“ „Wie meinen Sie das?“, fragt der Hobbyastrologe Wend mit nun wieder leerem Gesicht. „Ja, merken Sie denn nichts? Sonnen-en-er-gie! Von der wollen diese Hirnamputierten noch mehr! Wo die Sonne uns jetzt schon einheizt und die Birne weich wie Butter macht!“

Solche Diskussionen sind dieser Tage häufig. Der Mensch ist ein rational gelenktes Lebewesen, das verborgene Zusammenhänge bis auf den Grund



Alles ganz natürlich menschengemacht – auch die Sonne, auch der Mond! Foto: ap

zu durchschauen vermag, und indem er den Faden logisch weiterspinn, reißt er den Schleier von all den Verschwörungen, die den Globus einlullen.

Dass, um nur ein Beispiel zu nennen, die Nazis nach 1945 mit einer V2 auf den Mond geflohen seien und dort an ihrer heutigen Rückkehr gearbeitet hätten, lehnt ein vernünftig Denkender wie Wendemeier natürlich ab. „Eine V2 war dafür viel zu klein“, weiß er. „Es gab Tausende, Hunderttausende, Millionen Nazis. Die klare Schlussfolgerung lautet deshalb: Sie sind mit Hunderten, Tausenden, Millionen V2-Raketen zum Mond gesaut!“

Dass die Amerikaner ebenfalls auf dem Mond gelandet seien, stellt er dagegen in Abrede. Nicht, weil er bis heute keinen einzigen ihrer Astronauten hautnah auf dem Mond gesehen und angefasst hat. Das wäre kindlich gedacht! Nein, er bezweifelt, dass der Mond groß genug ist: Wie jeder am eigenen Nachthimmel erkennen kann, ist der Trabant viel zu winzig für eine Landefähre, geschweige denn für den Spaziergang eines ausgewachsenen Menschen

Dass diese beiden Theorien unvereinbar seien, bringt Wendemeier nicht ins Wackeln. „Sie können in jeder Wissenschaft Widersprüche mit kalter Hand

aufspüren. Deshalb sind die Theorien aber nicht bodenlos falsch. Nein, diese narzistischen Logiker und platten Empiriker, die solche Details herauspicken und wie verrückt aufbauschen, sind selber verrückt, wie damit bewiesen. Und werden von der CIA, dem Mossad und Bill Gates bezahlt! Was jeder sehen kann, der sehen kann.“

Wer sehen kann, erkennt sofort das teuflische Muster: Dass die vor 5.000 Jahren mutwillig erfundene Schrift eine Verschwörung des Pharaos in Ägypten und der Stadtkönige in Mesopotamien mit ihren Bütteln, den Lehrern war, um das Volk unter dem eigenen Arsch

zu halten. Wird gewahr, dass die Schwerkraft und die Fallgesetze nur eine arbeitsplatzsichernde Phantasmagorie der Physikerclique seit Isaac Newton sind. Begreift, dass die Medizin seit ihrer Erfindung durch den Großmanipulateur Hippokrates ein Komplott ist, um mittels erfundener Krankheiten, „ja, auch Geisteskrankheiten!“, ruft Wend dazwischen, Geld aus gesunden Menschen zu schlagen: „Kein Baby hat Rücken und Alzheimer!“

Man kann es drehen und wenden, bis man schwarz wird: Intrigen, Kabale, Verschwörungen überall. Einfaches Beispiel: der Sozialismus! Er wurde nicht von den in Wirtschaft und Gesellschaft rumpelnden Widersprüchen zerrieben, sondern aus den Angeln gehoben durch das unterirdische Wühlen und Nagen kapitalistischer Agenten, von denen es allein in der DDR 16 Millionen gab.

Anderes, gröber gestricktes Beispiel: Chemtrails, scheinbar bloß heiße Luft aus dem Auspuff von Flugzeugen! In Wahrheit Bremspuren der Außerirdischen, die in ihren Ufos hocken und lieber ihre Überlichtgeschwindigkeit – deshalb sieht man ihre Fahrzeuge nicht! – drosseln, als mit den primitiven Boeings und Airbussen zu kollidieren und unschuldige Leben zu opfern, wie es unter Menschen üblich ist.

Drittes, groß aufgeblasenes Beispiel: das Universum, Produkt einer Verschwörung von Raumplanern und Innenarchitekten! Angetrieben von einem geheimnisvollen horror vacui, erzeugen zuerst die einen riesengroße Räume, dann stellen

die anderen sie mit Möbeln und Galaxien voll.

„Dazu braucht es nicht Gott noch Satan“, sagt Elke Jankers, die sich als gelernte Pastorin inzwischen eine andere Glaubenslehre zugezogen hat. „Es sind andere verborgene Mächte und geheime Zirkel, die unsere Geschicke lenken und für alle Krisen und Katastrophen verantwortlich sind“, predigt die Geläuterte. „Zufall gibt es in einer

Man kann es drehen und wenden, bis man schwarz wird: Intrigen, Kabale, Verschwörungen überall. Einfaches Beispiel: der Sozialismus!

Welt, in der alles schnurgerade berechenbar ist, nicht! Als aufgeklärte Vernunftwesen gabeln wir die realen Drahtzieher auf und richten die in Unordnung gesunkene Wirklichkeit wenigstens im eigenen Dachstübchen wieder gerade!“

Und wirklich muss man nicht erst großschnäuzig denken wie in der Theologie, der Philosophie, der Wissenschaft. Man findet für jede rätselhafte Erscheinung eine Erklärung wie schon Heinz – „Alles geht natürlich nicht zu“ – Erhardt. „Wie für den offenen Hosenschlitz gibt es für alles eine menschliche Ursache!“, beschließt Frau Jankers ihre huppelfreie Beweisführung.

Ralf Sotscheck

Vertikales Trinken

Es ist seit Jahrhunderten englische Tradition, dass die Trinker im Pub am Tresen stehen und versuchen, die Aufmerksamkeit des Wirts zu erhaschen, um ein warmes Bier zu bestellen. Das soll anders werden. Der Gemeinderat von Westminster, der für Soho und das Londoner West End – die belebtesten Ausgehviertel Europas – zuständig ist, hat empfohlen, bei neuen Lizenzanträgen das „vertikale Trinken“ und das Bestellen an der Theke zu verbieten.

Stattdessen sollen die Kneipiers genügend Sitzgelegenheiten bereitstellen und „übermäßigen Alkoholkonsum eindämmen“. Die Durstigen müssen dann am Tisch ausharren und auf den Kellner oder die Kellnerin warten, mit gedämpfter Stimme ihr Getränk bestellen und auf eine

zügige Bedienung hoffen. Das ist, als würde man zurück in die Corona-Zeiten versetzt. Möglicherweise müssen Eintrittskarten verkauft oder vorab Tische wie im Restaurant reserviert werden.

Dabei sei der britische Pub doch ein warmer und gemütlicher Ort nach einem Spaziergang auf dem Land, wo schlammige Stiefel, regennasse Mäntel und Hunde am Kamin Teil der Atmosphäre seien, behauptet das Fremdenverkehrsamt: „Englische Wirtshäuser bieten Besuchern die Möglichkeit, Einheimische kennenzulernen und einen wesentlichen Teil der britischen Kultur zu erleben.“

Damit wäre es beim Sitzzwang vorbei. Ein Anwalt für Schanklizenzrecht namens Philip Kolvin erklärte dazu jüngst: „Das vertikale Trinken ist auch

geselliges Trinken, das es den Menschen ermöglicht, sich nach Belieben zu vermischen und Kontakte zu knüpfen, anstatt auf ihre vorgegebenen Gruppen beschränkt zu bleiben.“ Vermutlich werden die Engländer aber dennoch mitspielen, schließlich gelten sie als emotionslose und selbstbeherrschte Stoiker. Sie seien der festen Überzeugung, dass eine Tasse Tee die einzig angemessene Reaktion auf eine Krise sei, meint etwa BBC-Korrespondent Olivier Guiberteau. Widrigkeiten mit hoherhobeln Kopf zu begegnen, sei für die Briten ein berauschendes Bild.

Noch ist das letzte Wort aber nicht gesprochen. Und ein Regierungssprecher findet: „Belebte Pubs voller Menschen, die miteinander reden, sind keine öffentliche Belästigung, son-

dern englisches Leben.“ Die Regierung will dem Londoner Bürgermeister die Befugnis für Schanklizenzen übertragen, die ihn bevollmächtigt, Entscheidungen des Gemeinderats über den Haufen zu werfen. Sadiq Khan, der Bürgermeister, ist einverstanden: „Man kann ein weltberühmtes Ausgehviertel nicht mit der Mentalität eines Dorfgemeinschaftshauses führen.“

Paul Swaddle, der Tory-Vorsitzende des Westminster-Gemeinderats, erwidert: „Wir brauchen keine Belehrungen darüber, wie man das Gastgewerbe unterstützt, wenn Sie die Polizei angewiesen haben, jeden neuen Lizenzantrag abzulehnen – als Ihre Lösung zur Eindämmung der Kriminalität im West End.“ Vielleicht sollten Swaddle und Khan ein Bier trinken gehen – im Stehen.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporte: Peter Unfried
Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0
Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaltteil Nord: Jan Kahlicke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516
taz Shop: 030 | 25 902 138
Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €



taz 

reisen

in die Zivilgesellschaft

*Gruppenreisen für
Individualist*innen*

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



BOSNIEN & HERZEGOWINA

SARAJEVO – MOSTAR – SREBRENICA

taz-Korrespondent **Erich Rathfelder** und die Historikerin **Amela Maldosevic** führen Sie zu Schauplätzen der jüngsten Geschichte, Menschenrechtler und Akteure der Zivilgesellschaft erläutern aktuelle Entwicklungen.

18. bis 24. Oktober 2026 ab 1.880 €



Immer mehr Menschen brauchen Psychotherapie – aber das Angebot soll verknappert werden
Foto: Tina Eichner

Der Platz auf der Couch wird schmaler

Berlin ist mit PsychotherapeutInnen „überversorgt“ – behaupten die Krankenkassen. Tatsächlich ist es schwierig, einen Therapieplatz zu finden – und es wird bald noch schwieriger

Von Anna Simbürger

Vor vier Jahren machte sich Benjamin Becker* zum ersten Mal auf die Suche nach einem Therapieplatz. Lange blieb er erfolglos, erst beim dritten Versuch hat es endlich geklappt – fündig geworden ist er in einem psychotherapeutischen Ausbildungsinstitut. Den ersten Anlauf hatte er 2022 unternommen, einen weiteren 2023. Damals hatte man ihn zwar auf eine Warteliste gesetzt, doch das hatte einen Haken: „Um auf der Liste zu bleiben, hätte ich mich sechs Monate lang jeden Monat zurückmelden müssen“, sagt Becker. Das überforderte ihn: Nach einigen Monaten verlor er die Liste aus den Augen.

Viele BerlinerInnen, die eine Psychotherapie benötigen, berichten davon, wie beschwerlich die Suche ist. Etliche geben auf, gerade weil sie in ihrer aktuellen Situation nicht sehr belastbar sind. Aber warum ist das so schwierig, wenn es in Berlin angeblich eine Versorgung von 166 Prozent mit Therapeut*innen gibt?

Im Rahmen ihrer Antwort auf eine Anfrage der Grünenfraktion zur Versorgungslage in der Hauptstadt zitierte die Senatsgesundheitsverwaltung den Verband der Ersatzkassen (vdek) mit der Aussage, dass „Berlin mit an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Psychotherapeuten überversorgt“ sei. Die psychotherapeutische Versorgung für gesetzlich Versicherte sei also „auf einem guten Niveau

und somit ausreichend sichergestellt“.

Marc Stephan ist Psychologischer Psychotherapeut und Institutsleiter des Ausbildungszentrums der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) in Berlin. „Das Thema der Überversorgung, die Berlin angeblich hat, ist Quatsch“, sagt er. Denn die Berechnungsgrundlage für den Versorgungsgrad stamme vom 31. August 1999. Die Zahl der an diesem Stichtag existierenden psychotherapeutischen Praxen in Berlin ist bis heute als Bedarfsgrundlage festgelegt.

In der rechnerischen Bedarfsplanung geht man demnach davon aus, dass ein ambulanter Psychotherapeut mit vollem Versorgungsauftrag – also einem ganzen Kassensitz – 3.163 Einwohner*innen versorgen kann. Dabei wurden jedoch keine Daten zum tatsächlichen Bedarf erhoben, und die Zahl wurde in den letzten 27 Jahren nicht angepasst, obwohl die Nachfrage an Psychotherapie seitdem deutlich gestiegen ist.

Das liege einerseits daran, dass die psychotherapeutische Behandlung entstigmatisiert worden sei, sagt Marc Stephan. Zum anderen seien auch die Auswirkungen der Pandemie immer noch zu spüren, gerade im Kinder- und Jugendbereich. Auch allgemein haben psychische Störungen zugenommen: Laut Statista hat sich die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Erkrankungen seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt.

Auf Benjamin Becker wirkt die Aussage, es gebe in Berlin ein Über-

angebot an Psychotherapieplätzen, fast schon zynisch. Auch auf seinen jetzigen Platz hat er nach der ersten Kontaktaufnahme fast sechs Monate warten müssen. Überversorgung sieht anders aus.

Als wäre das noch nicht genug, wird die Suche nach einem Psychotherapieplatz aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren noch schwieriger werden – dank dem

„An der Psychotherapie zu sparen, finde ich persönlich kurzsichtig“

Marc Stephan,
Psychologischer Psychotherapeut

Gesetz zur „Beitragssatzstabilisierung“ der gesetzlichen Krankenkassen, das am 10. Juli vom Bundestag verabschiedet wurde. Neben vorgesehenen Honorarkürzungen für Psychotherapeut*innen soll auch eine Beschränkung hinzukommen, wie viele Patient*innen ein Psychotherapeut behandeln darf – die sogenannte Budgetierung.

Die gab es schon einmal und sah vor, dass mit einem ganzen Kassensitz 36 Sitzungen pro Woche angeboten werden konnten, bei einem halben Kassensitz 18. 2013 wurde die Budgetierung explizit für Psychotherapie aufgehoben, als spürbar wurde, dass die vorhandenen

Plätze nicht ausreichen. In der Realität bedeutete das, dass viele Psychotherapeut*innen mit einem halben Kassensitz mehr Patient*innen behandelten. „In meinem bekannten Psychotherapeut*innenkreis arbeiten alle, die einen halben Versorgungsauftrag haben, mindestens so um die 25 Sitzungen pro Woche“, sagt Stephan.

Nach der Budgetierung wird diese Zahl deutlich sinken: „Wenn ich auf meinem halben Kassensitz aktuell 25 Patient*innen sehe, werden es ab der Budgetierung plötzlich nur noch 18 sein, also sieben Patient*innen, die ich nicht weiter behandeln kann“, so Stephan. In Berlin haben laut Bundesverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) etwa zwei Drittel aller Psychotherapeut*innen einen halben Kassensitz. Wie viele Menschen dann auf Hilfe verzichten müssen, kann man sich ausrechnen.

„An der Psychotherapie zu sparen, finde ich persönlich kurzsichtig“, meint Stephan. Auch im Hinblick darauf, dass bei psychischen Störungen die längsten Arbeitsausfälle zu erwarten sind, sei das keine gute Idee. Die aktuelle Krankenstandsanalyse des IGES Instituts hat im Auftrag der DAK-Gesundheit die Daten von 2,2 Millionen DAK-Versicherten ausgewertet. Psychische Erkrankungen waren im ersten Halbjahr 2026 der häufigste Grund für Krankschreibungen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zahlen um neun Prozent.

Durch die Budgetierung könnte es künftig zu mehr Krankschrei-

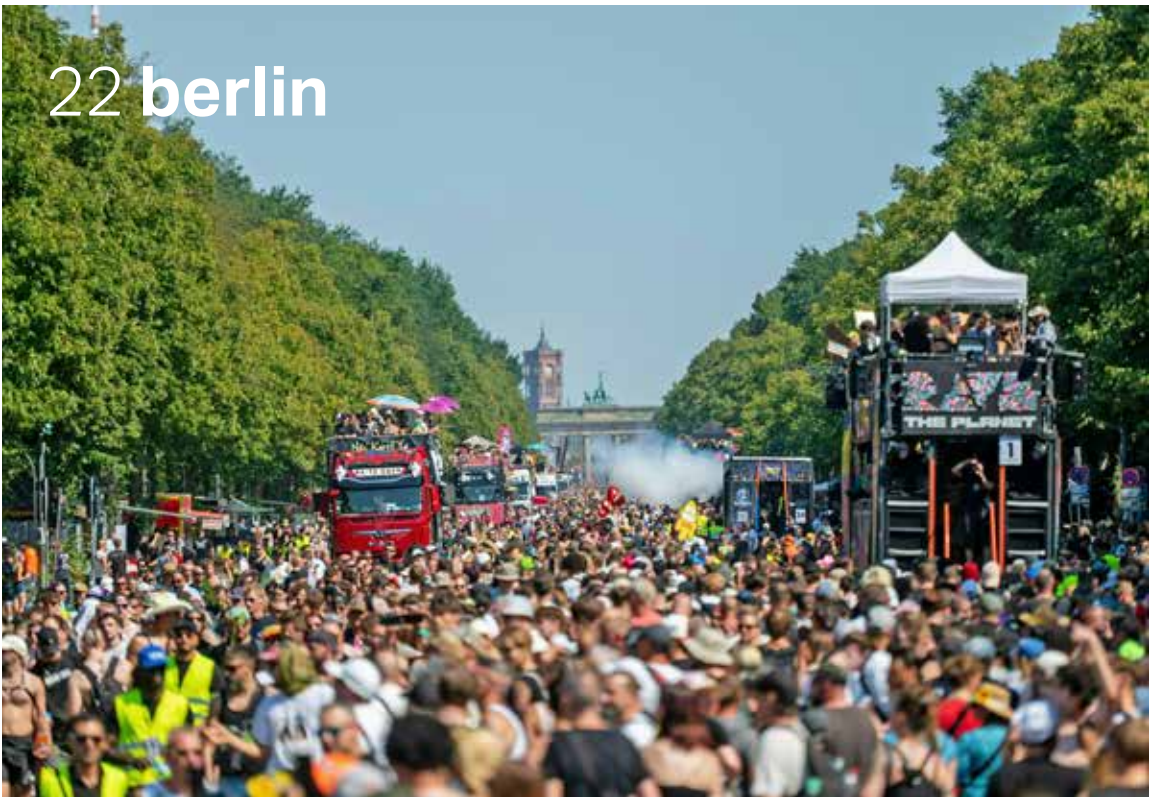
bungen kommen, meint Eva Schweitzer-Köhn. Die Psychologische Psychotherapeutin mit tiefenpsychologischem Schwerpunkt ist Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Berlin. Auch mehr Frühverrentungen seien denkbar: „Leiden können sich chronifizieren, wenn sie nicht behandelt werden.“ Ein Anstieg an stationären Aufnahmen sei ebenfalls zu erwarten.

Wirtschaftlich gewonnen ist dadurch also nichts: „Für vier Wochen stationären Klinikaufenthalt kann man schon ein bis zwei Jahre ambulante Psychotherapie finanzieren“, rechnet Marc Stephan vor.

Bei einer Untersuchung der Techniker Krankenkasse (TK) kam heraus, dass jeder Euro, der in Psychotherapie investiert wurde, innerhalb eines Jahres zu einer gesamtgesellschaftlichen Einsparung von zwei bis vier Euro führt. Das „Qualitätsmonitoring in der ambulanten Psychotherapie“ war ein Modellprojekt, das von 2005 bis 2009 durchgeführt wurde. Knapp 400 Psychotherapeut*innen und 1.708 Patient*innen nahmen bundesweit daran teil.

Bisher hat Marc Stephan keine Patient*innen abgelehnt – noch nicht. „Wenn jetzt Patient*innen aufhören, werde ich die Plätze wahrscheinlich erst mal nicht nachbesetzen“, sagt er. Auch Eva Schweitzer-Köhn weiß noch nicht, wie es weitergehen soll. „Ich habe eine Angestellte, die muss vernünftig bezahlt werden.“ Gemeinsam behandeln sie aktuell 25 bis 28 Patient*innen pro Woche.

*Name geändert



Nach dem Anschlag am Rande des CSD ist es die erste Großveranstaltung dieser Art in Berlin Foto: Christophe Gateau/dpa

„Wenn man keine Kultur hat, was bleibt dann vom Mensch?“

Zum fünften Mal tanzen Menschen auf der Techno-Parade Rave the Planet für Frieden und Zusammenhalt. Im Angesicht des CSD-Anschlags erst recht

Von Laura Mies

Es ist kurz vor 14 Uhr, die Menschenmenge an der Siegessäule vor den mit Musikanlagen vollbepackten LKW wird immer größer. Plötzlich verstummen die Leute. Nur das laute Rattern eines Stromgenerators ist noch zu hören. Nicht weit von hier fuhr vor drei Wochen ein islamistischer Attentäter mit einem Auto auf dem Berliner CSD in eine Menschenmenge.

Der Opfer und Angehörigen wird heute auf der Demo „Rave the Planet“ mit einer Schweigeminute gedacht. Ein älterer Herr greift tröstend um die Schulter seines Nebenmanns und wischt sich eine Träne unter der verspiegelten Sonnenbrille weg. Dass heute wieder so viele Menschen auf einer Demo in Berlin zusammenkom-

men, ist keine Selbstverständlichkeit – oder aus Sicht der Technoliebhaber*innen eben gerade das.

Zum fünften Mal findet die Techno-Parade „Rave the Planet“ statt. Es ist die Nachfolgeveranstaltung der berühmten Loveparade, die DJ Dr. Motte, eine der prägendsten Personen der Berliner Techno- und Clubkultur, mitgegründet hat.

Mit seiner markanten schwarzen Brille ist er auf dem ersten Wagen des Demozugs schnell zu erkennen. Auch die heutige Parade hat er gegründet, bei seiner Begrüßung braucht er nicht viele Worte, um deutlich zu machen, worum es heute gehen soll. „Wir sind alle Teil einer Familie auf diesem wunderschönen Planeten. Unsere Vision ist der Weltfrieden“, sagt er, bevor er die Besucher*innen zu der Schweigeminute aufruft.

Was auf der Loveparade 1989 unter dem Motto „Friede, Freude, Eierkuchen“ begann, wird heute bei Rave the Planet mit dem Slogan „Imagine Love“ weitergeführt. Tanzen für den Zusammenhalt, zu teils ohrenbetäubenden elektronischen Beats, die die Menschen vereinen.

„Imagine Love ist nicht nur ein Motto, sondern eine Entscheidung, die wir jeden Tag neu treffen“, sagt Anna-Maria Seifert, die nächste Rednerin und Leiterin des Karnevals der Kulturen. Der ältere Herr sieht konzentriert zu ihr auf den LKW hinauf. Er lauscht ihren Worten gebannt, sein Besuch hat heute wohl auch mit einer Haltung zu tun, die ihm kein Anschlag nehmen kann. Sein Arm, den ein Pride-Armband schmückt, liegt noch immer stützend auf der Schulter seines Nebenmanns.

Ellen Dosch-Roeingh, Projektleiterin von Rave The Planet, schließt mit ihren Worten die Kundgebung zu Beginn der Parade. „Wir wählen Begegnung statt Abgrenzung!“, skandiert sie lautstark. „Da wird zum ersten Mal tosender Jubel laut, viele in Netzstrumpfhosen und mit Bierdosen oder Demo-Schildern in der Hand stimmen ein.“

Dann lässt der Bass die heiße Luft vibrieren, Dr. Motte spielt seinen Track „Imagine Love“, die Hymne der heutigen Parade. Auf den Gesichtern der Besucher*innen breitet sich seliges Lächeln aus. Die Energie, die mit dem Technotrack durch den Körper bitzelt und prompt die Endorphine strömen lässt, wird die Feiernden noch bis tief in die Nacht begleiten.

Obwohl es sich formal um eine Demo handelt, die sich für den Erhalt der Kulturszene einsetzt, spielt Politik augenscheinlich für die meisten Tanzenden nur eine Nebenrolle. Im Schatten, ein paar Meter neben der Siegessäule, steht eine Gruppe Männer. Extra aus Thüringen sind sie angereist, um heute trotz 33 Grad und praller Sonne auf der Demo mitzulaufen.

„Ich bin meine gesamte Jugend schon zu dieser Demo gepilgert“, sagt Daniel, der seine Augen mit einer dunklen Sportsonnenbrille schützt. Seit 1989 habe er keine Veranstaltung verpasst, sich jedes Jahr in den Sonderzug Richtung Hauptstadt gesetzt, um mit Menschen aus aller Welt dieses besonderen Gefühl zu erleben, sagt er.

„Als das angefangen hat mit der Loveparade hat das ein ziemliches Statement gesetzt. Berlin stand da, hat diese Parade veranstaltet und den Spirit in die Welt hinausgetragen. Die Musik hat was bewegt, die Leute zusammengebracht“, sagt der 44-jährige, an dessen Rucksack ein Bund Luftballons gebunden ist, der bei jeder Bewegung tanzt.

Den Anschlag auf den CSD habe er heute natürlich im Hinterkopf, sagt er. Doch das müsse man verdrängen, den Kopf ausmachen, weil sonst die Freude verfliegen würde. Außerdem fühle er sich sicher, gerade durch das verstärkte Sicherheitskonzept und die vielen Polizeiwagen, die die Zufahrtswege konsequent blockieren.

Ihm gegenüber steht eine zufällige Bekanntschaft, Damian, der auch aus Thüringen angereist ist. Für ihn ist es das erste Mal auf einer Technoparade,

erzählt er, während ein Track von Sven Väth die Leute in Stimmung bringt. Eine Technoparty in diesem Ausmaß kenne er nicht. „Ich komme eher aus dem ländlichen Raum. Corona hat da viel kaputtgemacht in unserer Clubkultur“, erzählt der 24-Jährige.

Dass die Demo heute auch für deren Erhalt aufmerksam machen soll, sei ihm gar nicht bewusst gewesen. Umso besser: Feiern, Tanzen, Spaß haben; das sei schließlich alles systemrelevant. „Wenn man keine Kultur hat, was bleibt dann vom Mensch?“

Im Hintergrund hallt blechern eine Durchsage der Polizei. „Wir werden in 20 Sekunden den Wasserwerfer einsetzen. Alle, die nicht abgekühlt werden wollen, gehen bitte ein Stück zur Seite.“ Kurz darauf treten triefend nasse Menschen in den Schatten an der Seite der Demo, froh über die kurze Kühlung durch den Sprühnebel.

Im Schrittempo ziehen LKW mit tanzenden Menschen um die Siegessäule herum, bis zum Brandenburger Tor fahren sie, bevor sie wieder zum goldenen Wahrzeichen zurückfahren. Ein Vater läuft mit seinen zwei Söhnen nebenher. Sie alle tragen ein lila T-Shirt, mit weißer Rückenaufschrift: „First Rave 1995“, steht die Schultern des Vaters, die Jahreszahlen „2023“ und „2025“ die seiner Söhne.

Überhaupt ist beachtlich, wie viele Generationen hier aufeinandertreffen, um zusammen zu feiern. Das fällt auch Sitha auf, die mit ihrem Mann Thomas aus Osnabrück angereist ist. Für die Demo haben sie sich rausgeputzt, zwei neongelbe Kunsthaarsträhnen hat sie sich in ihre Zöpfe geknotet, über Thomas schwarzem Netzoberteil hängt eine Kette mit Peace-Zeichen. „Techno hat einen ziemlichen Wandel durchlebt, es gab eine Zeit, in der ich im Club komisch angeschaut wurde. Jetzt feiern Jugendliche und Ältere wieder zusammen“, sagt die 50-Jährige.

Auch sie ist seit Beginn der Loveparade dabei. Das Lebensgefühl, das man dabei spüre, sei unvergleichlich. „Die ganze Welt kommt hier zusammen. Alle sind für alle da“, sagt sie und deutet auf die Gänsehaut, die sie beim Erzählen bekommt. Auch der Anschlag vor drei Wochen könne das nicht trüben: „Es gibt immer Menschen, die andere Menschen hassen. Wir setzen heute ein Zeichen dagegen.“

„Für die gesamte Stadt beschämend“

Nach der Absage der „Volksbad“-Veranstaltung für Schwarze Menschen wegen rechter Hetze betonen die Berliner Spitzenkandidaten die Bedeutung sicherer Orte

Von Claudius Prüßer

Nach der Absage der Veranstaltung des Vereins Each One Teach One (EOTO) im „Volksbad“ an der Berliner Volksbühne gibt es heftige Kritik an der Kampagne rechter PolitikerInnen und Medien gegen die OrganisatorInnen.

Dass die Veranstaltung für Schwarze Kinder, Jugendliche und Familien aus Sicherheitsgründen abgesagt werden musste, sei ein „Skandal“, sagte Werner Graf, Spitzenkandidat der Grünen für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September. „Das ist für unsere gesamte Stadt beschämend

und das Gegenteil dessen, wo für Berlin als Stadt der Freiheit steht.“ Leider habe sich auch die in Berlin regierende CDU, „dafür entschieden, bei diesem rechten Kulturkampf auf dem Rücken schwarzer Berlinerinnen und Berliner, die auch in ihrem Alltag starken Anfeindungen ausgesetzt sind, mitzuwirken“, so Graf.

Am Donnerstag hatten die Volksbühne und EOTO mitgeteilt, dass die für Freitag geplante Nutzung des temporären Schwimmbads vor dem Theater nach Drohungen und rassistischer Hetze abgesagt wird. „Der Schutz unserer Gäste, Partner und Mitarbeiter*innen hat für uns oberste Priorität“, so Intendant Matthias Lilienthal. „Wir solidarisieren uns – heute und an jedem Tag – mit allen, die Rassismus und rechten Feindbildmarkierungen ausgesetzt sind.“

Dass die Einladung an EOTO, an einem Nachmittag ein Ferienprogramm für Schwarze Kinder und Jugendliche anzubieten, eine Welle von Anti-Schwarzem Rassismus auslösen würde, habe man, so Lilienthal, „unterschätzt“. Dem RBB gegenüber sagte er, er übe keine Selbstkritik in Bezug auf die Idee, aber: „Ob wir es besser hätten kommunizieren können, darüber denken wir sehr nach.“

EOTO verwies auf rassistische Droh-E-Mails und diskriminierende Kommentare in den sozialen Medien. „Wir können daher nicht ausschließen, dass die Kinder und Jugendlichen an dem Tag weiteren Gefahren ausgesetzt wären“, so der Verein.

Die exponierte Lage des Schwimbeckens lasse zudem befürchten, dass „die Wahrung von Persönlichkeitsrechten, der Schutz vor potenziellen diskriminierenden und diffamierenden Äußerungen gegenüber einzelnen Personen sowie eine schadhlose An- und Abreise nicht garantiert“ werden könnten. SPD-Spitzenmann Steffen Krach äußerte sich auch. Die *Bild* hatte ihn zitiert, man könne „über die Entscheidung der Volksbad-Organisatoren streiten, aber nicht auf dem Rücken von People of Color“. Auf Nachfrage betonte er, er kritisiere eine exklusive Nutzung des Bads durch Schwarze Menschen für einen Nachmittag keinesfalls.

„Für einen weißen 47-jährigen Hetero-Mann wie mich ist Berlin so gut wie immer und überall ein Safe Space, aber für People of Color eben nicht“, sagte Krach, „und solange wir das als Stadt nicht hinbekommen, ist es unsere Pflicht, sie vor Rassismus und Hass zu schützen.“ Tahir Della vom Vorstand der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) sagte der taz, die Härte und Intensität der

Kampagne gegen die Veranstaltung sowie die inhaltliche Verlinkung mit Apartheid und „Rassentrennung“ habe auch ihn als langjährigen Aktivist überrascht. Nicht wirklich gewundert hätten ihn die Auslassungen von AfD-Chefin Alice Weidel – dass CDU-PolitikerInnen ins selbe Horn stießen, aber schon. „Wir sind der Auffassung, dass die Mehrheitsgesellschaft und

„Die Mehrheitsgesellschaft muss sich hier stärker positionieren“

Tahir Della, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)

die Medien sich hier stärker positionieren müssen“, sagte Della, „da braucht es mehr Stimmen, und nicht nur von Betroffenen.“

Das findet auch Linken-Kandidatin Elif Eralp: „Rechtsextremismus und Rassismus die Stirn zu bieten und sich als Politik klar hinter die Menschen und hinter solche Orte zu stellen, ist jetzt dringend notwendig.“ Die CDU habe mit ihrer Kritik aber noch Wasser auf die Mühlen der Rechten gekippt.

Die Pankower CDU-Bezirkspolitikerin Aileen Weibeler, die

in einem viel geklickten Instagram-Post am Mittwoch ein „super seltsames diskriminierendes Gefühl“ beklagt hatte, weil sie am Freitag nicht ins „Volksbad“ dürfe, ruderte am Donnerstag mit einem weiteren Post ein wenig zurück (oder auch nicht): „Rassismus existiert, und deshalb brauchen wir Schutzräume“, schrieb Weibeler. Sie wolle aber nicht, dass „öffentlich finanzierter Raum nach Sexualität, Hautfarbe, Herkunft oder Religion unterscheidet“.

In den Reaktionen sehe sie, „wie schiefe die Debatte läuft: Die einen geben rassistischen Unsinn von sich, und die anderen sagen, ich dürfe mich gar nicht äußern, weil ich weiß bin“, beklagte sich Weibeler.

Dass die temporäre Öffnung des Bades nur für Schwarze Personen rein formal einen Verstoß gegen das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz bedeute, hat die Leiterin der Ombudsstelle, Doris Liebscher, bereits verneint.

Die Volksbühne zitierte Liebscher mit der Aussage, dass laut dem Gesetz „eine unterschiedliche Behandlung zulässig“ sei, „wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile strukturell benachteiligter Personen verhindert oder ausgeglichen werden sollen“.

Anzeige

**FÜR MITTE DA.
FÜR MORGEN BEREIT.**

Stefanie Remlinger
Ihre Bürgermeisterin für Mitte

Politische Werbung zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte am 20.09.2026 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Berlin und seinen Untergliederungen. V.i.S.d.P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin-Mitte, Stefanie Remlinger, Tegeler Straße 31, 13353 Berlin

Unterwegs in den Ruinen des Kapitals

In Berlins ungleichstem Bezirk trifft Leerstand auf Obdachlosigkeit. Warum ist es so schwer, dagegen vorzugehen?

Von **Jonas Wahmkow** (Text) und **Anna Tiessen** (Fotos)

Martha Kleedörfer steht in einem etwas heruntergekommen Treppenhaus eines Mehrfamilienhauses in Hochstädter Straße im Ortsteil Wedding des Bezirks Mitte. Von den Wohnungstüren aus Holz, wie sie in Berliner Altbauten typisch sind, blättert der Lack. Auf keinem der Klingelschilder steht ein Name. „Guck mal durch“, sagt Kleedörfer und deutet auf den Schwungvoll verzierten Briefkastenschlitz der Tür. Nur eine Leiter ist zu erkennen, ansonsten ist die Wohnung komplett leer. „Ich bin zu einer richtigen Detektivin geworden, was Leerstand angeht“, lacht Kleedörfer.

Die 27-Jährige kandidiert für die Abgeordnetenhauswahlen für den Wahlkreis Gesundbrunnen in Wedding. Seit 5 Jahren macht Kleedörfer Bezirkspolitik, sitzt als wohnungspolitische Sprecherin im Bezirksparlament und ist Vorsitzende des Kreisverbands der Linken. Leerstand ist ein Thema, dass Kleedörfer nicht nur durch ihre politische Karriere begleitet, sondern an dem sich auch viele der Gegensätze und Brüche zeigen, die den Bezirk prägen.

Während im namensgebenden Ortsteil Mitte Regierungsgebäude, Shoppingmalls und Touristenattraktionen aneinanderreihen, gelten die Ortsteile Gesundbrunnen und Wedding als soziale Brennpunkte. An Hotspots wie dem Leopoldplatz und im Hansaviertel kämpfen Menschen mit Obdachlosigkeit und Drogensucht, während nebenan tausende Quadratmeter Bürofläche und hunderte Wohnungen leer stehen.

Auch die Hochstädter Straße ist Teil eines Quartiers mit einem „sehr niedrigen Sozialstatus“. Laut Daten des Monitorings für soziale Stadtentwicklung lebten 2024 hier fast ein Viertel der Menschen von Transferleistungen, fast 60 Prozent der Kinder im Quartier von Kinderarmut.

Die Wohnungen in dem Altbau mit der grauen Fassade sind vergleichsweise günstig. Noch. Zurzeit bezahlen die Mieter 600 bis 700 Euro warm für eine Zweiraumwohnung, berichtet eine Bewohnerin des Hauses. Doch immer mehr Wohnungen stehen über Monate hinweg leer. „Wenn Nachbarn ausziehen, kommen keine nach“, berichtet eine Mieterin, die lieber anonym bleiben will.

2021 wandelte der Eigentümer, eine luxemburgische Briefkastenfirma, die Mietwohnungen in Eigentum um. Da die Hochstädter Straße in einem Milieuschutzgebiet liegt, ist der Eigentümer verpflichtet, die Wohnungen sieben Jahre lang nur an die Bewohner:innen zu verkaufen. Die Frist läuft in der

taz-Serie: Berliner Bezirke vor der Wahl

Wenn am 20. September das Berliner Abgeordnetenhaus neu gewählt wird, können die Wähler:innen auch gleich ihr Kreuzchen für das Bezirksparlament machen, offiziell: Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Die Bezirke sind zwar keine eigenständigen Kommunen, nehmen aber wichtige Aufgaben der Verwaltung wahr, etwa bei Schulen und in Grünflächen, in den Bürgerämtern und bei der Jugendarbeit. Und obwohl sie immer zu wenig Geld haben, treffen die Bezirksämter bisweilen wichtige politische Entscheidungen – zum Beispiel über Milieuschutzgebiete, Bebauungspläne oder Radwege.

Ortstermin: Was ist los in den 12 Großstädten, aus denen Berlin besteht? Was bewegt die Bürger:innen, wo drückt der Schuh, was steht auf dem Spiel? Bis zur Wahl unternimmt die taz jede Woche Montag einen Ortstermin. Alle Teile der Serie finden sie hier auf taz.de versammelt.

Hochstädter Straße 2028 ab; dann können die Wohnungen auch an andere Interessenten verkauft werden.

Doch für potenzielle Käufer sind die bestehenden Mietverträge ein Problem. Die günstigen Mieten sind weiterhin gültig. Eine leere Wohnung hingegen ist viel mehr wert. Wird sie kernsaniert, kann der neue Eigentümer ein Vielfaches der Miete verlangen.

Die Mieterin vermutet, dass genau das der Plan des Eigentümers ist: Leerziehen, sanieren, verkaufen. Gängige Praxis auf dem Berliner Wohnungsmarkt, aber eigentlich verboten. Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz untersagt es, eine Wohnung länger als drei Monate ohne Genehmigung leerstehen zu lassen. „Alle drei Monate informiere ich den Bezirk über den Leerstand hier“, sagt die Mieterin. Doch passiert ist bisher nichts.

Für Kleedörfer ist das Haus in der Hochstädter Straße kein Einzelfall. „Im Wedding haben wir noch mal einen krasseren Druck.“ Niedrige Bestandsmieten bedeuteten hohes Steigerungspotenzial; Eigentümer würden gezielt damit um Investoren werben.

Auch im Haustürwahlkampf trifft Kleedörfer oft auf zweckentfremdete Wohnungen. Nicht durch Leerstand, sondern durch illegale Vermietung von Ferienwohnungen. „Oft machen Leute auf und sagen, sie sind Touristen.“

Wie viele Wohnungen in Mitte leer stehen, ist unbekannt. Der Bezirk gibt



Porträt von Martha Kleedörfer – Bezirksverordnete Mitte – Die Linke

auf taz Anfrage an, dass in 470 Wohnungen Leerstand genehmigt ist, in weiteren 895 Fällen wurden Verfahren zur Zweckentfremdung eingeleitet. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Berlinweit stehen laut Daten des aktuellen Zensus 2022 in Berlin 40.500 Wohnungen leer.

Diese Zahl ist besonders bemerkenswert angesichts der zunehmenden Obdachlosigkeit, die auch den Bezirk Mitte prägt. Ein paar hundert Meter entfernt von der Hochstädter Straße liegt der Leopoldplatz. In den letzten Jahren etablierte sich der ausladende Platz vor der Nazarethkirche als Hotspot der Crack-Szene.

An einem Donnerstagnachmittag im August bauen hier gerade Händler:innen auf dem Wochenmarkt ihre Stände ab. Anwohner:innen sitzen in Grüppchen auf den hölzernen Stadtmöbeln und trinken Bier. Ein schwankender Mann mit zerrissener Hose und einer mit Pfandflaschen gefüllten Einkaufstasche rotzt auf den Boden und fängt an zu brüllen, es scheint niemanden zu stören.

„Wir haben es hier mit harter Krankheit, harter Drogensucht und harter Realität zu tun“, sagt ein älterer Anwohner, der auch in der lokalen Nachbarschaftsinitiative engagiert ist. Mittlerweile hätten sich viele mit den Zuständen arrangiert, aber ideal sei die aktuelle Situation natürlich nicht.

Die im Juni veröffentlichte Crack-Studie der Berliner Charité zeigt Fast 40 Prozent der Konsument:innen sind obdachlos. Bei den meisten kommen noch psychische Erkrankungen dazu. Obdachlosigkeit sei „eine zentrale Determinante für Konsumintensität und gesundheitliche Risiken“, daher empfehlen die Autor:innen „konsumakzeptierende Tagesruheplätze und Nachtschlafangebote“, sowie „Housing-First-Ansätze“. Housing-First bezeichnet das Konzept, bei dem Wohnungslose unabhängig davon, ob sie clean sind, in eine bleibende Wohnung vermittelt werden und dort sozialarbeiterische und medizinische Betreuung erhalten.

Ein geeigneter Ort für solche Angebote findet sich auch am Leopold-

Teil 8: Mitte

Der Bezirk: Mitte ist mit 397.000 Einwohnenden hinter Pankow der Zweitbevölkerungsreichste Bezirk. Er entstand 2001 aus der Fusion der Bezirke Wedding, Pankow und Mitte. In keinem anderen Berliner Bezirk sind die Einkommen so ungleich verteilt wie in Mitte. 24 Prozent der Bevölkerung galten 2024 als armutsgefährdet; über 28 Prozent verfügen über ein Nettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr im Monat.

Die Bezirksbürgermeisterin: Weder Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne) noch der Baustadtrat Ephraim Gothe sind als Investorenschreck bekannt. Ihr Vorgänger Stephan von Dassel, wie Remlinger dem konservativeren Realo-Flügel zugehörig, war dafür bekannt, eine besonders harte Linie gegenüber Obdachlosen zu fahren. 2022 trat von Dassel nach einem Skandal um die Vergabe von Posten zurück.

Das Bezirksparlament: Die Grünen sind mit 16 Sitzen die stärkste Kraft, dahinter die CDU mit 12 Sitzen. Die SPD kommt auf 10 Sitze und die Linken auf 7. Die FDP kommt immerhin auf 3 Sitze, die AfD noch auf 2.

platz. Seit 2023 steht ein Großteil der Geschäftsflächen der ehemaligen Galeria-Filiale leer. Nur ein Lidl-Supermarkt im Erdgeschoss hat noch offen. Eine Zwischennutzung, zum Beispiel für soziale Hilfsangebote für suchtkranke Menschen, lehnte der Eigentümer, die Versicherungskammer Bayern, ab. Stattdessen machen Gerüchte die Runde, dass die Bundeswehr ein Musterungszentrum in dem alten Karstadt errichten will, wie ein Bericht der Berliner Zeitung nahelegt.

Der Leerstand bei Gewerbeimmobilien ist ohnehin noch viel gravierender als bei Wohngebäuden. Im Gegensatz zum Wohnungsmarkt sind Gewerbeflächen kaum reguliert, Leerstand ist hier nicht strafbar. Bis zur Corona-Krise waren Einzelhandel- und Büroflächen das Mittel der Wahl, um maximale Verwertung aus den Immobilien herauszuholen. Immerhin unterliegt die Miete einer Gewerbefläche keiner Maximalgrenze.

Doch der Hype sorgte für ein Überangebot, dass besonders im Ortsteil Mitte deutlich wird. Große Teile der als Luxus-Shoppingmeile vermarkteten Friedrichstraße stehen leer. Selbst die Mall of Berlin, das zweitgrößte Einkaufszentrum der Hauptstadt, hat mit Leerstand zu kämpfen. Die oberste Etage steht fast komplett leer, die Ladenfronten sind mit bunten Aufkleber und KI-generierten Motiven verziert. „Something beautiful is coming“, steht auf einem laden, der mal ein Sportcheck war.

Eine weitere Ruine des Kapitals lässt sich ein hundert Kilometer weiter in der Oranienstraße besichtigen. In den Überbleibseln eines ehemaligen Kaufhauses errichtet Besetzer:innen nach der Wende das Kunsthaus Tacheles. Der legendäre Ort stand exemplarisch für das Nachwendegedächtnis Berlins, das bis heute vom Stadtmarketing ausgeschlachtet wird. Auch das Tacheles musste Investorenträumen weichen. Auf dem Areal wurden unter anderem Luxuswohnungen errichtet. Ein nicht unwesentlicher Teil steht davon leer, sodass das Bezirksamt im November vergangenen Jahres ein Prüfverfahren eingeleitet hat.

Stadtentwicklungspolitik sei das Thema, das Kleedörfer in die Politik gebracht habe, sagt sie, während sie die Treppen des Altbaus hinuntergeht. Seit 2017 wohnt sie in Gesundbrunnen, kennt die Beschwerlichkeiten der Wohnungssuche aus eigener Erfahrung. Damals war sie vor allem bei der Kampagne Deutsche Wohnen Enteignen aktiv.

Im Bezirksparlament gäbe es immerhin die Möglichkeit, selbst politisch wirksam zu werden, sagt Kleedörfer. „Aber es ist sehr frustrierend, weil die Bezirkspolitik wenig Möglichkeiten hat, Sachen zu ändern.“ Und selbst die Möglichkeiten, die das Bezirksamt hat, nutzt es selten.

Laut einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hat der Bezirk Mitte seit 2017 lediglich 2.132.014 Euro Bußgelder für illegalen Leerstand verhängt. Dazu kommt, dass davon lediglich knapp 170.000 Euro auch eingetrieben wurden.

Eine Sprecherin des Bezirksamts gibt auf eine taz-Anfrage an, dass die Prüfung von Leerstandsfällen sehr aufwendig seien. „Gegnerischen Parteien wehren sich in überwiegender Zahl juristisch gegen unsere Anordnungen und Bußgelder.“ Die Gerichtsverfahren würden nicht selten mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

„Man bräuchte eine Gesetzeslage, die sagt, jetzt Butter bei die Fische“, kritisiert Kleedörfer. Neben schärferen Gesetzen mangle es aber auch am politischen Willen im Bezirk. „Mitte bräuchte eine Zählgemeinsparlament, die das Thema nach ganz oben auf die Tagesordnung setzt“.

Doch von der Bezirkspolitik will Kleedörfer nach fünf Jahren Abschied nehmen und hofft auf einen Einzug ins Abgeordnetenhaus. Seit über einem Jahr ist sie Mutter, die Arbeit in einem Feierabendparlament, wo Sitzungen schon mal einige Stunden gehen, kaum möglich. „Bezirkspolitik wurde in den 50er Jahren für Männer gemacht“, sagt Kleedörfer. Mit Sorgerechtsverpflichtungen und Lohnarbeit sei das nur schwer vereinbar. Das Thema Leerstand wird sie aber sicher auch noch im Abgeordnetenhaus begleiten.



Die Leerstandsimmoblie in der Hochstädter Straße



„Tag der Deutschen Jugend“ in Schwerin:
Miriam Alexandra Tański (rechts) neben einem Ordner mit Pfeilrad-T-Shirt, einem Erkennungszeichen der extrem rechten Szene
Foto: Mieke Wolke

Nazi-Influencerin geht, der Hass bleibt

Die extrem Rechte Miriam Alexandra Tański, die sich selbst „Miss Germany 1933“ und „Teenage-Nazi“ nennt, tritt nach einem taz-Bericht aus der Oldenburger AfD aus. Gehetzt wird im Kreisverband aber weiterhin

Von **Aljoscha Hoepfner** und **Mieke Wolke**

Am vergangenen Montag berichtete die taz darüber, dass die beiden Oldenburger AfD-Stadtratskandidaten Miriam Alexandra Tański und Felix Wolf rassistische und antisemitische Äußerungen im Internet verbreitet hatten. Nun ist zumindest die Influencerin Miriam Alexandra Tański der AfD in Oldenburg doch zu rechts. Auf Anfrage der taz erklärte Kreisverbandssprecher Andreas Paul (MdB): „Ein Gespräch mit Frau Tański ergab, dass die Inhalte, die sie auf Twitter vertrat, nicht vereinbar mit den Werten der AfD sind.“

Nach dem Gespräch habe Tański ihre Mitgliedschaft zum 11. August gekündigt. Allerdings stehen die Kandidat:innen für die Stadtratswahl bereits fest, weshalb Tański ungeachtet ihres Parteiaustritts auf Listenplatz 2 im Wahlbereich 6 für die AfD kandidieren wird. Kreisverbandssprecher Paul sagt dazu: „Auf ein mögliches Ratsmandat hat sie erklärt zu verzichten.“

Da Tański nicht aus der Partei ausgeschlossen wurde,

wäre ein Wiedereintritt theoretisch jederzeit möglich. Paul versichert, dass dies „ausgeschlossen“ sei. Weitere Ämter habe Tański in der Partei nicht ausgeübt. Darüber hinaus wollte Andreas Paul keine Fragen der taz beantworten.

„Auf ein mögliches Ratsmandat hat sie erklärt zu verzichten“

Andreas Paul, Kreisverbandssprecher AfD Oldenburg

Tański verbreitete am 9. Juni ein Foto, aufgenommen von der Besuchertribüne des Reichstagsgebäudes. Sie hielt einen Sticker mit einem sogenannten Pfeilrad direkt unter den Bundesadler, was offenbar an den Reichsadler der Nationalsozialisten erinnern sollte.

Das Rad, bestehend aus acht weißen AfD-Pfeilen auf schwarzem Grund, ist ein Erkennungszeichen der extrem rechten Szene. Auf einen Post,

der ein fünfarmiges Hakenkreuz mit „25% mehr Hass“ als neues Symbol vorschlug, antwortete Tański: „Wir haben schon das Pfeilrad. Mit 100% mehr Hass.“ Ob Tański auf Einladung von Paul den Bundestag besuchte, beantwortete der Abgeordnete auf dreifache Nachfrage nicht.

Nichts gewusst?

Angeblich habe der Kreisverband bis zur Anfrage der taz nichts von dem Internetauftritt von Tański gewusst. Das ist zumindest teilweise falsch. Felix Wolf kandidiert auf Listenplatz 1 im Wahlbereich 3 und pflegt sowohl auf X als auch persönlich enge Kontakte zu Tański. Dass Tańskis Äußerungen potenziell strafbar sind, ist ihm offenbar bewusst: „Wieder illegale Wörter gedacht?“, schrieb er ihr am 15. Juli. Dass Wolf wohl kein Problem mit Tańskis Aussagen hat, ist nicht verwunderlich.

In dem inzwischen gelöschten Podcast „Letz Hetz“ bezeichnete Wolf die Aussage Maximilian Krahs, dass nicht alle Mitglieder der SS Verbrecher seien, als „inhaltlich völlig korrekt“.

In einer anderen Folge fordert er eine „demographische Rückeroberung“ und „Germa-

nisierung“ der Bevölkerung. Personen, die nicht durch „Remigration“ ausgewiesen werden können, müssten „jemanden der Deutsch ist“ heiraten. So habe man irgendwann – nach mehreren Generationen – wieder „deutsche Kinder“.

Wenn dieser Plan in Verbindung mit „Remigration“ umgesetzt werde, könne es perspektivisch wieder eine „Ethnogenese“ geben. Das „Wesen“ der Deutschen werde laut Wolf wieder erkennbar sein. Andreas Paul ließ die Frage, ob Wolfs Forderung nach einer „Germanisierung“ der Bevölkerung mit den Werten der AfD vereinbar ist, unbeantwortet.

Zuletzt schrieb Wolf als Antwort auf einen Post, in dem Tomasz Froelich, EU-Abgeordneter der AfD, schrieb, die tausendfache Überquerung der spanischen Grenze in Ceuta sei ein „hybrider Angriff“, der unter anderem „israelischen Interessen diene“. „Eine Analyse, so präzise wie das Barrett M82.“ Dabei handelt es sich um ein Maschinengewehr.

Als Reaktion auf einen Post, „der Mossad“ habe den

Pianisten Igor Levit „als perfekten Wutkörper konstruiert“, macht Wolf sich über dessen Haare lustig. Levit ist Deutscher und regelmäßig Ziel antisemitischer Anfeindungen. Wolf ist der Meinung, dass es einen „Bevölkerungsaustausch“ gebe, der unter anderem von dem jüdischen Investor George Soros gesteuert werde.

Zum Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin schrieb Wolf, dass der Einsatz der Veranstaltung für Toleranz „vor allem tödlich sei“, und: „Unsere Art zu leben wird übrigens nicht vom CSD repräsentiert.“

Am 13. Juli schrieb er: „Bald riecht es in der Strasse nicht mehr nach Gewürzen“, wobei er auf einen Wahlsieg von Ulrich Siegmund in Sachsen-Anhalt anspielte. Warum fällt die rechtspopulistische Reform-Partei im Vereinigten Königreich in Umfragen zurück? „Könnte daran liegen, dass deren halbes Team aus Indern besteht“, so Wolf am 3. August.

Tański ist aus der Partei ausgetreten, yWolf bleibt offenbar weiter Mitglied. Inhaltlich hat sich der Kreisverband nur wenig verändert.



Aus dem „Elbschlosskeller“ weht der Geruch billiger Spirituosen. Drinnen wird der Geist mit vollen Händen ausgeschenkt
Foto: Jürgen Ritter/imago

Der Geist des Herrn Schmidt

Der Wirt des Elbschlosskellers unweit der Hamburger Reeperbahn ist eine prominente Medienfigur. Allerdings dient Daniel Schmidts im Fernsehen gefeierte Kneipe auch als Ort evangelikaler Verkündigung

Aus Hamburg **Nele Rebentisch**

Am Vorabend von Helene-Fischer Konzert und Schlagermove ist es kühl. Trotzdem tummeln sich in einer unscheinbaren Seitengasse der Hamburger Reeperbahn etwa dreißig Menschen und sitzen in kleinen Grüppchen auf Parkbänken und Fenstersimsen. Für die beiden Events sind sie aus ganz Deutschland angereist. Ein Paar trägt schwarze Elbschlosskeller-Hoodies, kein Outfit, das bei klassischen Kirchgängen zu erwarten wäre.

Für Daniel Schmidt ist die kleine Gruppe möglicherweise genau deshalb besonders interessant, in der viele schon ihre Handys gezückt haben, um den Promi-Wirt zu knipsen. Gerade rechtzeitig, denn jetzt geht er mit selbstbewusstem, lässigen Gang an ihnen vorbei. Die Unterarme, Beine, der Nacken und Kopf des recht kleinen, aber breitschultrigen Mannes sind komplett tätowiert.

Wer Dokus von Sat1, Sternoder Spiegel TV über Kiez, Obdachlosigkeit und das „wahre St. Pauli“ schaut, kennt ihn: Schmidt ist Wirt des Elbschlosskellers. Das ist die Kneipe, die dort als „härteste Absturzkneipe Deutschlands“ gefeatured wird. Mit sei-

ner Kieztour führt er die Gäste über die Hamburger Reeperbahn. Dabei erzählt er aus seinem Leben und dem der Menschen, die diesen Ort prägen.

Schmidt schar seine Gäste um sich, und sofort geht es los: „Der Elbschlosskeller ist eine Kneipe, in die jeder hereinkommt, dort sitzt der Obdachlose neben dem Millionär, die Hausfrau neben der Prostituierten, gelebte Toleranz.“ Dann setzt sich die Gruppe in Bewegung.

Einige Stopps und ein Stück Pizza später führt Schmidt seine Tour in die Beckers’s Passage. Dort erzählt er, welches Loch der Selbstmord seiner Schwester damals in seine Brust gerissen habe: Ein Loch, das er jahrelang mit Sex, Zuhälterei, Gewalt und Drogen versucht habe zu stoppen. Er habe sich im Sumpf des Kiezes, all dem Leid und Elend, dem Dreck und seiner Selbstsucht immer tiefer festgetreten.

Erst „der da oben“ habe vermocht, ihn aus der Umklammerung der Versuchung herauszulösen. Vom Dunkel ins Licht. Seitdem bestehe sein Leben aus Sport, Saft, Beten – „Beste“ sagt er mit einem sehr breiten Lachen, das wirkt, als wolle er der versammelten Mannschaft seine Zähne zeigen. Jeden Sonn-

tag gehe er seitdem nach Barmbek zur Predigt.

Seine Gemeinde in Barmbek-Süd ist eine von mittlerweile über hundert Freikirchen in Hamburg. Freikirchen bekommen im Gegensatz zu Volkskirchen keine Kirchensteuer und müssen sich auch nicht an das Kirchenrecht halten. Ihre Ausrichtung reicht von liberal bis fundamentalistisch.

Die Christus-Gemeinde Barmbek-Süd (CGBS) gehört zum Mülheimer Verband evangelischer Freikirchen. Er vereint das evangelikale Spektrum deutscher Freikirchen. Seiner Leitlinie für Gemeinden ist zum Beispiel zu entnehmen: „Besonders fördern wir die Ehe zwischen Mann und Frau.“ Die Bibel sei „als das Wort Gottes die verbindliche Grundlage für Glauben, Lehre und Leben“.

Der leitende Pastor der CGBS, Daniel Schnepel, hat am Martin Bucer Seminar in Hamburg seine Ausbildung zum freikirchlichen Pastor gemacht. Das weltweit agierende private Seminar, ist evangelikal, konservativ und bibeltreu und betreibt das Institut für Familien und Lebenswissenschaften. Das „forscht“ gegen Abtreibung und sammelt Nachteile anderer Familienformen als die der Kernfamilie.

Seine „freikirchliche Willenstaufe“ inszenierte Daniel Schmidt am 5. Dezember 2023 auf Instagram. Gehalten von zwei Männern, steht er in einem großen Taufbecken und wird unter ekstatischen Ausrufen des einen rücklings zu Wasser gelassen. Der tränenreiche Dritte im Becken ist ein Mann, der auch in der Politik auftaucht: Er hat 2024 den Hamburger Landesverband der Kleinstpartei „Bündnis C – Christen für Deutschland“ mitgegründet. Die setzt sich für Homeschooling ein. Das Reden vom Klimawandel kontert sie mit dem Hinweis darauf, dass „uns in der Bibel in Matthäus 24 vorausgesagt“ sei, „dass Katastrophen zunehmen.“ Und für ihre Mitglieder haben „Fragen zur Abtreibung“ und „zur Gender-Ideologie“ nach eigener Darstellung „besondere Bedeutung“.

Auf dem Kiez ist es mittlerweile dunkel. Und Schmidt lotst seine Tour durch kleine, von bunten Lichtern erhellte Gassen, zwischendrin immer wieder Leute, die ihn aufgeregt nach Fotos fragen. Beim Weg durch die

Davidsstraße schielt Schmidt in Richtung einiger an der Ecke stehender Frauen und warnt: „Wir betreten jetzt den Straßenstrich, lasst Euch nicht von den leichten Deerns ansprechen, eigentlich tun die aber nichts.“

Früher selbst Zuhälter, gehört Schmidt heute einer Gemeinde an, die sich aktiv gegen Sexarbeit positioniert. Auf der Website der CGBS heißt es: „In trostlosen Seitenstraßen stehen Frauen vieler Nationen, hauptsächlich aus dem osteuropäischen Raum, und verkaufen ihre Körper.“ Seit 2009 verteile ein Team regelmäßige Schokolade an die Frauen, auch Bibeln, um ihnen Mut zu machen und einen Weg zu Gott zu zeigen, schreibt die Kirche.

Die Gemeinde arbeitet außerdem mit der viel kritisierten „Mission Freedom“ zusammen. Mission Freedom ist der Meinung, Sexarbeit sei nie freiwillig und sie solle verboten werden. Sie betreibt in Hamburg das „Mission Freedom Home“, das Frauen aus der Prostitution helfen, und durch Beten und die Abkehr von weltlicher Musik von den Folgen ihrer Arbeit heilen soll, das zeigte zuletzt eine Spiegel-Recherche. Das Mission Freedom-Home Hamburg wird von der ehemaligen Gemeindeleitung der CGBS, Inga Gerckens geleitet.

Schmidts Freikirche ist nicht die einzige ihrer Art, die sich mit heiligem Eifer um die Menschen auf der Reeperbahn kümmert. Seit mehr als hundert Jahren missioniert die Heilsarmee auf dem Kiez, bietet Essen und Obdach. Kaum zu übersehen ihr oranges Leuchtschild mit der Aufschrift „Jesus lebt“. Und auch der Kiez-Pastor Frank Hoffmann predigt mit seiner mobilen Kiez-Kirche seit ein paar Jahren regelmäßig in Stripclubs und anderen Rotlichtläden. Auch er war zuvor Pastor einer Freikirche in Mölln.

Im nächtlichen Hamburg geht es jetzt von der Davidstraße weiter zur Meuterei, einer der insgesamt drei Bars von Daniel Schmidt auf dem Kiez. Die Tourgäste passen kaum in den kleinen Laden, einige gesellen sich zu den schnapsseligen Gästen auf die schummrige Tanzfläche und singen Schlager, während Schmidt und seine Crew hastig 30 Flaschenbiere in Plastikbecher umfüllen.

Ausgerechnet in diese kleine Kneipe hat Daniel Schmidt vor

einiger Zeit seine Freikirchen-Gemeinde geholt. Seitdem hält der Pastor der CGBS, Philip Quast, zwischen Zapfahn und Discokugel, sogenannte Alpha-Kurse ab. Alpha steht für den Anfang, die Pforte zum Glauben. Die Kurse sollen Ungläubigen und Kirchenskeptischen einen Weg zu Gott zeigen und sie, ganz in freikirchlicher Manier, missionieren. In lockerer Atmosphäre wird dann bei einem gemeinsamen kostenlosen Essen über Glaubensfragen sinniert, willkommen ist jede:r.

Alpha-Kurse sind wie eine Art Glaubens-Franchise, sie gibt es seit den 70er Jahren in Gemeinden auf der ganzen Welt.

Erst „der da oben“ habe vermocht, ihn aus der Umklammerung der Versuchung zu lösen, sagt Daniel Schmidt

In Deutschland finden sie nicht nur in mehreren Orten auf der Reeperbahn, in vielen freikirchlichen Gemeinden, sondern ausgerechnet auch in Gefängnissen statt. Skeptiker sehen Missionskurse wie Alpha gerade deshalb kritisch, weil sie häufig dort angeboten werden, wo Menschen in persönlichen Krisen besonders ansprechbar sind.

Alpha-Pastor Philip Quast stand erst im Mai mit dem englischen Prediger David Bennet auf der hochtechnisierten Bühne seiner Gemeinde in Barmbek-Süd und übersetzte seine Predigt ins Deutsche. Bennet bezeichnet sich selbst als ehemals verbohrt atheistischen Schwulenaktivisten, der in der Freikirche zu Gott gefunden habe und seitdem im Zölibat lebt. Er predigt, schwul sein, sei keine Sünde, schwuler Sex sei aber nicht mit Gottes Willen vereinbar. Homosexuellen Christen sei Gottes Gnade also nur gewährt, wenn sie enthaltsam lebten. Im Übrigen sei Gottes Liebe viel größer und erfüllender als weltliche Liebe.

Nächster Stopp auf der Kieztour sind die Vereinsräume von „Wer, wenn nicht wir“. Daniel

Schmidt erzählt, während der Corona-Pandemie wären Obdachlose und Randständige einfach vom Staat vergessen worden. Menschen, die er schon immer als Wirt des Elbschlosskellers unterstützt habe; durch Hilfe bei Behördengängen, ein offenes Ohr oder das Angebot, hinten im ehemaligen Flaschenlager des Elbschlosskellers zu nächtigen.

Er und ein Team aus Freiwilligen hätten den Elbschlosskeller während der Pandemie dann spontan zu einer Essens- und Kleiderausgabe gemacht. Daraus ist der Verein „Wer, wenn nicht wir“ geworden, der neben einer wöchentlichen Kleider- und Essensausgabe auch kostenfreie Haarschnitte und eine gemeinsame warme Mahlzeit anbietet. Vorsitzende des Vereins ist Annikka Möller. Auch sie findet man als Leitung einer Kinderfreizeit der CGBS und unter Instagram-Posts, die die Alpha-Kirche in der Meuterei bewerbten.

Schmidts wohlthätige Arbeit wird oft von Journalist:innen begleitet. Welche Ansichten seine Gemeinde vertritt, bleibt dabei im Dunkeln. „Er mag es, dass es im Vergleich zu vielen Landeskirchen hier sehr locker ist“, streicht der NDR-Beitrag „Im Auftrag Gottes auf St. Pauli“ heraus, welche Vorzüge die Gemeinde Barmbek-Süd aus Schmidts Sicht so hat.

In den 30 Fernsehminuten findet sich aber kein Hinweis darauf, dass Freikirchen besonders Krisenzeiten nutzen, um Menschen mit ihren einfachen Antworten zu helfen, die komplexe Realität zu bewältigen. Hinter ihrer zugänglichen Aufmachung und mithilfe von charismatischen Gallionsfiguren machen sie meist auch Homophobie, Frauenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten „schmackhaft“.

Nachdem sich die Tourgäste kurz in den Vereinsräumen umsehen dürfen, geht es weiter zum letzten Stopp im Elbschlosskeller. Auf dem Weg über den Hans-Albers-Platz zündet sich Schmidt eine Zigarette an und führt die Gruppe zielstrebig und ohne zurückzuschauen über die Reeperbahn. Etwa zehn Meter zu seiner Rechten leuchtet rot die Fußgänger-Ampel. Sein großes Nacken-Tattoo „Jesus is King“ ist so besonders gut zu sehen.



Während der Corona-Epidemie wurde Daniel Schmidt besonders häufig in den Medien für sein soziales Engagement gefeiert
Foto: M. Wehnert/Future Image/Imago

